

101. Sitzung

Mittwoch, den 12. Oktober 2005

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

„Folgen der drohenden Verschärfung der Chemikalienrichtlinie ‚REACH‘ bei den Beratungen des Europäischen Parlaments für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz“ auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 14/4562 – 6710

„Ergebnisse des USA-Besuchs von Ministerpräsident Kurt Beck“ auf Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 14/4567 – 6719

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Regierungserklärung

„Für mehr Lebensqualität im Alter – Innovative Modelle der Pflege in Rheinland-Pfalz“ 6730

Die Regierungserklärung wird von Staatsministerin Frau Dreyer abgegeben.

Anschließend findet eine Aussprache statt.

**...tes Landesgesetz zur Änderung der Verfassung für Rheinland-Pfalz
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

– Drucksache 14/4490 –

Erste Beratung 6749

Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/4490 – wird an den Rechtsausschuss überwiesen. 6751

Landesumweltinformationsgesetz (LUIG)**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 14/4307 –

Zweite Beratung**dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Forsten**

– Drucksache 14/4551 –

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/4566 – 6751

Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4566 – wird mit Mehrheit abgelehnt. 6754

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4307 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils mit Mehrheit angenommen. 6754

...tes Landesgesetz zur Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 14/4454 –

Zweite Beratung**dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur**

– Drucksache 14/4552 – 6754

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4454 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils mit Mehrheit angenommen. 6755

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/4455 –

Zweite Beratung**dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses**

– Drucksache 14/4553 – 6755

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4455 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. 6755

Landesgesetz über die Beteiligung des Regionalträgers an der Arbeitsgruppe**Personalvertretung der Deutschen Rentenversicherung****Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 14/4499 –

Erste Beratung 6755

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4499 – wird an den Sozialpolitischen Ausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 6755

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz zur Änderung des Staatsvertrags über die Zugehörigkeit der Apotheker, vorgeprüften Apothekeranwärter und Kandidaten der Pharmazie des Landes Rheinland-Pfalz zur Bayerischen Apothekerversorgung

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/4508 –

Erste Beratung 6756

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4508 – wird an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 6756

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz zur Änderung von Staatsverträgen über die Zugehörigkeit rheinland-pfälzischer Berufsgruppenmitglieder zur Bayerischen Ärzteversorgung

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/4509 –

Erste Beratung 6756

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4509 – wird an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 6756

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz und dem Saarland zur Änderung des Staatsvertrags über die Zugehörigkeit der Tierärzte des Landes Rheinland-Pfalz und des Saarlandes zur Bayerischen Ärzteversorgung

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/4510 –

Erste Beratung 6756

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4510 – wird an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 6756

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz zur Änderung des Staatsvertrags über die Zugehörigkeit der Schornsteinfegergehilfen im Land Rheinland-Pfalz zu der Versorgungsanstalt der Kaminkehrergesellen

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/4511 –

Erste Beratung 6756

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4511 – wird an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 6756

...Landesgesetz zur Änderung des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/4513 –

Erste Beratung 6756

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4513 – wird an den Rechtsausschuss überwiesen. 6756

Architektengesetz (ArchG)**Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 14/4531 –

Erste Beratung 6756

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4531 – wird an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und an den Rechtsausschuss überwiesen.6756

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Ahnen, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin, Professor Dr. Jürgen Zöllner; die Staatssekretäre Stadelmaier, Eymael, Professor Dr. Deubel.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Dr. Edmund Geisen, Marianne Grosse, Michael Hörter, Erhard Lelle, Ulla Schmidt, Hedi Thelen; die Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Gernot Mittler.

Rednerverzeichnis:

Abg. Bischel, CDU:	6749
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6712, 6717, 6752, 6753
Abg. Dr. Enders, CDU:	6736
Abg. Dr. Gebhart, CDU:	6710, 6711, 6716
Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:	6747, 6748
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	6743
Abg. Dröscher, SPD:	6737
Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6722, 6729
Abg. Frau Leppla, SPD:	6754
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6750
Abg. Hartloff, SPD:	6749
Abg. Hohn, FDP:	6713, 6718, 6752
Abg. Kuhn, FDP:	6721
Abg. Lammert, CDU:	6752
Abg. Lewentz, SPD:	6719, 6727
Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	6739, 6740, 6742
Abg. Mertes, SPD:	6742
Abg. Ramsauer, SPD:	6711, 6717
Abg. Rüdgel, CDU:	6745
Abg. Schmitt, CDU:	6720, 6728
Abg. Stretz, SPD:	6752
Beck, Ministerpräsident:	6723
Eymael, Staatssekretär:	6719
Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:	6714, 6753
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:	6730, 6747
Mertin, Minister der Justiz:	6751
Präsident Grimm:	6710, 6711, 6712, 6713, 6714, 6716, 6717, 6718, 6719, 6720 6721, 6722, 6723, 6727, 6728, 6729, 6749
Vizepräsident Itzek:	6736, 6737, 6739, 6740, 6742, 6743, 6745, 6747, 6748, 6749 6750, 6751, 6752, 6753, 6754, 6755

**101. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 12. Oktober 2005**

Die Sitzung wird um 14:01 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 101. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Schriftführende Abgeordnete sind Nils Wiechmann und Dieter Klöckner. Letzterer führt die Rednerliste.

Wir haben einige Abgeordnete, die heute nicht teilnehmen können, und zwar die Abgeordneten Marianne Grosse, Michael Hörter, Erhard Lelle, Hedi Thelen, Ulla Schmidt und Dr. Edmund Geisen sowie die Staatsminister Hans-Artur Bauckhage und Gernot Mittler.

Ich freue mich, zu Beginn der Sitzung zwei Kollegen, auch in Ihrem Namen, zu einem runden Geburtstag gratulieren zu können, und zwar wurde am 4. Oktober Vizepräsident Jürgen Creutzmann 60 Jahre alt, herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall im Hause)

Der Kollege Michael Billen wurde am 4. Oktober 50 Jahre alt, auch ihm von dieser Stelle herzliche Glückwünsche!

(Beifall im Hause –
Frau Spurzem, SPD: In Abwesenheit!)

Meine Damen und Herren, die ausgedruckte Tagesordnung liegt Ihnen vor. Hinweise dazu habe ich nicht zu machen. Gibt es Einsprüche, Widersprüche oder Hinweise zu dieser Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich sie so feststellen.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

AKTUELLE STUNDE

**„Folgen der drohenden Verschärfung der Chemikalienrichtlinie ‚REACH‘ bei den Beratungen des Europäischen Parlaments für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 14/4562 –**

Für die Antrag stellende Fraktion spricht Herr Abgeordneter Dr. Gebhart.

Abg. Dr. Gebhart, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir heute über die Neuregelung der Chemikalienpolitik in Europa reden, dann reden wir über eines der größten einzelnen Gesetzgebungsvorhaben, das sich Europa jemals auf seine Fahnen geschrieben hat.

Im Ziel herrscht große Einigkeit: Nachhaltige Entwicklung, Schutz von Mensch und Umwelt auf der einen Seite, und auf der anderen Seite wollen wir Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen bewahren und verbessern. Das ist das Ziel.

Meine Damen und Herren, aber wenn wir uns die konkreten Vorlagen, die im Moment auf dem Tisch liegen, ansehen, zunächst den Kommissionsentwurf über 1.000 Seiten, dann müssen wir feststellen – wir haben darüber vor wenigen Wochen debattiert –, dass gravierende Mängel bestehen. Das Ziel wird am Ende nicht erreicht.

(Ramsauer, SPD: Das wissen Sie?)

In den letzten Tagen hat sich viel bewegt. Zunächst gab es Hoffnung. Im Industrie- und im Wettbewerbsausschuss des Europäischen Parlaments wurden vernünftige Kompromisse gefunden. Aber diese Hoffnung wurde vor wenigen Tagen stark getrübt.

Was ist passiert? Der federführende Umweltausschuss im Europäischen Parlament hat mit den Stimmen der Sozialisten, der Liberalen und der GRÜNEN sinnvolle Vorschläge, die bereits gefunden waren, wieder über den Haufen geworfen. Der Verordnungsentwurf wurde an mehreren Stellen ganz empfindlich verschärft.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung vertritt im Land regelmäßig eine durchaus vernünftige Position im Hinblick auf die Chemikalienpolitik.

(Pörksen, SPD: Oh, wie großzügig! –
Dr. Weiland, CDU: In diesen Fällen selten! –
Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will das ausdrücklich sagen. Ich begrüße dies. Meine Damen und Herren von der Landesregierung – auch das muss ich sagen –, Ihr Problem ist aber, dass Ihre eigenen Leute in Brüssel sich nicht an diese Positionen halten.

(Beifall der CDU)

Wir müssen leider immer wieder feststellen, dass es Ihnen nicht gelingt, die eigenen Leute in Europa auf eine vernünftige Position zu bringen. Deswegen fordere ich die Landesregierung und Sie, Herr Beck, auf, nutzen Sie Ihre Möglichkeiten in Brüssel und Berlin. Nur dann – wirklich nur dann – helfen Sie unserem Land wirklich weiter.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Schon geht es los!)

Meine Damen und Herren, wenn das, was der Umweltausschuss wünscht, so beschlossen würde, dann wäre das fatal für unsere Wirtschaft, auch in Rheinland-Pfalz für unsere Chemieindustrie, einer der größten Arbeitgeber im Land. Mehr als 55.000 Menschen sind direkt beschäftigt. Meine Damen und Herren, das sollte uns zu denken geben.

Warum wäre es so fatal, wenn das beschlossen würde, was der Umweltausschuss favorisiert? Vieles von dem,

was dort vorgeschlagen wird, wäre unglaublicher bürokratischer Aufwand. Stoffe würden vom Markt verschwinden, nicht deswegen, weil sie so gefährlich wären, sondern schlicht und ergreifend deswegen, weil allein die Registrierungskosten nicht bezahlt werden könnten.

Die Kosten wären immens. Vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen wären hart getroffen. Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Meine Damen und Herren, das kann und darf nicht die Lösung für die Probleme an unserem Standort Deutschland sein.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, was wäre die Alternative? Die Alternative wäre ein ausgewogeneres, ein besseres „REACH“, das heißt vernünftige Testanforderungen, weg von der reinen Mengenorientierung, weg von der befristeten Zulassung, Geschäftsgeheimnisse wahren. Meine Damen und Herren, das sind nur einige, aber sehr wichtige Punkte.

Frau Ministerin Conrad, Sie haben vor wenigen Tagen einen Brief an die Europaabgeordneten geschrieben.

(Zuruf von der SPD: Das ist richtig!)

In diesem Brief haben Sie unter anderem dafür geworden, dass die Registrierung von Stoffen in der Regel in Konsortien erfolgen soll. Die Intention, die dahintersteckt, unnötige Tierversuche vermeiden, ist mit Sicherheit richtig. Das muss mit Sicherheit geregelt werden: Tierversuche vermeiden, doppelte Tierversuche für ein und denselben Stoff vermeiden. Ich denke, das ist auch eine moralische Verpflichtung, die wir alle haben.

Wenn wir es aber zur Regel machen, dass nun auch solche Daten, die nicht in Zusammenhang mit Tierversuchen stehen, ebenfalls in Konsortien geteilt werden müssen, dann ist es gefährlich, weil wichtige Informationen, wichtig aus Wettbewerbsgründen, wichtige und zum Teil vertrauliche Informationen, zum Beispiel über Anwendungen, auf diesem Weg preisgegeben werden könnten.

(Glocke des Präsidenten)

Davon können wir ausgehen, am Ende sind es nicht die rheinland-pfälzischen Unternehmen, die von dieser Regel profitieren würden, die rheinland-pfälzischen Unternehmen mit ihrem großen Know-how. Es werden eher die ausländischen Wettbewerber sein.

Ihr Vorschlag ist gut gemeint, aber ich habe erhebliche Zweifel, dass dieser Vorschlag wirklich zu Ende gedacht ist.

(Beifall der CDU –
Dr. Gölter, CDU: So ist es!)

Präsident Grimm:

Herr Kollege, die Redezeit ist längst überschritten.

Abg. Dr. Gebhart, CDU:

Sie würden mit diesem Vorschlag der heimischen Wirtschaft einen Bärendienst erweisen.

Präsident Grimm:

Herr Kollege!

Abg. Dr. Gebhart, CDU:

Ich bitte Sie, ich fordere Sie auf, überdenken Sie diesen Vorschlag. Nehmen Sie ihn zurück.

(Beifall der CDU –
Schwarz, SPD: Ist Ihre Regierungserklärung zu Ende?)

Präsident Grimm:

Lieber Herr Kollege, auch wenn Sie noch nicht so lange im Landtag sind, so wissen Sie dennoch, dass man sich an die Geschäftsordnung zu halten hat.

(Zuruf von der CDU: Das gilt aber auch für alle!)

Herr Ramsauer spricht für die SPD-Fraktion.

Abg. Ramsauer, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Dr. Gebhart, Sie sind noch nicht so sehr lange im Plenum,

(Zurufe von der CDU)

aber eines müssten Sie doch schon erkannt haben: Sie müssten doch schon erkannt haben, dass dieses Thema schon immer ein wichtiges Thema für die Sozialdemokraten in diesem Haus gewesen ist und wir dieses Thema in diesem Haus schon von Anfang an begleitet haben.

(Beifall der SPD und der FDP –
Dr. Gölter, CDU: Das bestreitet doch keiner!)

Meine Damen und Herren, in der Tat: Die Chemikalienpolitik der Europäischen Union ist ein existenziell wichtiges Thema für die Menschen in unserem Land, für die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch für die Industrie und das Gewerbe in Rheinland-Pfalz. Herr Dr. Gebhart, deshalb haben wir nicht nur einen Brief geschrieben, sondern wir haben über Jahre hinweg versucht, die Entscheidungsmöglichkeiten in Brüssel und in Straßburg zu beeinflussen.

(Dr. Gölter, CDU: Das bestreitet auch niemand!)

Herr Dr. Gölter, der nun meint, dazwischenrufen zu müssen, weiß es. Er war selbst mit dabei, als wir mit dem Wirtschaftsausschuss in Brüssel waren,

(Dr. Gölter, CDU: Das ist doch nicht das Problem!)

und er weiß, was wir als Sozialdemokraten dort vorge-
tragen haben.

Insbesondere – darüber sollten Sie einmal nachdenken – gibt es eine intensive Zusammenarbeit nicht nur mit den Arbeitgebern, sondern auch mit den Gewerkschaften und insbesondere mit der IG BCE. Wir haben schon 2002 ein Positionspapier zur Chemikalienpolitik erarbeitet. Wir haben 2005 ein Positionspapier zu „REACH“ beschlossen, – –

(Dr. Rosenbauer, CDU: Sagen Sie doch einmal etwas zum Inhalt!)

– Hören Sie doch zu, dann werden Sie es erfahren! Sie müssen lernen zuzuhören.

– – das inzwischen auch Beschluss eines Landesparteitages ist und das den Bundesparteitag der SPD wenige Tage vor dem Plenum in Brüssel beschäftigen wird. Meine Damen und Herren, deswegen ist es wichtig zu wissen, wer sich wofür einsetzt. Wenn Herr Dr. Gebhart nebenbei sagt, wir sollten unsere Leute auf Linie bringen, wollen wir einmal sehen, wer wann in welchem Parlament seine Leute auf Linie bringen kann.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn es Lobbyisten für die Verbraucherinnen und Verbraucher in diesem Land gibt, wenn es Lobbyisten für die Industrie und das Gewerbe gibt, so sind das die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten gemeinsam mit der Landesregierung und unserer Umweltministerin Frau Conrad und unserem Ministerpräsidenten Kurt Beck, der das Engagement des Bundeskanzlers in dieser Frage sehr intensiv begleitet hat.

(Dr. Gölter, CDU: Auch das bestreitet niemand!)

– Ich sage nicht, dass Sie es bestreiten.

Für uns ist das Thema so wichtig, dass wir es auch noch in den nächsten drei Wochen intensiv begleiten werden, bis in Brüssel die Entscheidung gereift sein wird. Herr Dr. Gebhart, wir sollten aber nicht so tun, als sei mit dem Plenarbeschluss alles verloren; denn im Anschluss daran sind natürlich auch die Regierungen und der Rat gefragt. Wir wissen, dass die britische Präsidentschaft eher in Richtung unserer Auffassung arbeiten wird.

Meine Damen und Herren, worum geht es denn eigentlich? – Es geht nicht nur darum, die Interessen einzelner Industriezweige zu verfolgen, sondern es geht ganz konkret darum, dass Arbeitsplätze in unserem Land Rheinland-Pfalz nicht nur in der Großindustrie oder in der Chemischen Industrie, sondern auch in kleineren

Unternehmen, im Gewerbe verschiedener Art gesichert werden können.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, es geht aber auch darum, dass sich die Menschen in diesem Land darauf verlassen können, dass Produkte entsprechend geprüft sind und Produkte auf den Markt kommen, denen sie vertrauen können. Uns ging es immer und geht es auch heute noch einerseits um die Gewährleistung eines hohen Gesundheits- und Umweltschutzniveaus und andererseits um die Förderung von Innovation und Wettbewerb in der Industrie und damit um die Verhinderung einer Abwanderung von Arbeitsplätzen in einer globalisierten Welt aus diesem Land und aus der Bundesrepublik Deutschland.

Aber die Verhältnismäßigkeit von Risikoausschluss und Aufwand muss stimmen. Dieses Verhältnis stimmt nicht in dem Entwurf des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments. Wir bedauern diesen Entschluss außerordentlich.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir wissen aber auch, dass es Beschlüsse der beiden mitberatenden Ausschüsse für Industrie und Binnenmarkt gibt, in denen pragmatische Kompromisse formuliert sind, und dies mit den mehrheitsbeschaffenden Stimmen der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament.

(Glocke des Präsidenten)

Unser Europa-Abgeordneter Ralf Walter und der SPD-Fraktionsvorsitzende Martin Schulz bekräftigen, dass es nach wie vor die Möglichkeit zu einer pragmatischen Lösung gibt. Wie diese aussehen könnte, erläutere ich in der zweiten Runde.

Danke schön.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ramsauer, Sie haben den Spannungsbogen schön aufgebaut. Zum Inhalt wollen Sie in der zweiten Runde etwas sagen, in der ersten Runde haben Sie nichts dazu gesagt.

(Dr. Rosenbauer, CDU: So ist das! – Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartloff, SPD: Schauen Sie einmal, für welches Ergebnis Sie applaudieren!)

Wir freuen uns auf die zweite Runde.

Ich möchte aber direkt zum Inhalt kommen. Wir wollen in Europa eine gemeinsame Chemikalienpolitik mit allen Ländern, also auch mit den neuen Ländern, betreiben. Darunter zählen sowohl diejenigen, die neu aufgenommen worden sind, als auch diejenigen, die noch aufgenommen werden. Das ist wichtig, sonst hätten wir sehr unterschiedliche Standards in Europa, und die CDU würde sich wahrscheinlich täglich darüber beschweren, dass es Wettbewerbsnachteile für die deutsche Chemische Industrie gibt. Deswegen ist „REACH“ genau der richtige Weg, den Europa eingeschlagen hat, um eine Vereinheitlichung sowohl der Wettbewerbsvoraussetzungen als auch der Umweltvoraussetzungen in Europa zu schaffen. Meine Damen und Herren, wir unterstützen diesen Weg.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir unterstützen diesen Weg nicht nur deshalb, weil er ein gemeinsamer Weg ist, sondern weil er ein neuer Weg ist und eine neue Perspektive eröffnet. Darin wird der Verbraucherschutz schon von vornherein mitberücksichtigt. Wir machen also nicht nur Industriepolitik, die bestimmt auch wichtig ist, sondern wir betreiben auch eine Verbraucherschutzpolitik, die besonders im Bereich der Chemikalien wichtig ist.

Meine Damen und Herren, Sie alle, die Sie auch kommunalpolitisch aktiv sind, wissen doch, was wir früher an Kontrolle in der Chemischen Industrie bei den Produkten versäumt haben. Was müssen wir heute sanieren, beispielsweise an den Schulen? Was kosten uns die PCB-Sanierungen?

Deswegen ist es wichtig, den Verbraucherschutz von vornherein mit einzubeziehen und die Stoffe, die neu auf den Markt kommen, zu testen. Die Stoffe sollen nicht erst in den Markt eingeführt werden, um hinterher an der Verbraucherin oder dem Verbraucher zu untersuchen, ob sie sich bewähren. Die Stoffe müssen vorab getestet werden. Das gilt auch für die Altstoffe, meine Damen und Herren. Deswegen ist es richtig, dass die alten und die neuen Stoffe getestet werden.

So will es der Umweltausschuss. Er fordert auch, dass geringe Margen getestet werden. Wir können doch nicht sagen, dass diese Tests erst ab 100 Tonnen notwendig sind; denn manchmal sind giftige Stoffe vorhanden, die schon in viel kleineren Dosen wirken. Deswegen müssen wir alle Stoffe testen.

Es gibt im Europäischen Umweltausschuss einen Kompromiss: Man will gar nicht über 100.000 Stoffe testen, sondern man ist inzwischen bei Stoffen über 1 Tonne angelangt. Das sind 30.000 Stoffe. Diese Stoffe sollen auch nicht sofort auf einmal getestet werden, sondern in den nächsten Jahren. Dies ist finanzierbar und in der Industrie tatsächlich auch machbar, ohne dass sie übermäßig belastet wird. Das tut dem Verbraucherschutz gut, und das tut natürlich auch unseren Kindern gut, die später einmal mit der Belastung aus der Chemischen Industrie leben müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor kurzem war in einigen Zeitungen zu lesen, dass in Speyer Untersuchungen durchgeführt wurden. Je jünger die Kinder sind, desto mehr Giftstoffe wurden in ihrem Blut nachgewiesen. Es wurden nicht mehr die alten Stoffe nachgewiesen, sondern es sind primär neue Stoffe hinzugekommen. Deswegen müssen wir die neuen Stoffe, die auf den Markt kommen, neu testen. Dies ist nicht nur – wie die Chemische Industrie behauptet – eine Frage der Analysegenauigkeit. Man kann sich nicht zurücklehnen und sagen, die Analysen seien genauer geworden, und deswegen würden mehr Stoffe nachgewiesen. Nein, diese Stoffe sind in der Umwelt vorhanden, werden vom Körper aufgenommen und haben ihre Auswirkungen. Ich spreche in diesem Zusammenhang nicht nur von Allergien, sondern von allen Umweltkrankheiten, die es gibt. Deswegen muss man mit „REACH“ in Europa diesen Schritt gehen und darf „REACH“ nicht verwässern, Herr Dr. Gebhart.

Meine Damen und Herren von der SPD und von der CDU, man muss bei der Sache bleiben und darf nicht immer dem Industrie-Ausschuss nachgeben, Herr Ramsauer.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß nicht, ob Sie ein Schreiben nicht erreicht hat. Ich habe vor kurzem aus Germersheim eine Zuschrift des Hausfrauenbundes erhalten, die uns dazu auffordert, wirklich bei der Chemikalienrichtlinie „REACH“ bei der Sache und streng zu bleiben, weil wir dadurch den Verbraucherschutz direkt an der Quelle betreiben können.

(Vereinzelt Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, Verbraucherinnen und Verbraucher sind diejenigen, die geschützt werden müssen. Wenn es für die Industrie zumutbar ist – es ist zumutbar für die Industrie, denn es handelt sich um einen langen Kompromissweg, der auch im Umweltausschuss abgestimmt worden ist und bei dem schon viel Lobbyarbeit der Industrie mit eingearbeitet wurde –, dann ist der Verbraucherschutz voranzustellen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir wollen das. Deswegen unterstützen wir den Umweltausschuss, den federführenden Ausschuss des Europäischen Parlaments, in seiner Abstimmung.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hohn das Wort.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die EU-Chemikalienrichtlinie wird zur unendlichen

Geschichte. Der Streit um die Verordnung geht weiter. Wir haben das gerade erlebt.

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments, der die Chemikalienrichtlinie federführend betreut, hat sich jetzt für ein aufwändigeres Verfahren als zuvor der Ausschuss für Binnenmarkt und der Ausschuss für Industrie ausgesprochen.

Erneut ist also Bewegung in dieses Regelwerk gekommen, das für die Chemische Industrie, und zwar vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen der Chemischen Industrie, von existenzieller Bedeutung ist.

Die Konturen der künftigen Chemikalienverordnung werden sich voraussichtlich erst Mitte November abzeichnen, wenn die Verordnung im Europäischen Parlament verhandelt wird.

Meine Damen und Herren, die EU-Kommission verspricht sich von der Chemikalienverordnung einen großen Nutzen im Kampf gegen Allergien, Asthma oder andere durch Chemikalien ausgelöste Krankheiten. Da kann ich dem Kollegen Braun nur zustimmen. Das wiederum könne Kosten für Behandlungen, Arbeitsausfall oder Umweltschäden in Milliardenhöhe sparen.

Meine Damen und Herren, Ziel der EU-Kommission ist es auch, durch „REACH“ die Sicherheit von Mensch und Umwelt zu erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken. Diese Ziele und Erwartungen unterstützt unsere Fraktion ohne Vorbehalt.

Meine Damen und Herren, der Mittelstand befürchtet gravierende Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit, wenn nach der Absicht des Umweltausschusses selbst für kleinste Stoffmengen hoher bürokratischer Aufwand betrieben werden muss. Daher hatten sich der Ausschuss für Binnenmarkt und der Industrieausschuss darauf verständigt, einen Ansatz zu wählen, der sich mehr am Risiko als an der produzierten Menge der Chemikalien orientiert.

Für Stoffe bis zu zehn Tonnen sollen weniger Daten zur Registrierung und Prüfung verlangt werden. Vorgesehen ist zudem eine Übergangsfrist von elf Jahren. Es gibt Stimmen aus dem konservativen und dem liberalen Lager, dass dieses Votum des Umweltausschusses die Industrie in der Bürokratie ersticken lässt und der Datenaufwand für die kleineren Hersteller nicht mehr handhabbar ist.

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion ist der Meinung, dass Chemikaliensicherheit nur durch eine Verordnung erreicht wird, die nicht zum bürokratischen Monster für die Unternehmen wird. Herr Kollege Gebhart, in diesem Punkt bin ich einmal auf die Kompetenzen der neuen Bundeskanzlerin gespannt.

(Dr. Gölder, CDU: Was soll denn der Quatsch? –
Schwarz, SPD: Da hat er Recht!)

Meine Damen und Herren, nach der Vorstellung des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments wären Nutznießer der Verordnung die Hersteller von

Erzeugnissen außerhalb der EU, die sich bei der Verwendung von Chemikalien nicht an die „REACH“-Vorgaben halten müssen.

(Dr. Gölder, CDU: So etwas Billiges! –
Weitere Zurufe im Hause)

– Ich verstehe die Unruhe gar nicht.

Ungeprüfte Chemikalien könnten in Verbraucherprodukten wie Bekleidungstextilien und Lederwaren, aber auch in Bauteilen für die Automobil- und Elektroindustrie problemlos in die EU-Mitgliedstaaten importiert werden. Die Folge wäre eine massive Wettbewerbsverzerrung. Per Saldo führt die „REACH“-Verordnung in der vorliegenden Fassung zum Verlust von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, ohne den Umwelt- und Verbraucherschutz angemessen zu verbessern.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, auf weitere Konsequenzen komme ich im zweiten Teil meiner Ausführungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Als Gäste im Landtag begrüße ich Bürgerinnen und Bürger aus Herxheim sowie Mitglieder der Gewerkschaft Transnet aus Trier. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Frau Umweltministerin Conrad das Wort.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist richtig, die Beratung über ein neues umfassendes europäisches Chemikalienrecht tritt zurzeit in eine sehr entscheidende Phase. Das Parlament berät über rund 1.500 verschiedene Anträge. Die ersten Entscheidungen des Ausschusses für Binnenmarkt, des Ausschusses für Industrie, aber auch des Umweltausschusses liegen hierzu bereits vor.

Die erste Lesung im Parlament soll am 15. November 2005 erfolgen. Es ist beabsichtigt, in den nächsten Wochen einen gemeinsamen Standpunkt von Kommission und Parlament, nach Möglichkeit auch unter Einbeziehung der nationalen Regierungen, zu erreichen. Die britische Präsidentschaft strebt an, bis Ende November eine politische Entscheidung herbeizuführen.

Herr Gebhart, ich möchte zwei Anmerkungen zu dem machen, was Sie gesagt haben. Zunächst einmal herzlichen Dank für das Lob an die Landesregierung für die Position, die wir seit Jahren vertreten haben.

Ich muss aber den Versuch zurückweisen, hier zu differenzieren und zu glauben, die Erfolge seien die Erfolge

einer Partei. Im Ausschuss für Binnenmarkt und im Industrieausschuss sind die Beschlüsse mit einer überwältigenden Mehrheit gefasst worden, an der sich auch die Mitglieder der sozialistischen Fraktion, aber auch die der EVP beteiligt haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, bleiben Sie bei der Berichterstattung im Parlament bei der Wahrheit.

Gerade in Richtung Europa sollten wir noch einmal sagen, die Europäische Kommission hat ein nie da gewesenes beispielhaftes Beteiligungsverfahren eingeleitet. Das spricht für ein Europa der Beteiligung der Menschen und auch der Organisationen. Die Landesregierung hat dieses Verfahren genutzt.

Wir haben darüber hinaus aber in jeder Phase auf jedem zur Verfügung stehenden Weg mit jeder politischen Entscheidungsebene bis zum Kommissionspräsidenten und den einzelnen Kommissaren gerade auch zuletzt in den Gesprächen des Ministerpräsidenten gegenüber dem Europäischen Parlament, gegenüber der Bundesregierung direkt und auch gegenüber dem Bundesrat interveniert und unsere Überlegungen im Interesse einer praktikablen, kosteneffizienten und den Verbraucherschutz berücksichtigenden Verordnung deutlich gemacht.

Wir haben uns im Wesentlichen von vier Eckpunkten leiten lassen:

1. Wir wollen eine Vereinfachung erreichen, um möglichst schnell, aber auch im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit Daten, Registrierungen und Zulassungen zu erreichen.
2. Wir haben besonders die Belange der kleinen und mittelständischen Unternehmen berücksichtigt, aber auch die Innovationsfähigkeit.
3. Wir wollen für faire Wettbewerbsbedingungen in diesem Prozess sorgen.
4. Wir haben immer auch auf die Aspekte des Tierschutzes geachtet.

Wir haben erhebliche Erfolge zu verzeichnen. Ich möchte nur einige Punkte nennen:

Wir haben in der Produktionskette eine Registrierung von Anfang an und damit eine Erleichterung in der Weiterverarbeitung. Das hilft gerade kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Über 100.000 Polymere sind aus der Registrierpflicht herausgenommen worden, weil sie ungefährlich sind.

Wir haben eine Verbesserung der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse erreicht.

Wir haben eine direkte Entscheidung über die Registrierung durch die Europäische Chemikalienbehörde durchgesetzt, die auch für Zulassungen zuständig ist und

damit nationale Behörden- und nationale Alleingänge ausschließt.

Wir haben eine verbesserte Übermittlung der sicherheitsrelevanten Daten innerhalb der Produktionskette bis zu den Endverbrauchern und -verbraucherinnen.

Wir haben zudem eine Herausnahme der Forschung bis zu zehn Jahren von jeglicher Registrierungspflicht. Auch dies hilft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe gesagt, zurzeit beraten die europäischen Gremien und das Europäische Parlament in der Schlussphase über die Umsetzung einer solchen Verordnung.

Die Überschrift der Aktuellen Stunde, die lautet „Drohende Verschärfung der Chemikalienrichtlinie“, ist falsch. Alle Beratungsergebnisse der Ausschüsse zeigen eine deutliche Tendenz auf, dass nämlich die in meinem letzten Schreiben angesprochenen Punkte ernst genommen werden. Viele davon finden sich in den Beratungsergebnissen der Ausschüsse wieder. Ich denke, das ist ein Erfolg für uns.

(Beifall bei der SPD)

Von einer Verschärfung ist deshalb zurzeit nicht zu reden.

Ich will auf einige Aspekte des Umweltausschusses eingehen. Die Bundesregierung muss eine Position beziehen. Gerade vor dem Hintergrund der nationalen Entscheidungssituation haben wir gegenüber dem Parlament die Punkte hervorgehoben. Bei 1.500 Anträgen war es wichtig, eine Sortierung vorzunehmen. Dem galt diese Intervention. Wir haben die zentralen Punkte in einem Antrag im Deutschen Bundesrat eingebracht. Dieser Antrag ist gestern vom Kabinett verabschiedet worden und wird am Freitag im Bundesrat beraten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will einige Punkte daraus hervorheben. Wir müssen ein Interesse haben, bei den problematischen Stoffen schnell zu einer Registrierung zu kommen. Das wollen wir auch aus Sicherheitsaspekten. Wir wollen, dass man eine Prioritätenliste, eine Reihenfolge für die Registrierung und Zulassung der Stoffe macht, die die problematischen Stoffe an den Anfang stellt. Wir wollen den Datenumfang und Untersuchungsaufwand daran orientieren, dass nicht nur die Produktionsmenge der einzige Maßstab dabei ist, sondern dass wir diesen Maßstab mit der Frage verknüpfen, wie gefährlich ein Stoff ist, zum Beispiel Toxizität, und ob er in der Produktionskette in Kontakt mit Mensch und Umwelt kommt. Das ist die Frage der Exposition. Die Produktionsmenge ist maßgeblich für die Bedeutung des Stoffes in der Umwelt. Wir haben deswegen einen sehr einfachen Vorschlag unterbreitet, wie das umsetzbar ist, damit auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen mit einer solchen Registrierung leben können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Verordnungsentwurf regelt den Umgang mit Importen. Es gibt

noch erhebliche Lücken. Unsere Forderung ist es, dass diese denselben Anforderungen unterliegen wie bei den in Europa produzierten und in Verkehr gebrachten Stoffen. Alles andere macht keinen Sinn und ist vor allen Dingen aus Sicherheitsgründen nicht zu rechtfertigen. Was wäre die Konsequenz? Die Konsequenz wäre, dass die Produktion gegebenenfalls in außereuropäische Länder verlagert würde, weil beim Import weniger Anforderungen gestellt werden, als wenn ein Stoff hier produziert wird. Diese Position ist bei uns im Haus in Kooperation und in Gesprächen mit Unternehmen erarbeitet worden. Ich habe mit Freude gelesen, dass der VCI das in seiner Position aufgenommen hat. Wir haben grundsätzlich zu „OSAR“ ja gesagt, das ist eine Registrierung des Stoffes. Das geschah, um Mehrfachregistrierungen zu vermeiden.

Ich komme zu der Frage der Konsortien. Wir haben gesagt, wir wollen keine Zwangskonsortien. Wie man damit richtig umgeht, müssen wir diskutieren. Worum geht es eigentlich? Es geht um die Zusammenarbeit der Unternehmen bei der Registrierung. Es macht keinen Sinn, wenn 100 Unternehmen denselben Stoff produzieren, dass jeder einzelne eine Registrierung macht und die entsprechenden Kosten trägt.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Das macht auch vor dem Hintergrund der Tierschutzaspekte keinen Sinn. Ich denke, es ist sinnvoll, Anreize zu schaffen, dass Unternehmen zusammenarbeiten. Im Übrigen verfügt die Industrie schon heute über große Erfahrungen bei der gemeinsamen Nutzung von Daten und der damit zusammenhängenden Kostenaufteilung.

Alle diese Punkte sind natürlich bedeutsam für Tierversuche. Wir wollen, dass Tierversuche vermieden werden, soweit dies möglich ist.

Herr Dr. Braun, deswegen verstehe ich an dieser Stelle die Position des Umweltausschusses nicht. Der Umweltausschuss geht nach wie vor davon aus, dass nur die Menge für den Datenumfang entscheidend ist. Das ist unsinnig, weil auch große, nicht gefährliche Mengen oder solche, die nur im Containment behandelt werden, dann eine Unmenge von Tierversuchen brauchen. Das geht bis zur Mutagenität, wenn schon Stoffdaten vorhanden sind. Dann ist dies überhaupt nicht notwendig. Wir wollen, dass andere Faktoren in die Beurteilung und den Datenumfang mit eingehen.

Wir wollen, dass mehr Alternativmethoden zu Tierversuchen bei der Registrierung zugelassen werden und sich die Europäische Union hier stärker engagiert. Je nachdem, welche Alternativmethoden zugelassen werden, geht es um eine Größenordnung von 1,2 Millionen bis 5 Millionen Tierversuchen. Es lohnt, zu Vereinfachungen zu kommen.

Ich will noch einen letzten Punkt kurz ansprechen. Wir wollen, dass nicht die nationalen Behörden die Stoffe in Zukunft bewerten. Wenn das der Fall wäre, wäre es einfach, sich die Länder für die Bewertung eines Stoffes auszusuchen, in denen die Standards entsprechend gering sind. Im Interesse für einen fairen Wettbewerb für

alle Unternehmen und Produkte soll die Bewertung bei der Europäischen Chemikalienagentur verbleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich denke, an dieser Stelle und an diesem Verfahrensstand macht die Landesregierung deutlich, wir sind uns unserer Verantwortung für den Chemiestandort Rheinland-Pfalz und den Chemiestandort Deutschland in Europa bewusst. Wir wollen, dass Sicherheit, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit keine sich ausschließenden Gegensätze sind. Wir denken, dass wir dies mit unseren Vorschlägen immer wieder deutlich gemacht haben. Sie gehören in der Strategie einer nachhaltigen Entwicklung der Chemiebranche in Europa zusammen. Nur so kann die Chemie ihren Beitrag dazu leisten, dass die Lissabon-Strategie Erfolg hat, Europa zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Dr. Gebhart.

Abg. Dr. Gebhart, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei all dem, was gesagt wird, was wir uns wünschen, müssen wir feststellen, Fakt ist und bleibt das, was der Umweltausschuss vor wenigen Tagen beschlossen hat. Es ist so. Ich kann es nur noch einmal sagen, das war mit den Stimmen der Sozialisten, der GRÜNEN und der Liberalen.

(Mertes, SPD: Die Schadenfreude ist Ihnen anzusehen! – Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Es ist die Wahrheit.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns ansehen, was dort beschlossen worden ist, und es mit Ergebnissen verschiedener Studien über die Auswirkungen von „REACH“ vergleichen, müssen wir feststellen, wenn es so beschlossen würde, wie es im Moment auf dem Tisch liegt, dann wird es in Europa und auch in Rheinland-Pfalz am Ende viele Arbeitsplätze kosten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn „REACH“ Anreize zu Produktionsverlagerungen setzt und am Ende die Fertigerzeugnisse aus dem außereuropäischen Ausland nach Europa exportiert werden, dann haben wir alle nichts gewonnen. Die Wirtschaft hat nichts gewonnen. Die Menschen, die hier Arbeit suchen, haben nichts gewonnen. Die Umwelt hat auch nichts gewonnen.

Wir müssen Folgendes sehen: Es ist und bleibt die große Crux an dieser Regelung, „REACH“ ist so konzipiert, dass die Stoffe in Fertigerzeugnissen, die am Ende in

China oder sonst wo in der Welt hergestellt und am Ende zu uns exportiert werden, nicht den gleichen Anforderungen unterliegen wie Stoffe, die in Europa hergestellt werden.

Deswegen geht es nicht, und es ist deswegen ein Grundfehler, dass wir in Europa einseitig die Anforderungen exorbitant nach oben treiben. Am Ende wird uns das sehr schaden. Deswegen brauchen wir ein besseres „REACH“.

(Glocke des Präsidenten)

Klar ist, die Position des Umweltausschusses ist schlecht. Sie schadet uns. Sie muss vom Tisch. Ich fordere Sie nochmals auf, tragen Sie vonseiten der Landesregierung dazu bei.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht noch einmal Herr Abgeordneter Ramsauer.

Abg. Ramsauer, SPD:

Lieber Herr Dr. Gebhart, wir sollten uns gegenseitig nicht den Willen absprechen.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD)

Richtig ist, dass Sozialdemokraten in den beiden Ausschüssen – im Binnenmarktausschuss und im Industrieausschuss – natürlich für den vernünftigen Kompromiss gearbeitet haben. Richtig ist, dass alle maßgebenden Sozialdemokraten in Deutschland für diesen vernünftigen Kompromiss arbeiten.

Verehrte Frau Staatsministerin Conrad, wir unterstützen den Antrag des Ministerrates nicht nur, sondern wir arbeiten mit ihnen zusammen, dass das auch umgesetzt werden kann, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Herr Dr. Braun, wenn Sie sagen „hart an der Sache“, der Spannungsbogen war tatsächlich so. Wir sagen Ihnen jetzt noch einmal unsere Forderungen, die im Wesentlichen mit den Beschlüssen der beiden genannten Ausschüsse übereinstimmen. Wir wollen: Ein Stoff, eine Registrierung. – Wir wollen aussagekräftige Grunddatensätze in der Vorregistrierungsphase. Wir wollen Stoffpriorisierung nach Risikomaßstäben, und wir wollen eine vereinfachte Expositionsbeurteilung mit Expositions-kategorien und Stärkung der Chemikalienagentur, die maßgebend sein muss.

Meine Damen und Herren, wir sagen, es ist falsch, Stoffe lediglich nach ihren Eigenschaften, nicht aber nach ihrem Nutzen zu bewerten.

Meine Damen und Herren, die generelle Registrierungs-pflicht von geringen Herstellungsmengen ist nach wie vor nach unserer Auffassung unvernünftig. Das sind die

wichtigen Punkte, die unterstreichen, warum wir sagen, dass es uns massiv darum geht und wir uns massiv dafür einsetzen, dass europaweit ein flexibles marktwirtschaftliches Instrument installiert wird, das einen erkennbaren ökologischen Nutzen schafft und auf eine überbordende Bürokratie verzichtet wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Es muss aber auch von kleineren und mittleren Unternehmen getragen werden können. Es muss dazu beitragen, dass hoch qualifizierte Arbeitsplätze in unserem Land nicht in Gefahr gebracht werden.

(Beifall bei der SPD und Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will es hier noch einmal sagen, die SPD arbeitet im Land und im Bund und genauso in Europa mit, die Arbeitsplätze in der Chemie und in vielen anderen Gewerben zu sichern, aber gleichermaßen auch die Verbraucherinnen und Verbraucher vor Stoffen zu bewahren, die gefährlich sein könnten.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Nunmehr hat Herr Abgeordneter Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute ist im „Handelsblatt“ zu lesen, dass der DGB-Vorsitzende Michael Sommer noch einmal an die SPD-Europaabgeordnete Mann geschrieben hat, dass sie nicht diesen Kompromissen im Binnenmarktausschuss zustimmen soll, sondern sie sich nicht weich klopfen lassen soll und den Vorbedingungen des Umweltausschusses bitte zustimmen soll, und zwar – ich sage das hier noch einmal wörtlich –: „Die bisherigen Beratungsergebnisse des Binnenmarkt- und Industrieausschusses würden den Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitsschutz – Arbeitsschutz, meine Damen und Herren von der SPD – in einem Umfang vernachlässigen, der die Ziele des neuen Chemikalienrechts infrage stelle.“

Meine Damen und Herren, es ist doch tatsächlich so, dass wir um einen Kompromiss seit Jahren ringen. Jetzt sind wir nahe an diesem Kompromiss dran. Großbritannien hat einen Kompromiss vorgeschlagen. Jedes Mal, wenn der Kompromiss in der Nähe ist – der Herr Ministerpräsident hat damals VCI, IG BCE und auch das Regierungspapier hier vorgestellt, da war der Kompromiss auch in der Nähe –, kommt die CDU als Lobbyist des VCI und sagt. Dieser Kompromiss ist uns nicht weitgehend genug, wir müssen es noch mehr aufweichen, noch mehr aufweichen und noch mehr aufweichen. – Am Schluss bleibt nichts mehr übrig, Herr Gebhart. Das ist doch das Problem, das wir haben. Wir haben uns doch in Europa auf den Weg gemacht, damit am Schluss ein Ergebnis vorliegt, damit am Schluss eben

nicht die Stoffe unter zehn Tonnen nicht getestet werden, sondern sie auch getestet werden. Wir können nur durch die Tests feststellen, ob sie gefährlich sind oder nicht.

Frau Conrad, es ist schon erstaunlich, dass Sie dann immer den Tierschutz anführen, wenn es um die EU-Chemikalienrichtlinie geht. Wir sind uns sehr bewusst, dass wir da nacharbeiten müssen. Wir sind uns sehr bewusst, dass wir alternative Methoden brauchen. Aber wenn es um die transgenen Tiere in der Universitätsklinik in Mainz geht, dann höre ich Sie nicht. Da werden mehr Tiere verbraucht als vorher, wenn dieser neue Bau gemacht wird. Da höre ich Sie nicht so laut, nur wenn es um die Chemikalienrichtlinie geht, Frau Conrad. Da muss man schon ehrlich sein und sagen: Wenn, dann gilt das für alles.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind auch nicht der Auffassung, dass es nur eine reine Umsetzung der Lissabon-Strategie geben muss. Natürlich soll Europa ein dynamischer Wachstumsraum bleiben und werden. Wir haben aber auch eine Nachhaltigkeitsstrategie in Europa. Diese Nachhaltigkeitsstrategie muss genauso beachtet werden. Dazu dient „REACH“ in der Form, in der es jetzt im federführenden Umweltausschuss verabschiedet worden ist.

Meine Damen und Herren, es wäre doch einmal schön, wir hätten im November endlich das Ergebnis und müssten uns nicht weiter streiten, sondern die Industrie könnte sich darauf vorbereiten, zukunftsfähige, sichere und umweltschonende Arbeitsplätze in Deutschland und im übrigen Europa auch unter gleichen Wettbewerbsbedingungen zu erhalten und neue zu schaffen.

(Glocke des Präsidenten)

Das wäre unser Ziel, und das bleibt unser Ziel.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Abgeordneter Hohn.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In einem mittelständisch geprägten Land wie Rheinland-Pfalz schlagen Auswirkungen der geplanten Verordnung vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen besonders zu Buche. Mittelständische und kleine Unternehmen können nicht, wie das Großkonzerne können, ihre Produktion in Länder außerhalb der EU verlagern. Sie müssen mit „REACH“ leben, oder sie müssen aufgeben. Diese Situation ist für unsere Fraktion unter keinen Umständen hinnehmbar.

(Beifall des Abg. Creutzmann, FDP)

Meine Damen und Herren, die kleinen und mittleren Unternehmen verfügen im Allgemeinen nicht über die finanziellen Möglichkeiten, um in die Registrierung zu investieren. Eine Quersubventionierung durch ertragreiche Stoffe ist ebenfalls nicht möglich. Was die Auswirkungen auf Arbeitsplätze angeht, so ist davon auszugehen, dass von den rund 150.000 Arbeitnehmern in kleinen und mittelständischen Unternehmen der Chemischen Industrie in Deutschland etwa 50.000 um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen, wenn der Vorschlag der EU-Kommission in unveränderter – ich betone: in unveränderter – Form in Kraft treten würde. In Rheinland-Pfalz wären davon schätzungsweise 5.000 Arbeitsplätze betroffen.

Meine Damen und Herren, unsere dringende Bitte richtet sich daher an die Landesregierung, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen – Frau Ministerin Conrad hat das schon unterstrichen –, dass überzogene Bürokratie vermieden wird und die berechtigten Belange der Wirtschaft angemessen berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren, einige unserer Kernforderungen für mehr Praktikabilität und Effizienz sind folgende:

- umfassende Ausnahmeregelungen,
- einheitliche Vorregistrierung,
- verbesserte Möglichkeit zum Verzicht auf Prüfungen,
- freiwillige Konsortienbildung zur Datenteilung,
- gleiche Wettbewerbsbedingungen für importierte Erzeugnisse,
- Verantwortung auf der Seite der Unternehmen bei Produzenten und Importeuren,
- der Tierschutz – das wurde auch schon betont – muss stärker in die Chemikalienverordnung einfließen,
- Mehrfachregistrierungen müssen auch aus Gründen des Tierschutzes vermieden werden,
- neben der Optimierung des Registrierungsverfahrens ist es deswegen notwendig, dass mehr Alternativen als bisher zu Tierversuchen zugelassen werden,
- Gesamtverantwortung für den „REACH“-Prozess bei der Europäischen Chemikalienagentur.

Meine Damen und Herren, unsere Fraktion erwartet, dass der Verordnungsentwurf sowohl im Europäischen Parlament als auch im EU-Ministerrat so diskutiert und entschieden wird, dass er eine Hilfe für die Chemische Industrie darstellt und Verbesserungen vor allem für Menschen und Umwelt bringt.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Grimm:

Für die Landesregierung spricht Herr Staatssekretär Eymael vom Wirtschaftsministerium.

Eymael, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Umweltschutz ist ein hohes Gut, Verbraucherschutz ist ein hohes Gut, die es gilt, bei dieser EU-Chemikalienrichtlinie entsprechend zu berücksichtigen. Ich glaube, wir sind im Plenum alle einig, dass diese wichtigen Bereiche und Aspekte in der Zukunft ausreichend berücksichtigt werden müssen.

Dies kommt auch in dem Antrag zum Ausdruck, den die Landesregierung Rheinland-Pfalz formuliert hat und der jetzt im Grundsatz in den Bundsratsausschüssen und im Bundesrat behandelt wird. Es wird mir jedenfalls signalisiert, dass es im Wirtschaftsausschuss des Bundesrats, der voraussichtlich am 23. Oktober tagen wird, eine Mehrheit für diesen Antrag geben wird, sodass sich die ganze Aufregung nur teilweise lohnt, die von der Opposition gemacht worden ist.

Ich meine – seien wir doch einmal ehrlich –, ein Ausschuss auf der EU-Ebene, der Umweltausschuss, hat eine Empfehlung ausgesprochen. Jetzt überlegen wir einmal. Ich bin lang genug Parlamentarier.

(Dr. Gölter, CDU: Der ist federführend!)

– Herr Dr. Gölter, Sie wissen auch, da kommt das Parlament, da kommt der Ministerrat. Das ist ein ganz anderes Verfahren als zum Beispiel bei einer Landesregierung oder Bundesregierung. Insofern sollte man das relativieren.

Ich will aber doch noch einmal deutlich machen, dass es uns darum geht, auch der Chemischen Industrie und insbesondere der mittelständischen Chemischen Industrie eine Zukunftsperspektive zu geben. Wir haben in diesem Land über 100 Betriebe. Davon gehören mehr als 90 dem so genannten Mittelstand mit einer Größenordnung von rund 57.000 Beschäftigten und einem Gesamtumsatz von 20,8 Milliarden Euro an.

Wir sind ein bisschen stolz auf die Bilanz, die jetzt wieder vorgelegt worden ist, nämlich dass wir uns als Wirtschaftsstandort ohne weiteres auch mit anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Bayern vergleichen können und im Ranking ganz oben stehen.

(Beifall der FDP –
Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen alles daransetzen, dass wir einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Belangen des Umweltschutzes, des Verbraucherschutzes und den wirtschaftlichen Interessen bekommen.

Insofern kann ich nur das unterstützen, was in dem Antrag, den das Land Rheinland-Pfalz im Bundesrat gestellt hat, enthalten ist. Vielleicht können wir den Antrag sogar gemeinsam unterstützen und alles daransetzen, dass auf der EU-Ebene der Einfluss von allen für unser Land Rheinland-Pfalz genutzt wird

Wir sind im Grundsatz das Chemieland; denn jeder vierte Beschäftigte im Industriebereich ist im Chemiebe-

reich tätig. Es geht gar nicht um das eine Unternehmen, das immer wieder angesprochen wird, sondern es geht um die Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen, die aufgrund der höheren Kosten und der zusätzlichen Bürokratie am meisten belastet sind. Für die brauchen wir eine deutliche Entlastung.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei der SPD)

Präsident Grimm:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann ist dieser Teil der Aktuellen Stunde abgeschlossen.

Ich rufe nun das zweite Thema der

AKTUELLEN STUNDE

auf:

**„Ergebnisse des USA-Besuchs von
Ministerpräsident Kurt Beck“
auf Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 14/4567 –**

Für die Antrag stellende Fraktion spricht Herr Abgeordneter Lewentz.

Abg. Lewentz, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn einer eine Reise tut, dann hat er einiges zu berichten. Ich hatte die Gelegenheit, als Teil einer Delegation, die von unserem Präsidenten und den beiden Vizepräsidentinnen geleitet wurde, anzugehören. Wir haben Ministerpräsident Kurt Beck, die beiden Staatsminister Bruch und Mittler nach Amerika begleitet.

Ich will zunächst einmal voranstellen, was mein persönliches Fazit dieser Reise als Abgeordneter gewesen ist.

Wir hatten dort eine Reihe von Gesprächen. Ich will die Stichworte nennen: Partnerschaft South Carolina, deutsch-amerikanische Forschungspartnerschaft, Zusammenarbeit von Universitäten, Konversion in Rheinland-Pfalz und natürlich das Repräsentieren unseres Landes, unseres Landtags am 3. Oktober bei der großen Feier in der Botschaft in Washington.

Im Übrigen war es für uns wichtig, die Delegation des Ministerpräsidenten zu begleiten.

Ich denke, der Anlass seines Besuchs war unter anderem die Pflege der Beziehung zu Senat und Regierung. Er hat erkennbar einen Besuch bei Freunden durchgeführt, und dieser Besuch fußte auf einer Regelmäßigkeit. Das konnte man an dem ihm entgegengebrachten Vertrauen spüren.

Diese Reise war davon geprägt, dass Inhalte zählten und nicht spektakuläre „Sekundenfotos“. Von daher haben die Inhalte einen erkennbaren Fortschritt in der Beziehung zwischen unserem Land Rheinland-Pfalz und

den USA insbesondere mit Blick auf die Konversion gebracht.

Wenn wir uns erinnern: Bis Anfang der 90er-Jahre wurde unser Land nicht zu Unrecht als Flugzeugträger der NATO bezeichnet. Seitdem haben wir eine sehr starke Entwicklung in der Frage der Stationierung der Streitkräfte in unserem Land durchlitten: Wir haben den Abzug der Franzosen, den Abzug von Bundeswehrstreitkräften, aber auch den Abzug von Amerikanern zu verkraften gehabt. Ich will als Stichwort nennen: Wir haben unter anderem vier Flugplätze verloren.

Unser Land ist immer noch Stationierungsland für mehrere zehntausend US-amerikanische Soldaten und deren Familien. Das bedeutet nicht nur die Stationierung und die Anwesenheit von Freunden, sondern auch eine immense Kaufkraft, die in unserem Land beheimatet ist.

Wir haben den Ministerpräsident und seine Delegation begleitet. Ich denke, es ist selbstverständlich, dass wir mit unserer großen Landtagsdelegation, mit den mitreisenden Journalistinnen und Journalisten und den Industrievertretern und Vertretern von gesellschaftlichen Institutionen aus unserem Land, nicht an allen Gesprächen teilnehmen konnten. Ich glaube, dies verbietet sich, wenn man ergebnisorientiert miteinander diskutieren will. Wir haben aber immer wieder Berichte durch den Ministerpräsidenten oder durch die beiden Minister über die Gespräche bekommen, die in den USA geführt wurden, sowie über die Gesprächspartner, die man getroffen hat. Ich will einige stellvertretend nennen: Senator Warner, dessen Kollege Chuck Hagel, den Stellvertretenden Sicherheitsberater Crouch, den Staatssekretär im Außenministerium, Burns, sowie den Chef der Europa-Abteilung Dan Fried.

Ich bin davon überzeugt, dass bei der Konversionskonferenz in der Deutschen Botschaft, an der wir teilgenommen haben, klar geworden ist, wie hoch die Wertschätzung in den US-amerikanischen Streitkräften für unser Land ist. Dort wurde das Housing-Konzept ganz positiv aufgenommen, das wir in Rheinland-Pfalz auf den Weg gebracht haben. Dies wird auch eine wichtige Diskussionsgrundlage in der Frage bilden, wie es in Baumholder weitergeht.

Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich den früheren NATO-Oberbefehlshaber in Europa, General Joseph Ralston. Er hat bei der Konversionskonferenz daran erinnert, dass Deutschland während des Streits um den Irak-Krieg in Rheinland-Pfalz stets Gastgeber blieb, der sich kümmerte. Er hat gesagt, in Baumholder begleiteten deutsche Polizisten unsere Schulbusse, und die Bundeswehr bewacht seitdem die Air Base Ramstein. Er hat das als einen Beleg genannt – Amerikaner reagieren in den Gesprächen auch sehr gefühlsbetont –, dass die Chemie zwischen deutschen Institutionen in Rheinland-Pfalz und den amerikanischen Streitkräften stimmen würde.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich denke, zu den Inhalten seiner Gespräche wird der Herr Ministerpräsident gleich selbst Ausführungen machen.

Was wir in der Delegation, in den Gesprächen mit den mitgereisten Firmenvertretern und mit den Vertretern von Institutionen festgestellt haben, ist, dass diese Reise eine Wirkung als Türöffner entfaltet hat, und zwar als Türöffner für gemeinsame Beziehungen, die aufgebaut oder weiterentwickelt werden können.

(Beifall bei SPD und FDP –
Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, wenn ich mir ein letztes Zitat aus der „Rheinpfalz“ erlauben darf, wo es in einem Bericht heißt: Michael Wenk fasst in die Tasche seines Jacketts und holt ein Bündel Visitenkarten heraus. Hinter jeder steckt ein Amerikaner, der sich für das Projekt PRE-Park interessiert. Kontakte nennen das Wirtschaftsleute, wie der geschäftsführende Gesellschafter des PRE-Parks sagte. 15 bis 20 habe er als Mitglied der Delegation von Ministerpräsident Kurt Beck auf seiner Washington-Reise in dieser Woche knüpfen können. – Ähnlich lautet das Fazit des Landesinnungsmeisters Löw oder von Herrn Professor Rombach.

Ich denke, das war eine sehr wichtige Delegationsreise, die wir begleiten durften. Wir haben gesehen, wie wichtig es ist, dass diese Kontakte, die insbesondere auch Herr Staatsminister Bruch über viele Monate hindurch geknüpft hat, von Erfolg gezeichnet sind und wir auf diese Art und Weise weitermachen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Dieter Schmitt.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege, es ist in der Tat so, wenn man eine Reise tut, kann man etwas erleben oder berichten.

Bei dieser Reise haben 13 Journalisten das berichtet, was sich zugetragen, stattgefunden hat.

Ich gehe davon aus, dass jedem das Ergebnis dieser Reise bekannt ist. Es wurde gut über die Reise berichtet. Das habe ich als positiv empfunden. Insofern wundere ich mich über die heutige Aktuelle Stunde und bin gespannt auf den Neuigkeitswert, den wir nachher dabei erleben werden.

(Beifall der CDU)

Herr Kollege, ich sage bewusst, dass dies eine gute, sinnvolle und zweckdienliche Reise war. Das ist nicht das Thema.

Thema für uns Parlamentarier ist, dass wir in einer Aktuellen Stunde über die Reise diskutieren. Wenn wir im Umkehrschluss über alle Reisen der Regierungsmitglieder, die nicht so selten sind, im Landtag debattieren

würden, hätten wir Themen für die nächsten Jahre. Soll das bedeuten, dass die anderen Reisen erfolgloser waren, oder war das die einzige erfolgreiche Reise, zu der ich gern meinen Glückwunsch ausspreche?

Ich will nur deutlich machen, dass wir unsere Aktuellen Stunden nicht zu zweiten Regierungserklärungen und vielem anderen verkommen lassen sollten.

(Beifall bei der CDU)

Es geht darum, dass wir sagen, was es an Neuigkeitswert in diesem Bereich gibt.

Ich habe der Delegation angehört, und ich lobe die Vorbereitung. Herr Kollege, wir müssen aber auch einmal darüber diskutieren, dass wir zum Teil Begleitpersonal waren. Wir müssen unter Umständen auch einmal überlegen, ein eigenes, von uns gestaltetes Programm zu erarbeiten und entsprechende Gespräche zu führen. Ich kritisiere das jetzt nicht, weil das eine der ersten Reisen war.

Ich möchte noch einen zweiten Punkt ansprechen. Meine Damen und Herren, es ist ohne Frage wichtig, dass man sich für die Stationierung einsetzt. Herr Ministerpräsident, eines hätte ich Ihnen gegönnt und es wäre meiner Meinung nach auch angemessen gewesen, insbesondere weil Herr Staatsminister Zuber, Entschuldigung Herr Bruch – beide mögen es mir verzeihen, da ich beide schätze –, eine hervorragende Vorarbeit geleistet hat. Nach der „Süddeutschen Zeitung“ – Herr Kollege, Sie haben aus sehr vielen anderen Zeitungen zitiert – war das das Glück der kurzen Begegnungen. Kurze Begegnungen können trotzdem effektiv sein. Ich hoffe, dass das Ergebnis aus diesen kurzen Begegnungen, an denen wir nicht teilnehmen konnten – das kritisiere ich auch nicht, wir konnten an den Begegnungen mit den Senatoren, mit denen auf der mittleren Ebene diskutiert wurde, nicht teilnehmen, auch das kritisiere ich nicht, da es auf das Ergebnis ankommt –, in diesem Zusammenhang getroffenen Ankündigungen und Aussagen standhält, sodass nach dem Abzug in Baumholder das bleibt, was der Senat zugesagt hat.

Herr Ministerpräsident, ich wäre froh gewesen – ich sage das nicht ironisch –, wenn es mit Präsident Bush an dem Tag, an dem wir sonntags die Kathedrale besucht haben, zumindest zu einem Händedruck und zu einem kleinen Gespräch gekommen wäre. Das wäre Ihnen und uns angemessen gewesen. Ich hätte es sehr begrüßt, wenn wir uns nicht nur mit der anderen Ebene hätten zufrieden geben müssen.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen, über den wir diskutieren sollten. Ich habe drei Dinge auf der USA-Reise gelernt.

1. Bei dem einen Gespräch ist zum Ausdruck gekommen, dass die Amerikaner Bürgersinn haben. Sie übernehmen vieles, was der Staat tun muss, aber was sich der Staat nicht leisten kann.

2. In Amerika hat die Demokratie, die Legislative – das sollten wir uns alle merken, wobei ich das bewusst jetzt und das andere in der zweiten Runde sage – einen

Stellenwert, der auch für uns angemessen wäre. In Amerika zählt in erster Linie der Abgeordnete, der Senator, und erst in zweiter Linie zählt die Regierung. Das hat etwas mit dem gesellschaftlichen Stellenwert zu tun. Ich habe das als positiv empfunden. Das gilt auch für die Gesprächsschiene in diesem Bereich. Infolge dessen müssen wir in der Zukunft über unseren Parlamentarischen Rat – dazu haben wir dieses Gremium – versuchen, diese Gesprächsschiene zu verdeutlichen und zu stärken.

3. Bei Gesprächen mit amerikanischen Bürgern, vor allem aber auch mit den Deutschen, die dort leben, wurde für mich deutlich,

(Glocke des Präsidenten)

dass dort eine Menge an Vorurteilen – Herr Präsident, ich erlaube mir, dass ich mit Ihrer Genehmigung den Satz noch zu Ende führe – in der Meinungs- und Imagebildung in den einzelnen Staaten gegenüber Deutschland besteht. Sie waren höchst verunsichert über das, was sich in den vergangenen Jahren in Deutschland getan hat, indem sie gefragt haben: Wie werden wir Amerikaner unterstützt? – Ich hätte es sehr begrüßt, wenn wir uns in der Zeit unmittelbar nach dem Irakkrieg – ich werte das nicht – ein bisschen deutlicher zu unseren Freunden in Amerika bekannt hätten. Das wäre heute glaubhafter als der jetzige Besuch.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Anlass der Delegationsreise des Ministerpräsidenten war die Ausrichtung des 15. Jahrestages der Deutschen Einheit in der Deutschen Botschaft in Washington durch das Land Rheinland-Pfalz. Die Feier zur Deutschen Einheit verlief in einem würdigen Rahmen. Die Reden unseres Ministerpräsidenten und des früheren US-Außenministers Baker waren in der Tat die Höhepunkte einer Feier, die nicht nur Werbung für Deutschland, sondern auch deutlich erkennbar für unser Bundesland Rheinland-Pfalz in der Hauptstadt der USA darstellte.

Nicht nur unser guter rheinland-pfälzischer Wein trug zu einer gelösten positiven Stimmung der ca. 2.500 Gäste bei. Dies war schon beeindruckend. Das war wirklich Werbung für Deutschland und für Rheinland-Pfalz.

Es ist natürlich sinnvoll, eine solche Reise zu weiteren Kontakten im Interesse unseres Landes zu nutzen. Die Gespräche von Herrn Ministerpräsident Beck und Herrn Innenminister Bruch mit Vertretern der US-Administration hatten zum Ziel, die rheinland-pfälzischen Stationierungsstandorte zu stärken.

Von großer Bedeutung für Rheinland-Pfalz ist, dass die Chancen für einen Verbleib der Amerikaner in Baumhol-

der gestiegen sind. Es scheint zumindest sicher, dass es für die US-Regierung keine Alternative zum Standort Baumholder gibt, wenn eine Panzerdivision weiter in Europa stationiert bleibt.

Insbesondere der einflussreiche Vorsitzende des Streitkräfteausschusses des Senats, John Warner, hat deutlich gemacht, dass er weiter einen Verbleib der Amerikaner in Baumholder wünscht.

Herr Kollege Schmitt, vielleicht noch ein Wort zu Ihnen. Bei allem Selbstwertgefühl der Parlamentarier sollte man bei solchen Gesprächen schon akzeptieren, dass das Gespräche der Exekutive sind.

(Schmitt, CDU: Das habe ich nicht kritisiert!)

Es ist wichtig, dass wir das nicht vermischen und entsprechend dem Protokoll verfahren.

Es ist bei den Gesprächen in den Vereinigten Staaten noch einmal deutlich geworden, wie wichtig das von Herrn Innenminister Bruch angestoßene Housing-Programm ist. Damit zeigt Rheinland-Pfalz, dass uns die Amerikaner willkommen sind und wir für die Angehörigen der US-Streitkräfte und ihre Familien ein angenehmes Wohnumfeld schaffen wollen.

Gerade nach den zum Teil schlimmen Erfahrungen amerikanischer Soldaten im Irak kann dieser Faktor gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Im Übrigen können die Amerikaner mit privat finanzierten Programmen Millioneninvestitionen sparen und vorhandene Unterkünfte sehr viel schneller modernisieren.

Für unsere Delegation waren weitere Gespräche von hohem Wert. Der Besuch bei der Weltbank brachte nicht nur tiefe Einblicke in die Förderpolitik dieser Institution, die mit manchem bestehenden Vorurteil auch aufgeräumt hat. Das war wirklich hoch interessant.

Bemerkenswert waren auch konkrete Ergebnisse für eine künftige Zusammenarbeit zwischen den Trägern unserer erfolgreichen Ruandahilfe und den Vertretern der Weltbank vor Ort. Die Zusage des deutschen Exekutivdirektors, Herrn Deutscher, ist von hohem Wert und durchaus belastbar. So habe ich das jedenfalls empfunden.

Eine dritte Begegnung von hohem Wert für mich persönlich fand im angrenzenden Bundesland Maryland statt. Der Besuch des dortigen Fraunhofer-Instituts, das eng mit dem Kaiserslauterner Institut zusammenarbeitet, zeigt, wie wichtig persönliche Kontakte sind. Professor Rombach, Mitglied der Delegation und Leiter des Fraunhofer-Instituts in Kaiserslautern, begann seine wissenschaftliche Karriere an der renommierten Universität Maryland. Er war zehn Jahre dort. Er nutzte seine hervorragenden Kontakte, um eine künftige Zusammenarbeit mit der TU Kaiserslautern und dem dortigen Fraunhofer-Institut auf den Weg zu bringen. Bemerkenswert war an diesem Nachmittag und Abend die hohe Einschätzung dieser Begegnung vonseiten der amerikanischen Partner.

Der abschließende Besuch war von außerordentlicher Herzlichkeit geprägt. Die deutsche Schule in Washington präsentierte sich hervorragend. Da ist einem schon das Herz aufgegangen. Bemerkenswert war die Anregung des Schulleiters – dies nur am Rande bemerkt –, Schulbusse mit Aufklebern der Landeskampagne „Wir machen's einfach“ zu versehen und so in Washington für Rheinland-Pfalz zu werben.

Das war eine schöne Geste der deutschen Schule.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich will nicht von den wunderschönen Begegnungen, den Fußballspielen und anderen Dingen berichten. Die Gesamtatmosphäre und die Herzlichkeit waren bemerkenswert. Ich denke, dass der Besuch der rheinland-pfälzischen Delegation auch dort in angenehmer Erinnerung geblieben ist.

(Glocke des Präsidenten)

Insgesamt war die Delegationsreise – das darf ich auch für mich persönlich sagen – ertragreich und von nachhaltigem Nutzen für Rheinland-Pfalz. Ich habe bei dieser Reise viel erfahren. Herr Kollege Schmitt hat auch unterstrichen, dass es einen nachhaltigen Nutzen für Rheinland-Pfalz gibt.

Danke schön.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht Frau Abgeordnete Grützmaker.

Abg. Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Ich werde mich in meiner Rede im Gegensatz zu meinen Vorrednern mit den Ergebnissen der USA-Reise des Ministerpräsidenten beschäftigen. Ich glaube, so hieß auch das Thema der Aktuellen Stunde.

Sehr geehrter Herr Beck, meine Damen und Herren! Im Vordergrund – das haben auch die Berichterstattungen ergeben – standen ganz stark die Bemühungen des Ministerpräsidenten und des Innenministers, die amerikanischen militärischen Standorte, die noch in Rheinland-Pfalz bestehen, zu verstärken und in die Zukunft hinein zu verlängern.

Meine Damen und Herren, ich muss doch etwas Wasser in den Wein gießen.

(Zurufe der Abg. Schweitzer und Pörksen, SPD)

– Herr Schweitzer, dazu bin ich zu alt. Für viele Menschen in den Gemeinden um Ramstein, Spangdahlem und Idar-Oberstein muss Ihr Werben und Bitten, dass

die amerikanischen Truppen doch in Rheinland-Pfalz bleiben sollen, oft wie bittere Ironie klingen;

(Pörksen, SPD: Wie bitte?)

denn diese Gemeinden und Regionen haben in den vergangenen Jahrzehnten schon viel unter dem Fluglärm und anderen Umweltbelastungen durch das Militär zu leiden gehabt.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

– Herr Mertes, in einer Demokratie redet man mit allen und auch mit denjenigen, die demonstrieren.

Mit der Festlegung Ihrer zukünftigen Entwicklung auf das Militär nehmen Sie diesen Menschen auch in Zukunft viel an Lebensqualität und Entwicklungschancen. Das muss man sehen. Wie schwer das für die Menschen in den betroffenen Regionen ist, hat gerade eine Bürgerversammlung in Hütschenhausen gezeigt. Viele dort sind verzweifelt. Sie beklagen vor allem – ich glaube, es wäre wichtig, diesen Punkt einmal zu besprechen – die mangelnde Transparenz bei den US-Streitkräften und fühlen sich sehr schlecht informiert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will nicht verhehlen, dass wir GRÜNEN grundsätzlich andere Vorstellungen für die zukünftige Entwicklung der verbliebenen militärisch geprägten Regionen in unserem Bundesland haben.

Herr Bruch, wenn Sie sagen, dass unser Bundesland einen weiteren Abzug von amerikanischen Truppen nicht verkraften kann, erinnert mich das an das Ende der 80er-Jahre, als man sich überhaupt nicht vorstellen konnte, dass es möglich wäre, einen so enormen Abzug, wie wir ihn in den 90er-Jahren erlebt haben, verkraften zu können. Genau das Gegenteil ist eingetreten.

Es gibt sehr viele Orte, die durch den Abzug des Militärs aufgeblüht sind, wie zum Beispiel Landau, Germersheim und Bad Kreuznach. Wo früher hohe Mauern und eintönige Kasernengebäude standen, pulsiert heute das Leben und brummt die Wirtschaft. Eine solche Konversion und Veränderung wünschen wir auch Ramstein, Hütschenhausen, Baumholder und Idar-Oberstein, um nur einige Beispiele zu nennen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Meine Damen und Herren, in unserer Kritik an den Ergebnissen der USA-Reise des Ministerpräsidenten geht es nicht nur darum, dass wir andere, zivile Visionen von der Weiterentwicklung haben. Nein, der viel größere und ganz konkrete Kritikpunkt bezieht sich auf das Thema „Atomwaffen“.

Ich möchte daran erinnern, dass wir erst im September intensiv über das Thema „Abzug aller Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz“ im Plenum debattiert haben. Alle vier Fraktionen haben, zwar in unterschiedlicher Intensität

und Zielrichtung, deutlich gemacht, dass sie dafür sind, dass die Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz abgezogen werden.

In dem Antrag, der mit der Mehrheit der SPD und FDP angenommen wurde, steht ausdrücklich der Satz: „Der Landtag unterstützt das Bestreben und die Bemühungen der Landesregierung, in Gesprächen mit den amerikanischen Verbündeten einen Abzug der heute noch in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen zu erreichen.“

Herr Beck und Herr Bruch, habe ich irgendetwas nicht mitbekommen? Vielleicht können Sie mich hinterher noch aufklären. Ich habe in keinem Ihrer Gespräche, über die wir später geredet haben, und zwar weder mit dem Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses, John Warner, noch mit anderen amerikanischen Gesprächspartnern irgendeinen Hinweis auf „Bestreben und Bemühungen“ Ihrerseits im Hinblick auf den Abzug der taktischen Atomwaffen gehört.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wann, wenn nicht in solchen Gesprächen, wollen Sie, Herr Beck, diesen Anspruch des Landtags einlösen, sich um den Abzug der Atomwaffen zu bemühen? Kann es sein, dass Sie dies deswegen nicht angesprochen haben, weil Sie befürchten, dass Sie mit diesen heiklen Themen die Ergebnisse der Reise infrage stellen?

Ich glaube, dass es gerade ein Zeichen eines guten freundschaftlichen Verhältnisses ist, wenn man auch schwierige Themen anspricht. Darum hätte auch das Thema „Atomwaffen in Rheinland-Pfalz“ auf die Agenda der Gespräche zwischen Ihnen, Herr Beck, und den amerikanischen Gesprächspartnern gehört.

(Glocke des Präsidenten)

Das hätte schon der Respekt vor der Legislative und vor allem vor unserem Landesparlament geboten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Beck.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bei all denjenigen bedanken, die die Reise in die Vereinigten Staaten von Amerika unterstützt haben, und zwar bei der Delegation insbesondere dieses Parlaments unter der Leitung des Herrn Parlamentspräsidenten und den zwei Vizepräsidentinnen sowie einer Reihe von Mitgliedern dieses hohen Hauses. Ich habe das als sehr angenehm und als Ausdruck einer gemeinsamen Botschaft empfunden, die wir aus Anlass dieses besonderen Tages, nämlich des 15. Jahrestags der Deutschen Einheit, in Amerika positionieren wollten.

Ich möchte mich auch herzlich dafür bedanken, dass uns die rheinland-pfälzische Wirtschaft in ganz entscheidender Weise materiell geholfen hat, diesen großen Empfang auszurichten. Das wäre ansonsten mit den Mitteln dieses Landes nur unter äußerster Strapaze der Finanzen möglich gewesen.

Ich denke, dass sich die Unternehmen, die sich dort präsentiert haben, auch von der besten Seite gezeigt haben. Das gilt für die BASF genauso wie für Schott in Mainz, Apollinaris und die Bitburger Brauerei, die FIFA, die uns sehr geholfen hat, dass wir das Thema „Fußball-Weltmeisterschaft“ darstellen konnten, die Nürburgring GmbH, die durch die Präsentation von Oldtimer-Fahrzeugen großes Interesse erworben und viel Nachfrage ausgelöst hat, und die Deutsche Post AG, die uns unterstützt hat. Ich hoffe, ich habe niemanden vergessen.

Das war eine große Hilfe und zugleich Ausdruck dafür, dass sich ein Land nicht nur stellvertretend für die Bundesrepublik Deutschland als Gastgeber präsentiert, sondern auch die Gemeinschaft der Interessen – auch der wirtschaftlichen Interessen – zur Geltung gekommen ist.

Dass wir uns nicht nur mit der deutschen Weinkönigin, sondern auch mit hervorragenden Weinen und Bieren sowie mit einem unserer Spitzenköche, der für das Renommee unserer Gastronomie und die Lebensart in unserem Land steht, präsentiert haben, will ich ausdrücklich zur Abrundung dieses Eindrucks hinzufügen.

Meine Damen und Herren, neben diesem Dank will ich auch sagen, dass ich es für eine gute Gepflogenheit halte, dass sich deutsche Länder aus Anlass des 15. und anderer Jahrestage der Deutschen Einheit in unterschiedlichen Ländern dieser Welt präsentieren und damit unterstreichen, dass wir uns alle gemeinsam über dieses Datum auch 15 Jahre danach zu freuen und anzuerkennen wissen, was die freie Welt an Beiträgen geleistet hat, dass es zu diesem Ereignis kommen konnte.

Darüber hinaus vergessen wir auch nicht, gegenüber dem amerikanischen Volk und denjenigen, die dieses Engagement durch ihre Einsatzbereitschaft als Militärpersonen und unterstützende Personen über all diese Jahre gewährleistet haben, Dankeschön zu sagen und unsere Anerkennung und unseren Respekt auszudrücken.

Ich habe dort – ich will das auch in Erinnerung rufen – darauf Bezug genommen, dass wir nicht nur den 15. Jahrestag der Deutschen Einheit, sondern auch das 60. Jahr seit Ende des Zweiten Weltkriegs in diesem Jahr haben, wir gedenken konnten an die Furchtbarkeit dieses Krieges und die Nazidiktatur, wir uns aber auch bewusst sind, dass über diese Jahrzehnte hinweg bis zur Wiedervereinigung nicht zuletzt die Präsenz amerikanischer Truppen entscheidend dazu beigetragen hat, Deutschland (West) – muss man formulieren – und Westberlin in Freiheit und Demokratie leben konnten und dann vor 15 Jahren dies auch für Deutschland insgesamt Wirklichkeit geworden ist.

Ich bin überzeugt, das auszudrücken, wäre Grund genug gewesen, um eine solche Reise zu unternehmen.

Ich finde, dass man natürlich, wenn man eine solche weite Fahrt macht, sich auch weitere Ziele vornehmen und darum bemüht sein sollte, für sie einzutreten.

Wir haben versucht, das in einem Rahmenprogramm der Delegation, insbesondere der Parlamentarier, aber auch des Kollegen Bruch, des Kollegen Mittler und mir, auch an unterschiedlichen Stellen zu tun.

Ich habe die Gespräche und den Vortrag in der Georgetown University als eine solche Chance der Begegnung entlang eines interessanten Themas „Bürgergesellschaft, Engagement von Unternehmen in einer solchen Bürgergesellschaft“ empfunden. Der Besuch und das Echo, glaube ich, haben bestätigt, dass es sich gelohnt hat, diesen Kontakt aufzunehmen, und wir werden ihn auch mit einer Reihe von dort wissenschaftlich tätigen und publizistisch tätigen Persönlichkeiten in den Vereinigten Staaten aufrecht erhalten, um diesen Gedanken der Bürgergesellschaft auch durch Ideen, die anderswo erfolgreich praktiziert werden, zu befruchten.

Dass man bei einem solchen Besuch auch froh darüber ist, wenn Gesten und Zeichen gesetzt werden, drückt sich, glaube ich, bei dem Empfang im Nationalarchiv am Vormittag des 3. Oktober aus, gemeinsam mit Staatssekretär Burns, dem Stellvertreter von Condoleezza Rice, der in einer, wie ich finde und was mir auch die Botschaft bestätigt hat, beachtenswerten Rede deutlich gemacht hat, dass, ohne dass man überhören konnte, natürlich aus unterschiedlichen Positionierungen auch die eine oder andere unterschiedliche Einschätzung der Zusammenarbeit zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat, aber doch in dieser Rede nachdrücklich deutlich geworden ist, dass die positiven Ansätze gesucht werden und man Wert darauf legt, dies auch öffentlich darzustellen. Die Übergabe von Dokumenten aus den letzten Stunden des Wiedervereinigungsprozesses und der entsprechenden Entscheidungen, die auf amerikanischer Seite getroffen worden sind, war äußerer Ausdruck dieser Haltung und dieser Bereitschaft.

Meine Damen und Herren, ich will in diesem Zusammenhang wie im Zusammenhang mit den Gesprächen mit dem stellvertretenden Sicherheitsberater und anderen hochgestellten Persönlichkeiten unterstreichen, dass es, glaube ich, ein ganz guter Zeitpunkt war, zu dem wir in den Vereinigten Staaten waren. Zumindest hat mir das der deutsche Botschafter immer wieder deutlich gemacht. Es war deshalb ein guter Zeitpunkt, weil natürlich die Bundestagswahl wenige Tage zuvor und endgültig an dem Sonntag unseres ersten Aufenthaltstags in den Vereinigten Staaten zu mancher Frage auf der amerikanischen Seite geführt hat. Man muss sich das sicher daraus erklären, dass man im amerikanischen System Koalitionsbildungen, wie sie in unserem parlamentarischen System die Regel sind, nicht kennt, weil der Präsident direkt gewählt wird mit all seinen Befugnissen und entsprechenden Mehrheiten.

(Zuruf aus dem Hause)

– Ich hätte nichts dagegen, wenn das hier auch so wäre. Ich wollte nur auf den Zwischenruf antworten. Ich bin insoweit an dieser Stelle nicht einzuschüchtern.

Das war kein konkreter Vorschlag zu einer Verfassungsänderung, Herr Dr. Braun. Keine Sorge.

Ich glaube, man muss das verstehen. Insoweit war es wichtig, dass deutlich geworden ist, auch durch unser gemeinsames Auftreten über Parteigrenzen hinweg, dass der Wille zu freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ungebrochen ist und ferner Kontinuität in der deutschen Außenpolitik und gerade auch gegenüber den Vereinigten Staaten als gegeben angenommen werden kann. Wir konnten auch, Herr Kollege Bruch, gerade entlang der jüngsten Entscheidungen in der Afghanistanfrage deutlich machen, dass dies kein Lippenbekenntnis ist, sondern auch in einer solchen Zeit der Veränderung aufgrund einer Wahl, die gerade stattgefunden hat, solche weiß Gott herausfordernden und schwierigen Entscheidungen in Deutschland mit großer Mehrheit getroffen werden können und damit die Verlässlichkeit der deutschen Außenpolitik unter Beleg gestellt werden konnte.

Meine Damen und Herren, ich will natürlich auch daran erinnern, weil mir dies wichtig ist – ich denke der Delegation war dies genauso wichtig –, dass wir leider zu unterschiedlichen Zeiten, wegen meiner Gesprächstermine im Senat, doch jeweils die Gelegenheit genutzt haben, das Holocaust-Museum zu besuchen und damit ein klares Bekenntnis zu unserer Geschichte, auch zu den furchtbaren Zeiten unserer Geschichte, mit dieser Reise verbunden gewesen ist.

Ich bin dankbar dafür, dass betont worden ist, dass die Kontakte mit den Universitäten – über die Georgetown University habe ich gesprochen, aber auch mit der Universität in Maryland – wertvoll gewesen sind. Ich will gerade den wissenschaftlichen Begleitern, allen voran Herrn Professor Rombach, sehr herzlich danken. Es war schon sehr eindrucksvoll zu sehen, dass ein Institut – würden wir nach unserem Sprachgebrauch sagen – in Kaiserslautern, das Fraunhofer-Institut, in Maryland nicht nur offensichtlich hervorragende Arbeit leistet. Es wurde präsentiert, wie die Auftraggeber lauten: Pentagon, Weltraumbehörde und viele renommierte große amerikanische Firmen. Es wurde aber auch in den Gesprächen der Universitätspräsidenten und der Verantwortlichen der Maryland University deutlich, wie sehr man diese Zusammenarbeit schätzt. Auf dieser Basis war es möglich, die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Maryland und Kaiserslautern in einem unterzeichneten Dokument noch weiter zu intensivieren.

Ich will auch unterstreichen, was hinsichtlich der Gespräche in der Weltbank angesprochen worden ist. Ich bin froh und dankbar darüber, dass uns der deutsche Exekutivdirektor, Herr Dr. Deutscher, dort nicht nur ein Briefing gegeben hat, sondern auf neue Möglichkeiten hingewiesen hat. Das bezieht sich zum einen auf unser Engagement in Ruanda, dankenswerterweise derzeit konkretisierter Anstrengungen hinsichtlich der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden, ein Fotovoltaikkraftwerk in Ruanda zu errichten. Wir haben die Zusage der Unterstützung

auch über die Weltbank. Wir werden das vertiefen und weiter konkretisieren.

Es war für uns auch von besonderem Interesse. Ich habe das Angebot gern aufgenommen, dass Herr Dr. Deutscher noch in diesem Jahr oder in den ersten Tagen des kommenden Jahres in der Staatskanzlei – ich würde es gern zusammen mit der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz machen – über einen Ansatz der Weltbank vor mittelständischen Unternehmern darüber referieren will, wie mittelständische und kleinere Unternehmen sich an den Entwicklungshilfeprojekten beteiligen können und damit ein wirtschaftliches Interesse mit einem Hilfsangebot der Weltbank verknüpft werden kann.

Ich finde, das sind interessante Ansätze, die wir in jedem Fall weiterverfolgen werden.

Wenn ich bei wirtschaftlichen Kontakten bin, so will ich mich auf das beziehen, was mir von der Wirtschaftsdelegation berichtet worden ist, die mit uns unterwegs war. Es scheint sehr konkrete Kontakte gegeben zu haben, sowohl anlässlich der Konversionskonferenz in den Tagungsräumen der Deutschen Botschaft, einer sehr großen, einer beachtenswerten Konferenz, als auch darüber hinaus in unmittelbaren Kontakten.

Es gibt angekündigte Gegenbesuche von Wirtschaftsdelegationen aus den USA. Ich denke, das war mit unsere Aufgabe, eine gewisse Türöffnerfunktion wahrzunehmen.

Lassen Sie mich neben dem Feiern des Tags der Deutschen Einheit noch zu einem zweiten zentralen Punkt einige Bemerkungen machen, nämlich zur Frage, wie es mit der Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Europa, in Deutschland und in Rheinland-Pfalz weitergeht.

Es sieht so aus, muss man formulieren, dass noch in dieser Tagungsperiode des Senats eine Entscheidung herbeigeführt wird über die Stationierung, wie sie im Einzelnen aussieht. Der Stand ist uns bereits vor Abreise durch die amerikanische Generalität, aber auch dort bei den Gesprächen so geschildert worden, dass die Generalität ihre Vorschläge unterbreitet hat, Vorschläge, die hinsichtlich der weiteren Präsenz einer schweren gepanzerten Einheit in Europa eine gewisse Dualität mit und ohne eine solche Einheit aufweisen, sodass es letztendlich eine politische Entscheidung sein wird, welches dieser Konzepte umgesetzt wird.

Es ist in Amerika so, dass dem Pentagon und von dort aus dem Weißen Haus Listen mit den entsprechenden Vorschlägen vorgelegt werden, die zwar im Regelfall und im formalen Fall nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden können, aber es ist uns auch in den Gesprächen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses – ich nehme jetzt einmal unsere Übersetzungen –, Senator Warner, deutlich gemacht worden, dass man natürlich miteinander spricht.

In dem Gespräch mit Senator Warner waren Repräsentanten und Berater aus dem Pentagon mit dabei, die er gezielt dazugeholt hatte, sodass wir unsere Vorschläge

hinsichtlich der Übungsmöglichkeiten auf dem Truppenübungsplatz Baumholder und hinsichtlich des Housing-Konzepts nicht nur mit der politischen Ebene besprechen konnten, sondern es hat einen unmittelbaren Dialog in unserem Beisein mit diesen Fachleuten gegeben, die dann letztendlich die Empfehlung geben, ob ein solcher Vorschlag realisiert werden sollte oder nicht.

Das hat deutlich gemacht, dass es einen sehr engen Kontakt, zumindest mit der Mehrheitsfraktion und dem Pentagon, in diesen Fragen gibt.

Wir haben unsere Argumentation darauf gestützt, dass wir die vier Vorzüge, die wir für eine weitere Stationierung, insbesondere in Baumholder, sehen, herausgestellt haben. Das ist zum einen dieses Radnabenkonzept, das wir vor einiger Zeit entwickelt und Ihnen mehrfach vorgestellt haben, mit der entsprechenden zentralen Funktion von Ramstein und der zusätzlichen Funktion, die Spangdahlem in diesem Zusammenhang hat.

Wir haben deutlich gemacht, dass die Investitionen, die wir dort gemeinsam getätigt haben, aber auch nicht zuletzt die USA, zu dieser Drehscheibenfunktion führen und dies von uns gewollt ist, wissend, dass wir auf die Belange der regionalen Bevölkerung im Rahmen aller der Möglichkeiten, die wir hinsichtlich des Lärmschutzes und Ähnlichem haben, eingehen wollen und uns darum bemühen wollen und bemüht haben.

Dieser Umweltschutz, insbesondere die Lärmgesichtspunkte, sind bereits in der Umsetzung der Bauphase sehr intensiv von unserer Seite aus in dem gemeinsamen Ausschuss, der die Dinge begleitet hat, von dem Herrn Kollegen Bruch und insbesondere auch von Herrn Dr. Deubel, der diese Dinge als Vertreter des Bauministeriums sehr nah begleitet hat, eingebracht worden.

Wir haben in teilweise finanziell schwierig zu lösenden Fragen Konsense und Lösungen gefunden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das ist der erste Punkt unserer Argumentation. Nirgendwo ist man so nahe an der internationalen Drehscheibe, die für die Zukunft ertüchtigt worden ist, wie dies für Baumholder gilt, auch wenn eine schwere Einheit dort stationiert ist. Wir haben das auch im Einzelnen durchdekliniert bis hin zu den Bahntransportmöglichkeiten, die in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen geschaffen worden sind.

Der zweite Punkt ist, dass wir auf die Übungsmöglichkeiten auf dem Truppenübungsplatz Baumholder hingewiesen haben. Verehrte Frau Kollegin Grützmaker, da kann ich Ihren Einwand hinsichtlich der Haltung der Bevölkerung nur begrenzt verstehen.

Natürlich müssen wir darauf achten, auch an dieser Stelle, dass wir die Belastungen der Bevölkerung so niedrig wie immer nur möglich halten. Ich hatte vor wenigen Wochen in Baumholder zusammen mit dem Landrat und den Bürgermeistern von Stadt und Verbandsgemeinde und dem Rat mit all seinen Fraktionen und dem zuständigen General der Truppen, die in Baumholder stationiert sind, gesprochen.

Nach diesen Gesprächen gab es vor dem Rathaus auf dem Platz, dessen Name mir jetzt gerade entfallen ist, eine öffentliche Präsentation unserer Überlegungen. Die Bevölkerung hat in einem wirklich mehr als beachtlichen, in einem – man könnte sagen – riesigen Ausmaß daran teilgenommen und mich ermutigt, diesen Weg zu gehen und zu versuchen, die Stationierung in Baumholder, soweit es immer nur möglich ist, zu halten, sowohl die der Bundeswehr, die wir sichern konnten, als auch die der amerikanischen Streitkräfte, die dort stationiert sind.

Ich glaube, dass man guten Gewissens davon ausgehen kann, dass die Interessenlage, die wir in Amerika deutlich gemacht haben, im Einklang mit einem ganz großen Teil der regionalen und der städtischen Bevölkerung in Baumholder steht. Mir sind keine anderen Hinweise bekannt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir haben schließlich zum Dritten in diesem Zusammenhang auf das Sicherheitskonzept verweisen können, das Herr Kollege Bruch nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch schon nach dem 11. September mit seinem furchtbaren Attentat und zu Zeiten der Kriegshandlungen, unmittelbarer Art der Beginn der Kriegshandlungen im Irak unter Beweis gestellt hat.

Sosehr wir dort in der Sache politisch unterschiedlicher Auffassung gewesen sind, sosehr haben wir die Auffassung vertreten, dass wir Mitverantwortung für die amerikanischen Soldaten, ihre Liegenschaften und vor allen Dingen ihre Housings, also den Wohnungen der Angehörigen der amerikanischen Soldaten, haben.

Es ist anerkannt worden, was hier geleistet worden ist. Es war auch sehr präsent bei allen meinen Gesprächspartnern, die mit diesem Thema zu tun hatten, was geleistet worden ist. Das ist sicher auch ein Punkt, den man zu Recht auf die Waagschale legen durfte.

Schließlich unser Housing-Konzept, dieses Public-Private-Partnership-Konzept, das mit großer Sicherheit dazu führen wird, dass wir in den nächsten Monaten eine Entscheidung treffen und beginnen können mit dem Bau der ersten 500 Wohnungen im Bereich Ramstein, das mit einiger Wahrscheinlichkeit dann weiter umgesetzt werden wird und als Argument für die sicher notwendige Erneuerung und Renovierung der Wohnsubstanz in Baumholder nicht ohne Gewicht ist.

Ich sage offen, nicht deshalb ohne Gewicht ist, weil man dort auch auf die eigenen Budgets schaut. Es laufen gerade Budgetverhandlungen im Senat. Senator Warner hat mir davon berichtet, dass er versucht, einen Anhang im Interesse der militärischen Aufgaben unterzubringen. Also insoweit sieht man das.

Wir haben angeboten, dort Entlastungen zu schaffen, zumal dies nichts mit Belastungen für unseren Landeshaushalt zu tun hat, sondern mit einer Interessenlage, die man organisieren kann und die uns als Träger im Sinne der Ideenträgerschaft und als Absicherer, aber nicht als Finanzier erscheinen lassen muss, da wir Bedarfe klar haben, da wir Nutzungen klar haben und über

die Mietzahlungen auch die Refinanzierung sicherstellen können.

Meine Damen und Herren, das waren die Punkte, die wir einbringen konnten. Die Entscheidung wird in den USA fallen und nicht durch uns oder durch noch so gute Argumente. Aber wir hoffen, dass wir mit unseren Argumenten die Entscheidung beeinflussen konnten. Ich war sehr froh darüber, dass Senator Warner – sicherlich einer der einflussreichsten Männer im Senat – uns in diesen Fragen klare Unterstützung für den Standort Baumholder zugesagt hat, und dies nicht nur im internen Gespräch, sondern auch in dem gemeinsamen Pressebriefing, das nach unserem Gespräch stattgefunden hat. Dieses Gespräch hat im Übrigen 40 Minuten gedauert. Nur so viel möchte ich zu den gelegentlichen Begegnungen, wie dies so schön heißt, sagen.

Es ist, wie es ist. Wir sind uns unserer Kleinheit in Rheinland-Pfalz gegenüber den großen Vereinigten Staaten bewusst. Ich bin mir auch darüber im Klaren – dies war ich auch vor dieser Reise –, dass man in Amerika 50 Gouverneure kennt und deutsche Ministerpräsidenten in dieser Weise eingestuft werden. Es gibt gelegentlich einmal nützliche Situationen, in denen gemeinsame Fotos auch im amerikanischen Interesse sind, aber darauf kam es mir in der Tat nicht vorrangig an.

Frau Kollegin Grützmaker, ich komme nun zu dem Stichwort der Entscheidung dieses Parlaments, Resolution oder Entschließung des Parlaments zu der Frage der Atomwaffen. Ich halte es für richtig und für geboten, dass über diese Frage in der geordneten Reihenfolge gesprochen wird, nämlich zunächst mit der Bundesregierung – das werden wir tun – und danach mit dem amerikanischen Repräsentanten in Deutschland, also dem Botschafter. Ich hatte für morgen ein diesbezügliches Gespräch anberaumt. Aber ich bitte Sie um Verständnis, dass ich diesen Termin aufgrund der Situation in Berlin, wo morgen früh um 09:00 Uhr ein Gespräch stattfinden wird, an dem ich nicht zuletzt im Interesse dieses Landes und nicht nur meiner Partei teilnehmen sollte, da dort einige Eckpunkte angesprochen werden, die uns in den Ergebnissen auch interessieren werden, leider verschieben musste. Aber es wird mit dem, was das Parlament beschlossen hat, von der Landesregierung auf eine angemessene Weise reagiert.

Ich glaube, dass man doch nicht ernsthaft annehmen kann, dass man zu jemandem fährt, um gemeinsam einen Feiertag zu begehen und sich dafür zu bedanken, dass man diesen Feiertag begehen durfte, und dann ein solches Thema, das von den Zeitabläufen nicht vorbereitet sein konnte, dort sozusagen nebenbei in die Arena wirft. Ich bin kein Außenpolitiker, aber so viel politische Erfahrung werden Sie mir zugestehen, dass ein solches Vorgehen dort wie eine Ohrfeige verstanden worden wäre

(Beifall bei SPD und FDP)

und nicht wie eine Basis, um über diese Frage, die wir ernst nehmen, mit Aussicht auf Erfolg miteinander zu sprechen. Ich nehme an, dass Sie auch nicht die Gelegenheit wahrgenommen haben, mit den hochrangig

anwesenden Vertretern, beispielsweise mit dem stellvertretenden Finanzminister oder mit vielen anderen, darüber zu sprechen. Das war klug so, verehrte Frau Kollegin. Ich habe das so eingeschätzt, wie ich es Ihnen jetzt sage. Deshalb werden wir auch bei dieser Vorgehensweise bleiben.

Alles hat seine Zeit, und bestimmte außenpolitische Vorgehensweisen müssen ihre Ordnung haben, weil die außen- und sicherheitspolitischen Zuständigkeiten bei der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bundesregierung liegen. Das heißt nicht, dass wir nicht versuchen werden, darauf einzuwirken. Das werden wir tun, aber wir werden es in einer Vorgehensweise tun, die kein Kopfschütteln über dieses Land Rheinland-Pfalz auslöst, sondern in einer angemessenen Art und Weise. Dafür bitte ich Sie um Verständnis.

Ich möchte mich bei all denjenigen bedanken, die mitgewirkt haben. Das war dieses Parlament, und viele andere, die ich genannt habe. Ich glaube, das, was wir uns vorgenommen haben und was erreichbar gewesen ist, haben wir mit dieser Reise erreicht. Wenn Sie gelegentlich einmal einen anderen Eindruck von außen erhalten wollen, können Sie gern ein Interview mit der „Washington Post“ oder mit anderen Zeitungen und die Bewertungen dort nachlesen. Diese Bewertungen sind für uns – um es einmal vorsichtig zu sagen – gar nicht so übel.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, aufgrund der Redezeit des Ministerpräsidenten stehen den Fraktionen jeweils weitere vier Minuten Redezeit zur Verfügung.

Für die SPD spricht Herr Abgeordneter Lewentz.

Abg. Lewentz, SPD:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sie haben Ihre Ausführungen mit einem Dank beendet. Ich möchte mich diesem Dank anschließen; denn es war wirklich eine gut vorbereitete Reise. Mein Dank geht an die Protokollchefin und die Referenten im Innenministerium und in der Staatskanzlei, die diese Reise vorbereitet haben. Herr Staatssekretär Strutz, ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch bei Ihnen für Ihre Begleitung bedanken sowie für diese kleine, aber feine Werbemöglichkeit, die ich am Rande dieser Reise aus Ihrem Hause kennen gelernt habe.

Sehr geehrter Herr Schmitt, Sie haben Ihren Ausführungen ein Fazit vorangestellt, das sich am Schluss eigentlich mit dem Fazit fast aller Redner deckte. Sie haben diese Reise als gut, sinnvoll und zweckdienlich bezeichnet. Ich denke, das war sie auch. Sie sind auch auf den Aspekt eingegangen, dass Sie sich lediglich als Begleitpersonal empfunden haben. Das ging der Kollegin Schmitt und mir nicht so.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Wir waren in der Weltbank. Sie waren dabei. Frau Kollegin Schmitt hat dort die Besonderheiten unserer Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda angesprochen. Dies ist auf Anregung unserer Delegation aufgegriffen und in der Chefetage der Weltbank diskutiert worden. Wir konnten dort beispielsweise ein Projekt der Mainzer Stadtwerke sehr intensiv ansprechen und dafür werben, dass die Weltbank Unterstützung dazu leisten möge. Dies wurde uns auch versprochen. Insgesamt wurde uns von den Vertreterinnen und Vertretern der Weltbank signalisiert, dass sie sich diese besondere Art der Partnerschaft zwischen Ruanda und Rheinland-Pfalz, die dort gar nicht so bekannt gewesen ist, sehr genau anschauen wollen, da diese Partnerschaft in eine Sparte der Projektförderung hineinpasst, die auch in der Weltbank sehr hohe Wertschätzung genießt.

Des Weiteren haben Sie gesagt, in den USA zählten nur Parlamentarier. Nun, es waren sieben Parlamentarier, zwei Vizepräsidentinnen, der Präsident und eine Ausschussvorsitzende anwesend. Ich glaube, das ist auch wahrgenommen worden.

Frau Grützmaker, ich möchte auf Ihre Ausführungen mit einem mir überlassenen Brief zum Thema „Baumholder“ antworten. Sie haben pauschal in den Raum gestellt, dass die Menschen insgesamt dort so empfinden würden, wie Sie es ausgeführt haben. Ich habe heute einen Brief vom Bürgermeister der Verbandsgemeinde Baumholder, Herrn Pees, bekommen. Herr Präsident, ich möchte mit Ihrer Erlaubnis einige Sätze daraus zitieren:

Er schreibt: „Baumholder ist für die amerikanischen Streitkräfte einer der größten europäischen Standorte. Dadurch ist Baumholder auch in den USA ein Begriff. Heute leben etwa 5.500 Soldaten und 7.500 Zivilangehörige in unserer Region.

In Baumholder werden ca. 200 Millionen Euro durch die US-Soldaten und deren Angehörige per anno verdient. Ca. 35 Millionen Euro verbleiben in der Verbandsgemeinde und der weiteren Umgebung. „Wir sind dankbar,“ – so der Bürgermeister – „dass Bemühungen des Innenministeriums um den Erhalt der früheren Bundesbahnstrecke voll unterstützt werden. Damit steht und fällt die US-Garnison Baumholder und der Truppenübungsplatz, da die Gleisanlagen die Lebensader der militärischen Einrichtungen darstellen.

Probleme würden bei einem Abzug der US-Streitkräfte die riesigen Flächen (717 Hektar) bereiten und der Wertverlust, den ich soeben genannt habe.“

Sein Fazit: „Natürlich würden dann, wie man so schön sagt, die Lichter ausgehen. Das Szenario brauche ich wohl nicht zu schildern, es ist allseits bekannt.“ Das ist das, wovor die Menschen dort Befürchtungen haben mit Blick auf die Stationierungsfragen der amerikanischen Soldaten.

Es war eine anstrengende Reise. Mein Fazit lautet: Ich habe erlebt, dass das deutsch-amerikanische Verhältnis viel entspannter ist, als wir es phasenweise wahrgenommen haben. Ich habe die Delegation des Minister-

präsidenten dort, wo ich es direkt erleben konnte, als offen und klar argumentierend erlebt. Ich denke, diese offene und klare Argumentation, die die notwendigen Punkte angesprochen hat, hat dazu beigetragen, dass diese gute Atmosphäre, die zwischen der offiziellen Seite der amerikanischen Streitkräfte, des amerikanischen Senats und der rheinland-pfälzischen Landesregierung herrschte, vorangebracht werden konnte.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Ministerpräsident, Herr Innenminister Bruch, von daher lautet mein Appell an Sie: Machen Sie so weiter, es scheint ein sehr erfolgreicher Weg zu sein.

(Beifall der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schmitt das Wort.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die große Kunst besteht darin, sich zu beschränken,

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig!)

auch wenn man eine gewisse Redezeit hat. Ich hatte vorhin nicht im negativen Sinne die Frage gestellt, ob es etwas gibt, was wir von den Medienvertretern, die gut darüber berichtet haben, noch nicht wissen. Man hat eben an der Stimmung gemerkt, alle miteinander waren auf demselben Diskussionsstand. Da gab es nichts Neues. Das ist in Ordnung. Dann muss ich es nicht wiederholen.

Hinsichtlich des Dankes kann man sich auf die SPD verlassen. Ich hätte mich natürlich auch bei den Mitarbeitern bedankt. Von vornherein war bei mir im Konzept aber klar, die Landesregierung erhält den Dank von der SPD. Das ist gar keine Frage.

Ich sage ganz einfach, ich habe die Punkte, die mir verbesserungsbedürftig erscheinen, angeführt. Darum geht es bei einer Delegation. Ich rede jetzt als Abgeordneter. Es geht darum, was man bei einer Delegation besser machen kann, was notwendig ist. Da habe ich die drei Punkte genannt, die für mich entscheidend waren.

Ich könnte erzählen, wie das mit der Deutschen Weinkönigin war. Sie würden sich wundern, wie das Programm von ihr vorgesehen war. Ich bilde mir ein, dass ich sie einige Zeit begleiten musste, um das deutlich zu machen.

(Lewentz, SPD: Sie sind ihr nicht
von der Seite gewichen!)

Man könnte über all das diskutieren, aber das ist nicht der Punkt und nicht der Tag und nicht die Stunde dazu.

Es geht nicht darum, dass wir darüber reden, Wasser hineinzugießen. Wir sollten vor einer der nächsten Reisen im Ausschuss darüber reden, wie wir als Parlamentarier noch einen größeren Nutzen aus den Gesprächen ziehen. Meinen großen Nutzen zog ich dabei aus den Gesprächen mit Oberst Altmaier und vielen anderen, die aus unserer Region kamen. Man hat darin gemerkt, wie die Stimmungslage in Amerika bei den Menschen und bei der Bevölkerung ist. Sie haben schon Sorge, wie sich Deutschland entwickeln wird.

Das ist die Botschaft, um die es in Zukunft stärker geht. Wir sollten klar machen, warum eine Position so vertreten wird. Daran hat es in der Vergangenheit gehapert. Ich glaube, dabei sollten wir es heute belassen. Es gab nicht sehr viel Neues dazu. Dies heißt aber nicht, dass es schlecht war.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Frau Abgeordneter Grützmacher das Wort.

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schmitt, ich kann Sie beruhigen, da Sie gesagt haben, dass man im Ausschuss einmal darüber sprechen sollte. Wir haben uns im Präsidium schon mit dieser Sache beschäftigt.

(Schmitt, CDU: Respekt! Respekt!)

– Nein, das können Sie nicht wissen, das ist völlig in Ordnung. Ich denke, dass wir im Landtag selbst, im Ältestenrat und im Präsidium einmal über diese Sache sprechen sollten.

Ich denke aber, das Thema sind immer noch die Ergebnisse der USA-Reise des Ministerpräsidenten. Deswegen halte ich mich etwas stärker an dieses Thema.

Herr Lewentz, ich komme noch einmal auf Baumholder zu sprechen. Der Ministerpräsident hat es von sich selbst schon gesagt – da würde ich es erst recht nicht von uns sagen –, ich glaube nicht, dass wir GRÜNEN einen großen Einfluss darauf haben, ob der Truppenübungsplatz in Baumholder geschlossen wird oder nicht.

(Kuhn, FDP: Gott sei Dank!)

– Darüber kann man streiten, aber immerhin, das ist Fakt.

Die Frage aber, warum und wenn die Amerikaner dort abziehen und wer das entscheidet, um es einmal richtig auszudrücken, wird in Washington geklärt. Es kann

passieren, dass dort solche Entscheidungen gefällt werden.

(Zurufe von der SPD)

Warum soll es dann ein Denkverbot geben, sich zu überlegen, wie man die zivile Nutzung dieses riesigen und sehr schwierig zu konvertierenden Geländes vornehmen kann?

(Pörksen, SPD: Kennen Sie das Gelände?)

– Natürlich, ich habe es selbst besucht. Ich kenne auch die Geschichte mit dem Naturschutz. Es ist alles nicht einfach. Gerade aber weil es nicht einfach ist, sollte man sich sehr früh mit solchen Sachen beschäftigen. Dies fordern wir schon lange ein, auch in diesem Bereich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht verhehlen, dass das Problem für uns an dieser Reise war, dass das Verhältnis von Rheinland-Pfalz und den USA so, wie es in den Medien herüberkam, vor allem stark auf das Militärische fixiert war. Es gab natürlich aber auch sehr viele andere Sachen. Der Kontakt zwischen der Technischen Universität Kaiserslautern und der Universität Maryland wurde besprochen. Auch diese Dinge sind vorhanden. Ich glaube, wir müssen mehr Kreativität, mehr Energie und mehr Engagement dort hineinsetzen, damit diese zivilen Kontakte mit Amerika weiter verstärkt werden. Einige wurden in dem Zusammenhang schon erwähnt.

Ich möchte jetzt doch noch einmal über meine Erfahrungen reden. Ich habe die Gelegenheit an dem Abend zum 3. Oktober wahrgenommen, um mit der Delegation aus South Carolina zu reden. Ich denke, es wäre eine gute Sache, wenn man diese Zusammenarbeit mit South Carolina wieder verstärken würde. In diesem Zusammenhang wäre es eine gute Sache, einmal das Thema „Bürgergesellschaft“ anzusprechen.

Es ist ganz schwierig, mit Amerika im kulturellen Bereich, im Bildungsbereich und im Schulbereich Kontakt zu bekommen. Ich weiß das. Es ist beispielsweise ganz schwierig, Austauschmöglichkeiten für deutsche Schulen zu finden. Das ist außerordentlich problematisch.

Darum müssen wir gerade im zivilen Bereich genauso viel Engagement, Kreativität und Energie hineinsetzen, wie das Herr Bruch in der letzten Zeit im militärischen Bereich gemacht hat. Ich glaube, im zivilen Bereich muss die Zukunft der rheinland-pfälzischen und amerikanischen Beziehungen liegen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung
„Für mehr Lebensqualität im Alter – Innovative Modelle der Pflege in Rheinland-Pfalz“

Ich erteile Frau Staatsministerin Dreyer das Wort.

(Bischel, CDU: Die zweite Regierungserklärung! –
 Jullien, CDU: Eine jagt die andere!)

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren und Damen! Vor wenigen Tagen hat in Mainz der erste rheinland-pfälzische Pflegekongress mit über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattgefunden – es waren genau gesagt 1.200 –, darunter auch Schülerinnen und Schüler aus den Pflegeberufen. Unsere Erwartungen wurden damit bei weitem übertroffen, hatten wir doch zunächst „nur“ mit etwa 500 Gästen gerechnet.

Dies zeigt Folgendes:

- Die Pflege ist ein gesellschaftspolitisches Thema von hoher Bedeutung.
- Sie geht Menschen aller Altersgruppen an. Für viele junge Menschen ist sie ein lohnendes Berufsziel. Die mittlere Generation versorgt ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Die Älteren pflegen schließlich ihre Partnerinnen und Partner oder werden – selbst pflegebedürftig – von ihren erwachsenen Kindern unterstützt.
- Der große Zuspruch zu unserem Kongress hat aber auch gezeigt, „Menschen pflegen“, die von mir vor drei Jahren ins Leben gerufene Initiative, hat bei den Fachkräften unseres Landes sichtbare Unterstützung gefunden.

Die Initiative „Menschen pflegen“ konzentriert sich auf unser Land, das heißt, auf das, was wir in Rheinland-Pfalz – die Politik, die beteiligten Verbände, die Fachkräfte, die Angehörigen und die Pflegebedürftigen – gemeinsam voranbringen können. Die anstehende Reform der sozialen Pflegeversicherung ist dagegen eine Sache des Bundes, zu der wir uns positionieren, die wir beeinflussen und aktiv mitgestalten werden. Im Mittelpunkt meiner Regierungserklärung steht allerdings das hier in unserem Land unmittelbar Machbare.

Meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordneten, wenn gefragt wird, was uns die Pflege wert ist, dann konzentriert sich die Antwort vielfach nur auf die monetären Aspekte, auch wenn diese natürlich sehr wichtig sind. Die Pflege aber, der Erfolg des gesellschaftlichen und politischen Engagements in der Pflege, ist keineswegs nur eine Frage ihrer Finanzierung. Vielmehr geht es um die Frage, wie viel gesellschaftliche Anstrengung uns diese Pflege wert ist.

Was ist uns die Pflege hier in Rheinland-Pfalz wert? Ich denke, eine erste Bilanz unseres Engagements macht deutlich, allen Beteiligten war und ist sie es wert, sich zunächst einmal in einem großen Bündnis für die Zukunft der Pflege zusammenzuschließen. Sie war und ist es uns wert, im Rahmen dieses Bündnisses Differenzen zu überwinden und einen Konsens bzw. tragfähige Konzepte zu erarbeiten. Schließlich ist uns die Pflege wert, die Umsetzung dieser Konzepte gemeinsam in die Hand zu nehmen.

In den vergangenen Jahren haben sich in unserem Land alle an der Pflege beteiligten Institutionen, Professionen und Organisationen auf Initiative der Landesregierung unter der Überschrift „Menschen pflegen“ zusammengeschlossen und es geschafft – auch das gehört ganz oben in die Bilanz unserer Anstrengungen –, Leitlinien und konkrete Konzepte zu erarbeiten, um die Qualität der Pflege in unserem Land gemeinsam sicherzustellen.

Menschen pflegen ist ein lebendiger Prozess der Erarbeitung von Konzeptionen und deren partnerschaftlicher Umsetzung, in den ständig neue Impulse einfließen. In meiner ersten Regierungserklärung zum Thema „Pflege“ im Dezember 2002 habe ich die Herausforderungen einer veränderten Pflegelandschaft beschrieben und Ihnen ein erstes umfassendes Handlungskonzept vorgestellt. Heute, in der zweiten Regierungserklärung zu diesem Thema, möchte ich mich mit den weiteren Perspektiven, den zukünftigen Schwerpunkten unserer Arbeit auseinandersetzen und darstellen, wie weit wir bisher gekommen sind.

Wir haben uns in der Vergangenheit mit den verschiedensten Aspekten der Pflege, mit Qualitätssicherung, den Fachkräften, den Hilfen für Menschen mit Demenzerkrankungen, der Unterstützung für pflegende Familien und auch mit Fragen der Finanzierbarkeit und Wirtschaftlichkeit beschäftigt und gemeinsam mit unseren Partnern und Partnerinnen eine Fülle von Initiativen entwickelt und wichtige Fortschritte erzielt. In Zukunft wollen wir uns über diese Aktivitäten hinaus vor allem auf zwei zentrale Aufgaben konzentrieren.

Wir wollen die häusliche Pflege noch stärker als bisher unterstützen, und wir wollen den Arbeitsmarkt Pflege in unserem Land aktiv voranbringen:

Um die häusliche Pflege zu stärken, werden wir die Pflegestrukturen so weiterentwickeln, dass die Menschen, die zu Hause gepflegt werden wollen, dies auch können. Weil sich die Pflege künftig als Hilfe-Mix aus familiärer, ehrenamtlicher und professioneller Hilfe darstellen wird, unterstützen wir den Aufbau von Pflege-Netzwerken auf kommunaler Ebene.

Wir werden die Chancen, die der Arbeitsmarkt Pflege für die Menschen in unserem Land eröffnet, nutzen. Wer sich für einen Pflegeberuf entscheiden will, soll flexible Ausbildungsmöglichkeiten und vielfältige Berufsfelder vorfinden und sich auf stabile berufliche Rahmenbedingungen verlassen können. Die Pflege ist ein Arbeitsmarkt der Zukunft. Wir wollen auch dafür sorgen, dass die professionelle oder ehrenamtliche Arbeit in der Pflege die ihr zustehende hohe Wertschätzung erfährt.

Meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete, lassen Sie mich im Folgenden vor allem auf diese beiden politischen Schwerpunkte eingehen. Für die Pflege insbesondere alter Menschen haben die Familien in unserem Land nach wie vor eine zentrale Bedeutung. So werden in Rheinland-Pfalz über 70 % der pflegebedürftigen Menschen in ihren Familien betreut. Aber auch bei der außerhäuslichen Pflege sind Familien in vielfältiger Weise für das Wohlergehen der Pflegebedürftigen engagiert.

In Zukunft aber werden sowohl der demografische Wandel, also das Älterwerden unserer Gesellschaft, als auch der soziale Wandel, das heißt, die veränderten Familienstrukturen, die häusliche Pflege vor neue Herausforderungen stellen. Angesichts dieser Entwicklung kann die Sicherung der Pflege nur dann gelingen, wenn wir die häusliche Pflege künftig noch stärker als bisher unterstützen und auch bürgerschaftlich Engagierte für die Versorgung und Betreuung gewinnen. Solidarität bleibt nicht nur unverzichtbar, sie wird in der Pflege an Bedeutung gewinnen.

Der Wandel der Altersstruktur unserer Gesellschaft beschert uns aber nicht nur neue Aufgaben, sondern bietet uns gleichzeitig auch neue Möglichkeiten, diese Aufgaben zu meistern. So ist mit dem Älterwerden der Gesellschaft für jede und jeden Einzelnen von uns – mit etwas Glück bezogen auf unsere Gesundheit – ein Gewinn an Lebenszeit verbunden. Aber was machen wir mit den gewonnenen Jahren? Wir könnten und vielleicht müssen wir sie auch zum Wohl der Gesellschaft nutzen. Studien belegen, dass insbesondere die so genannten „jungen Alten“ motiviert sind, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Dieses Engagement gilt es aufzugreifen und zu unterstützen, damit unsere Gesellschaft auch in der Pflege von den vielfältigen Erfahrungen und Kompetenzen der Älteren profitieren kann.

Weil die meisten der etwa 95.000 pflegebedürftigen Menschen ambulant, das heißt, zu Hause versorgt werden wollen, ist unsere Politik in der Pflege dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ verpflichtet. Auch die im Landespflegeausschuss vertretenen Gruppen – das sind im Übrigen alle Akteure des Pflegemarktes – haben sich auf diesen Grundsatz verständigt. Sie haben im Januar 2003 zehn Leitsätze verabschiedet, in denen ihr gemeinsames Verständnis von Qualität in der Pflege zum Ausdruck gebracht wird. Mit den Leitsätzen „Wir streben eine wohnortnahe Versorgung an“ und „Wir setzen uns für die Vernetzung aller an der Pflege Beteiligten ein“ ist von allen im Landespflegeausschuss vertretenen Gruppen dargestellt worden, wie der Grundsatz „ambulant vor stationär“ in unserem Land umgesetzt werden soll.

Mit dem Begriff einer wohnortnahen Versorgung wird eine sozialräumliche Pflegestruktur beschrieben, die von den Ressourcen des pflegebedürftigen Menschen ausgeht, in einem zweiten Schritt die Kompetenzen und Leistungsfähigkeit seiner Angehörigen, Freunde und Freundinnen, Nachbarn und Nachbarinnen sowie bürgerschaftlich engagierter Menschen einbezieht und dann ergänzend die professionell notwendige Hilfe bestimmt. Bei alle dem ist nicht nur eine Betreuung das Ziel, vielmehr ist und bleibt gesellschaftliche Teilhabe das Leitbild.

Das vom Landtag verabschiedete Landesgesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur, das zum 1. Januar 2006 in Kraft tritt, greift diese Zielsetzungen auf. Durch flächendeckende Beratungsstrukturen, ergänzende niedrighschwellige Angebote und die Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements werden wir die häusliche Pflege aufgrund dieses Landesgesetzes noch besser unterstützen können; denn wir alle wissen, neben guten medizinischen und pflegerischen Leistungen sind Kontakte und emotionale Bindungen zwischen den Generationen und im sozialen Umfeld der Pflegebedürftigen entscheidende Faktoren für deren Wohlbefinden und Lebensqualität.

Unabdingbar für eine gut funktionierende Pflege ist die Kooperation aller Beteiligten, seien es ambulante Dienste oder stationäre Pflegeeinrichtungen, Ärzte und Ärztinnen, Krankenhäuser, Pflegekassen, Familienangehörige oder bürgerschaftlich Engagierte. Mit dem Landesgesetz geben wir den Kommunen das richtige Instrument an die Hand, um koordinierend wirken zu können; denn nur auf örtlicher Ebene lässt sich der Anspruch auf eine regional gegliederte, ortsnahe und aufeinander abgestimmte Pflegestruktur konkretisieren und umsetzen.

Die 36 kommunalen Gebietskörperschaften haben nunmehr die Aufgabe, eine Pflegestrukturplanung vorzunehmen, die sich auf die Sammlung und Auswertung relevanter Strukturdaten, das Angebot bedarfsgerechter komplementärer Hilfen im Vor- und Umfeld der Pflege, die Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements und die Entwicklung neuer Formen pflegerischer Angebote erstrecken muss. Wir werden die Kommunen bei dieser Aufgabe selbstverständlich unterstützen.

Mit regionalen Pflegekonferenzen, die zum 1. Januar 2006 ihre Arbeit aufnehmen sollen, werden wir örtliche Pflegenetzwerke initiieren und stärken. Damit sollen Schnittstellenprobleme zwischen den Versorgungsstrukturen und den Beteiligten beseitigt und alle an der Pflege beteiligten Berufsgruppen sowie die Betroffenen und ihre Vertretungen eingebunden werden. Insbesondere die Kooperation der Institutionen und Berufsgruppen soll durch eine engere Zusammenarbeit im Rahmen der regionalen Pflegekonferenzen verbessert werden.

Beratungsstrukturen in der Pflege und in Fragen rund um das Alter gewinnen künftig noch mehr an Bedeutung. Mit 135 Beratungs- und Koordinierungsstellen halten wir in Rheinland-Pfalz ein Angebot vor, um das uns andere Bundesländer beneiden.

Im Beziehungsgefüge Pflege nehmen die Beratungs- und Koordinierungsstellen eine zentrale Rolle ein, weil sie die Schnittstelle zur familiären Pflege und allen sie unterstützenden und ersetzenden Pflegeleistungen bilden. Zu ihren Aufgaben gehören neben der qualifizierten Beratung und Unterstützung die Vermittlung und Koordinierung pflegerischer und komplementärer Angebote. Zukünftig werden sie sich darüber hinaus verstärkt auf die Gewinnung, Unterstützung und Einbeziehung bürgerschaftlich engagierter Menschen in das Arbeitsfeld Pflege konzentrieren.

Es ist unser Ziel, die Bereitschaft zum Engagement der so genannten „jungen Alten“ gezielt zu fördern, quasi 60 plus für 80 plus. Hier sind die formellen und informellen Hilfen zusammenzuführen, gezielte Qualifizierungs-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für professionell und ehrenamtlich Pflegenden anzubieten und die bestehenden Strukturen des ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements in Rheinland-Pfalz, beispielsweise die Freiwilligenzentren und Ehrenamtsbörsen oder Ehrenamtsagenturen, einzubinden.

Außerdem werden wir im Jahr 2006 gezielte Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte der Familienarbeit anbieten, die pflegende Angehörige bei ihrer Arbeit motivierend begleiten und ihnen den Weg zu unterstützenden Anlaufstellen und Angeboten weisen. Von großem Interesse war für mich in diesem Zusammenhang im Übrigen eine Erkenntnis, die Herr Professor Dörner auf dem Pflegekongress erläuterte: Die Wahrnehmung von Verantwortung für andere Menschen diene auch der eigenen psychischen Gesundheit. Auch insofern war und ist es richtig, die Pflegeversicherung als so genannte Teilkaskoversicherung zu gestalten; denn wir dürfen die Pflege nicht ausschließlich in die Hand Dritter legen. Jede und jeder Einzelne von uns muss in der Pflege auch ein Stück gesellschaftlicher Verantwortung tragen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wie Herr Professor Dörner gesagt hat, statt einer personellen „Entpflichtung“ gehe es hier darum, eine „Verpflichtung“ für andere wahrzunehmen.

Meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete, das Landesgesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur hat viele einzelne Elemente meiner Initiative „Menschen pflegen“ aufgenommen. Nun ist es an uns, dem Land, aber auch an den Kommunen, es umzusetzen, um damit die ambulante Pflege und das häusliche Umfeld verstärkt zu unterstützen.

Die Expertinnen und Experten, die wir auf dem Pflegekongress als Gäste empfangen durften, haben uns wissen lassen, dass mit dem Gesetz die richtigen Instrumente für eine sozialräumliche Pflegestruktur entwickelt wurden.

Zur Stärkung der häuslichen Pflege gehört vor allem auch die verstärkte Unterstützung von Familien, die Angehörige mit einer Demenzerkrankung pflegen, meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete. In Rheinland-Pfalz sind dies etwa 70.000 Menschen, von denen 60 % zu Hause versorgt werden. Für die Angehörigen geht dies oftmals mit einer vollständigen Umorganisation des bisherigen Lebensalltags einher. Mit viel Geduld und Kraft müssen sie sich auf einen wechselhaften Tagesablauf voller Unwägbarkeiten einstellen.

Im Rahmen unserer Initiative "Menschen pflegen" haben wir bereits vielfältige Anstrengungen unternommen, um den Leitsatz des Landespflegeausschusses „Wir verbessern die Situation von Menschen mit Demenzerkrankung“ mit Leben zu erfüllen.

Zunächst hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit im Jahr 2004 gemeinsam mit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung und vielen weiteren Kooperationspartnern eine Demenz-Kampagne durchgeführt, die das Ziel verfolgte, die Öffentlichkeit über die Krankheit und ihre Verlaufsformen aufzuklären, aber auch Hilfeangebote und Fortbildungsmöglichkeiten aufzuzeigen; denn nur in einer Atmosphäre der gesellschaftlichen Offenheit für das Krankheitsbild Demenz, das heißt, nur wenn frei und offen über die Befindlichkeiten und Bedürfnisse demenzkranker Menschen gesprochen werden kann, wird sich die Lebensqualität der erkrankten Menschen, aber auch ihrer pflegenden Angehörigen spürbar verbessern lassen.

Dazu gehört auch die Früherkennung und qualifizierte ärztliche Betreuung von Menschen mit Demenz. Die Qualifizierung der Ärzteschaft wurde in den vergangenen Jahren auf unsere Initiative hin von der Landesärztekammer vorangebracht, sodass wir heute davon ausgehen können, dass mehr Hausärztinnen und Hausärzte Demenz frühzeitig und kompetent diagnostizieren können. Auch wenn Demenz nach wie vor nicht heilbar ist, so ist doch der Verlauf der Erkrankung herauszuzögern, und die Folgen sind therapeutisch, zumindest für eine begrenzte Zeitdauer, abzumildern.

Um die oft schwierige Kommunikation von Angehörigen, Fachkräften oder ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern mit dementen Menschen zu verbessern, fördern wir seit 2003 eine Telefon-Hotline beim Validationszentrum in Bad Dürkheim. Alle Rat Suchenden werden auf diese Weise schnell und unbürokratisch mit qualifizierten Informationen und notwendigen Tipps versorgt. Die Validation ist eine Technik im Umgang mit verwirrten und psychisch veränderten alten Menschen, die auf Wertschätzung und Akzeptanz aufbaut und die Kommunikation zwischen der oder dem Kranken und der Pflegeperson entscheidend verbessert und erleichtert.

Insbesondere für Menschen mit einer fortgeschrittenen Demenz müssen neben den ambulanten Strukturen auch die stationären Angebote verbessert werden. Demenz ist nämlich der häufigste Grund für den Umzug in eine stationäre Pflegeeinrichtung.

Damit sich die Pflegeheime in Zukunft stärker als bisher auf die Versorgung und Betreuung psychisch veränderter Bewohnerinnen und Bewohner einstellen, haben wir in den vergangenen zwei Jahren gemeinsam mit dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherungen ein Projekt zur Optimierung der Versorgung von Menschen mit Demenz in stationären Pflegeeinrichtungen durchgeführt. Das Ergebnis ist positiv: Wenn Einrichtungen baulich und personell ihre Konzepte und die Praxis auf die besonderen Bedürfnisse der Demenzkranken einstellen, wenn die milieutherapeutische Gestaltung und die Qualifizierungsmaßnahmen angepasst werden, dann hat dies spürbar positive Auswirkungen auf die Bewohnerschaft, aber auch auf die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Derzeit befindet sich das Projekt in seiner Schlussphase.

Auf unseren bisherigen Aktivitäten und Erfahrungen aufbauend, die ich hier nur beispielhaft genannt habe, planen wir für die Zukunft natürlich weitere Schritte, um

die Situation von an Demenz erkrankten Menschen und ihren Angehörigen weiter zu verbessern.

So soll die Diagnostik und Früherkennung weiter ausgebaut werden. Wir werden die im Land bereits bestehenden Gedächtnisambulanzen bekannter machen und dafür Sorge tragen, dass das Angebot in der Fläche Ausweitung findet.

Mit 365.000 Euro fördern derzeit das Land, die Kommunen und die Pflegekassen 82 niedrigschwellige Betreuungsangebote, um ergänzende Ressourcen der sozialen Betreuung zu gewinnen und um damit einen zukunftsweisenden und nachhaltigen Pflegemix aus familiären, bürgerschaftlich engagierten und hauptamtlichen Versorgungsstrukturen zu schaffen. Der flächendeckende Ausbau schreitet zügig voran.

Darüber hinaus werden wir noch in diesem Jahr in sieben Regionen in Rheinland-Pfalz Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen auch im Sinne einer stärkeren Vernetzung von Altenhilfe, Pflege und Gesundheitswesen sowie zur Erprobung neuer Strukturen und Konzepte beginnen. Wir erwarten davon wertvolle Erkenntnisse, die wir dann allen zur Optimierung ihrer Strukturen und Versorgungsangebote zur Verfügung stellen werden.

Neu ist auch, dass auf meine Initiative hin in allen Kommunen des Landes – also flächendeckend – Schulungen für Angehörige von Demenzkranken durchgeführt werden, die für die Teilnehmenden von den Pflegekassen finanziert werden. Die Betreuung der Demenzkranken wird während der Schulungszeit selbstverständlich sichergestellt. In der stationären Pflege werden wir die Evaluation und Dokumentation der Ergebnisse des Projektes zur Optimierung der Versorgung von Menschen mit Demenz landesweit nutzbar machen. Natürlich wird die Demenzkampagne auch in diesem Jahr und im nächsten Jahr weitergeführt.

Neben der Versorgung in der Familie und dem Leben in einem Pflegeheim kann das Wohnen in einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft für viele, auch für an Demenz erkrankte Menschen, eine wünschenswerte Alternative sein, zum Beispiel dort, wo Familienstrukturen sich ändern oder auflösen. Bisher existieren in Rheinland-Pfalz nur sehr wenige dieser Angebote.

Meine Kollegen im Kabinett, Herr Finanzminister Mittler und Herr Innenminister Bruch, und ich haben es zu unserer gemeinsamen Aufgabe gemacht, innovative Wohnmodelle im Quartier beziehungsweise im Wohnumfeld zu fördern. Wir wollen Strukturen schaffen, die es interessierten Bürgerinnen und Bürgern und Trägern geeigneter Wohnimmobilien ermöglichen, das notwendige Know-how abzurufen. Unabdingbar ist, dass Kommunen, die Wohnungswirtschaft und Träger sich dieser Aufgabe ebenfalls annehmen.

Gestern hat der erste gemeinsame große Kongress zu diesem Thema stattgefunden. Er war gut besucht, und wir sind hoffnungsvoll, dass wir mit diesem gemeinsamen Konzept tatsächlich auch große Schritte voranschreiten werden.

Die bisherige Bundesregierung hat im Juli dieses Jahres eine Änderung des Heimgesetzes angekündigt, um bestehende Hürden zur Ermöglichung neuer Konzepte abzubauen. Wir haben die Pläne mit entwickelt und setzen uns für ihre Umsetzung ein. Darüber hinaus werden wir uns in Rheinland-Pfalz mit den Leistungs- und Kostenträgern auf gemeinsame Qualitätsgrundsätze beim Thema „Wohnen“ verständigen.

Die Bedürfnisse der Menschen mit Demenz müssen auch bei der anstehenden Reform der sozialen Pflegeversicherung stärker berücksichtigt, das heißt, die Leistungen der Pflegeversicherung für diesen Personenkreis ausgebaut werden. Weiterhin spreche ich mich dafür aus, dass in einem nächsten Schritt der Begriff der Pflegebedürftigkeit geändert wird, damit auch der tatsächliche Beaufsichtigungs- und Betreuungsbedarf dieses Personenkreises angemessen berücksichtigt werden kann.

Meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete, eine qualitativ hochwertige Pflege setzt gut ausgebildete und motivierte Pflegekräfte voraus. Darauf hat unsere Initiative „Menschen pflegen“ von Anfang an gesetzt.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren im Jahr 2003 bundesweit 1.226.000 Fachkräfte in der Pflege beschäftigt, in Rheinland-Pfalz lag die Zahl bei über 62.000.

Experten und Expertinnen sind sich darin einig, dass wir es in der Pflege mit einem boomenden Markt zu tun haben, der Arbeitsplätze schafft und wirtschaftliche Perspektiven bietet, auch wenn wir derzeit in der stationären Krankenpflege aufgrund der Einführung der DRGs eine vorübergehende Einstellungsstagnation feststellen. Nach aktuellen Angaben des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung sind allein durch die Einführung der Pflegeversicherung rund 250.000 Arbeitsplätze im Pflegebereich geschaffen worden.

(Vizepräsident Itzek übernimmt den Vorsitz)

Der demografische und soziale Wandel wird die Nachfrage nach professionellen Hilfs- und Pflegeangeboten sowie nach geronto-medizinischen Leistungen weiter steigern. Pflegekräfte werden verstärkt Beratungsaufgaben übernehmen. Dazu zähle ich auch die Prävention, ein Gebiet, das zurzeit noch wenig Beachtung findet.

Lassen Sie mich also festhalten: Die Pflege ist ein Arbeitsmarkt der Zukunft.

Die Landesregierung hat frühzeitig die Zeichen der Zeit erkannt und Ende 2002 in enger Zusammenarbeit mit der Landespflegekonferenz eine Bildungs- und Fachkräfteinitiative gestartet. Dabei haben wir uns an den Leitsätzen des Landespflegeausschusses „Wir setzen uns für eine Verbesserung der Aus-, Fort- und Weiterbildung ein“ und „Wir schaffen gute Arbeitsbedingungen für die berufstätig Pflegenden“ orientiert.

Die Ausbildung in den Pflegeberufen haben wir in den vergangenen zwei Jahren gemeinsam mit dem Bildungsministerium von Grund auf reformiert und auf den

aktuellen Stand der berufspädagogischen Erkenntnisse gebracht. Die nach neuem Recht und nach den neuen Rahmenlehrplänen ausgebildeten Schüler und Schülerinnen in den Pflegeberufen werden nun gut vorbereitet sein, um den Herausforderungen einer schwieriger gewordenen beruflichen Praxis gerecht werden zu können.

Im Rahmen unserer Initiative erproben die Pflegerischen Schulen des Diakonissenkrankenhauses in Speyer seit dem Schuljahr 2004/05 die gemeinsame Weiterentwicklung der Altenpflegeausbildung, der Gesundheits- und Krankenpflegeausbildung und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflegeausbildung. Damit gehört das Diakonissenkrankenhaus zu den bundesweit acht Projektteilnehmern des Modellvorhabens „Pflegeausbildung in Bewegung“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Ziele des Modellvorhabens sind:

- Ein Kompetenzgewinn der Auszubildenden durch Erweiterung der Ausbildungsinhalte,
- die Anpassung der bundesdeutschen Pflegeausbildung an internationale Standards,
- eine curriculare und pädagogisch-didaktische Neugestaltung der Ausbildung und eine Anpassung der Ausbildungsgänge an die Handlungsfelder der beruflichen Zukunft sowie
- eine höhere Flexibilität bei der Arbeitsplatzwahl nach der Ausbildung.

Zusätzlich wird eine Weiterbildung zur „Praxisanleitung in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege“ in der Kreuznacher Diakonie durchgeführt.

Seit September 2005 fördert die Landesregierung über einen Zeitraum von viereinhalb Jahren das Modellprojekt „Ausbildungsvorbereitung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf eine qualifizierte Berufsausbildung in der Pflege“ am Klinikum der Stadt Ludwigshafen. Es setzt an der Schnittstelle Schule und berufliche Bildung an. Zielgruppen sind schulpflichtige Jugendliche mit Migrationshintergrund, die ein Abschlusszeugnis der Hauptschule haben.

Damit uns auch in der Zukunft eine ausreichende Anzahl von Pflegefachkräften zur Verfügung steht, müssen wir heute für eine qualifizierte Ausbildung der nachkommenden Generationen sorgen. Die Finanzierung der Ausbildungsvergütung in der Altenpflege haben wir deshalb gemeinsam mit dem Parlament neu geregelt. Durch eine Umlage beteiligen sich nunmehr auch diejenigen an der Ausbildung des Nachwuchses, die selbst nicht ausbilden.

Um die Arbeitsbedingungen der in der Pflege beschäftigten Menschen zu verbessern, haben wir uns von Oktober 2002 bis Sommer 2005 am Praxisprojekt „Gesunde Beschäftigte und gute Servicequalität in der ambulanten Pflege“ beteiligt, einem Modellvorhaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Das Projekt untersuchte die Arbeitssituation in der ambulanten Pflege und forschte nach Wegen zur Gesundheitsförderung und zur besseren Arbeitsgestaltung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Zu den Ergebnissen des Projekts gehört die Forderung nach einer systematischen Verbesserung der Schnittstellen zu anderen Einrichtungen und Institutionen, die am Pflegeprozess beteiligt sind, nach einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen und nach einer Optimierung der internen Arbeitsabläufe. Die Studie ist von besonderer Bedeutung, weil die Verweildauer der Pflegefachkräfte in der Pflege relativ kurz ist.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, die Bilanz unserer Bildungs- und Fachkräfteoffensive zeigt, dass wir es gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern geschafft haben

- die Fachkräftesituation in qualitativer und quantitativer Hinsicht nachhaltig zu sichern und zu verbessern und
- die Pflegekräfte auf künftige Anforderungen vorzubereiten, die insbesondere aus der veränderten Alters- und Bedürfnisstruktur sowie aus der stärkeren Konzentration auf Präventiv- und Beratungsaufgaben resultieren.

Wir werden auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass es in Rheinland-Pfalz eine ausreichende Zahl qualifizierter Fachkräfte gibt.

Meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordnete, um die Chancen, die uns der Pflegemarkt Rheinland-Pfalz eröffnet, zu nutzen, haben wir vor, auch in Zukunft wichtige Impulse für mehr Beschäftigung, für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Pflege zu geben.

Um den Pflegearbeitsmarkt fördern und gestalten zu können, muss er zunächst transparent sein. Deshalb entwickeln wir zurzeit das Branchenmonitoring Pflege Rheinland-Pfalz, das erste inhaltliche Ergebnisse bis Ende des Jahres zur Verfügung stellen wird. Informationen zum Pflegearbeitsmarkt auf regionaler Basis sollen zeitnah zugänglich gemacht werden. So kann sehr schnell bewertet werden, ob, in welchen Regionen, in welchen Berufen und in welchen Sektoren ein Pflegekräftebedarf oder -überhang zu verzeichnen ist und welche Maßnahmen zur Steuerung notwendig sind.

Das Sozialministerium wird zusammen mit dem Bildungsministerium die Umsetzung der umfassend novellierten Ausbildung begleiten und evaluieren, damit bei Bedarf zeitnah notwendige Änderungen vorgenommen werden können.

Mittelfristig wird es darum gehen, ob die Ausbildungen in der Altenpflege und in der Gesundheits- und Krankenpflege beziehungsweise der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege zu einer gemeinsamen Ausbildung zusammengefasst werden. Ich halte dies für einen überlegenswerten Weg. Wichtige Erkenntnisse, die uns die Entscheidung für oder gegen eine gemeinsame Ausbildung erleichtern, werden wir durch die bereits erwähnten Modellversuche erhalten.

Wir müssen den bereits eingeschlagenen Weg zur teilweisen Akademisierung der Pflegeausbildung weiter gehen. Es geht dabei nicht darum, generell die Ausbildung von der Ebene des Berufsbildungssystems auf das der Hochschule zu heben, sondern für Führungs- und Leitungsaufgaben in der Pflege eine akademische Qualifikation zu ermöglichen.

Wegen des oft hohen Betreuungsbedarfs, insbesondere bei demenzkranken Menschen, fehlt es allein stehenden Pflegebedürftigen oder Familien in Rheinland-Pfalz trotz unseres vorbildlich ausgebauten Netzes an ambulanten Diensten nicht selten an einer preisgünstigen Hilfe, die sie auch längerfristig, wenn nötig auch über Nacht, entlasten könnte. Viele Familien wählen daher den Weg, eine ausländische Arbeitskraft illegal zu beschäftigen.

Um dieses Versorgungsproblem in der Pflege zu lösen, starten wir in Kürze, genau im November, in enger Kooperation mit den Kostenträgern, den Leistungserbringern, der Arbeitsverwaltung und den Berufsverbänden das Angebot einer finanzierbaren Assistentkraft für allein stehende Pflegebedürftige und für Familien mit Pflegebedürftigen, die vor allem einfache Betreuungsleistungen und ergänzende Dienste übernehmen wird.

(Beifall bei SPD und FDP)

Um die Verknüpfung mit den professionellen Hilfen der Fachkräfte und damit die Sicherstellung der Versorgungsqualität zu gewährleisten, wird die Vermittlung dieser Hilfe über die ambulanten Dienste erfolgen. Die Betreuungskräfte können von den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen auch stundenweise angefordert werden. Das Land fördert das Projekt im Rahmen seiner Arbeitsmarktinitiative „Neue Chancen – 6.000 plus für Jung und Alt“ mit 1 Million Euro.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr verehrten Herren und Damen, ich weiß, dass sich die illegale Pflege zu einem großen Problem entwickelt hat und gehe deshalb konsequent gegen sie vor. Erstens ist es notwendig, bezahlbare Alternativen anzubieten. Das werden wir tun. Ich habe sie eben genannt.

Darüber hinaus haben wir die Zollbehörden gebeten, in Rheinland-Pfalz Schwerpunktaktionen gegen die Vermittlung illegaler Pflegekräfte durchzuführen. Dies wird in naher Zukunft auch geschehen.

Schließlich werden wir die Verbraucherinnen und Verbraucher gemeinsam mit den Leistungsanbietern verstärkt informieren und aufklären: Über alle legalen Pflegehilfen und auch darüber, dass illegale Pflege zu einer gefährdenden Pflege werden kann, dass damit nicht nur Sozialversicherungs- und Steuerbeiträge hinterzogen, sondern auch mafiose Strukturen unterstützt und reguläre Arbeitsplätze gefährdet werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete, um die Arbeitsbedingungen in der Pflege weiter zu verbessern, müssen wir da, wo dies möglich und not-

wendig ist, die Pflege von einer Überbürokratisierung entrümpeln.

Nachdem wir gemeinsam mit unseren Partnern und Partnerinnen im Juli des letzten Jahres eine bundesweit beachtete Musterdokumentation für den stationären Pflegebereich vorgelegt haben, werden wir voraussichtlich noch in diesem Winter eine Musterdokumentation für den ambulanten Bereich erarbeitet haben.

Wir erwarten, dass sich auch dort – gemessen am bisherigen Zeitaufwand – bis zu 25 % Dokumentationszeit einsparen lassen, ohne den Bedeutungsgehalt der Dokumentation zu schmälern und eine sinnhafte Planung und Gestaltung des Pflegeprozesses zu gefährden.

Wie bereits dargestellt, gehört zu einer Entbürokratisierung auch eine Reform des Heimrechts und der Heimmindestbauverordnung. Wir werden an entsprechenden Initiativen auf Bundesebene mitwirken und sie befördern.

Die Arbeit in der Pflege wird sich in Zukunft weiter verändern. Auch die von uns unterstützten Pflegebudgets gehören in diesen Zusammenhang. Als eine von sieben bundesweiten Modellregionen nimmt das Land Rheinland-Pfalz mit dem Landkreis Neuwied an der Erprobung des Persönlichen Pflegebudgets teil.

Außerdem erproben wir neuerdings – das ist einmalig in der Bundesrepublik Deutschland – in den Modellregionen Landkreis Neuwied und Stadt Mainz ein „Integriertes“ Budget.

Wir erwarten, dass sich die neue Nachfrage auch auf den Angebotssektor der Pflege auswirken wird. Personengebundene Pflegebudgets können für ambulante und auch stationäre Pflegedienstleister Impulse geben, ihre Angebote weiter zu flexibilisieren, um zu einer bedarfs- und bedürfnisgerechteren Versorgung beizutragen.

Schließlich kann die Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets auch das ehrenamtliche Engagement von Familienangehörigen, Freunden und Nachbarn deutlich stärken und damit professionelle und ehrenamtliche Hilfen zu einem effizienten Pflegenetzwerk verbinden helfen.

Die Pflege ist in der Tat also ein Arbeitsmarkt der Zukunft. Mit der Assistentkraft für den Pflegehaushalt, dem Persönlichen Pflegebudget, dem Integrierten Budget und dem Case Manager geben wir innovative Impulse für neue Beschäftigungsfelder und leisten somit auch einen arbeitsmarktpolitischen Beitrag. Durch die Entbürokratisierung verbessern wir die Arbeitsbedingungen, und mit unseren Ausbildungsmaßnahmen sorgen wir dafür, dass es auch künftig eine ausreichende Anzahl qualifizierter Fachkräfte geben wird.

Meine sehr geehrten Herren, meine sehr verehrten Damen, die Pflege ist, wie ich finde, eine der wichtigsten Aufgaben in unserer Gesellschaft. Wie eine Gesellschaft die Pflege organisiert, sagt viel über ihre Einstellung zum Alter, über ihre Fähigkeit zur Solidarität und auch über das Verhältnis der Generationen zueinander aus. Der Staat kann die Achtung vor dem Alter, Generationenso-

lidarität oder Mitmenschlichkeit natürlich nicht verordnen, aber er kann Rahmenbedingungen schaffen, die sie ermöglichen.

Mit unserem Bündnis "Menschen pflegen" schaffen wir solche Rahmenbedingungen, indem wir die Strukturen der Pflege auf die Herausforderungen der Zukunft einstellen. Zum Wohl der Pflegebedürftigen und der Pflegenden ist es uns dabei gelungen, eine Vielzahl innovativer Modelle zu entwickeln, die die häusliche Pflege stützen, neue Beschäftigungsfelder schaffen sowie Arbeitsbedingungen und Ausbildung in der Pflege verbessern helfen.

Die Beteiligten können stolz darauf sein, dass viele nach Rheinland-Pfalz schauen, und dafür möchte ich mich bei allen Beteiligten an dieser Stelle sehr, sehr herzlich bedanken. Ich bin der Meinung, Sie haben die Frage, was uns die Pflege hier in Rheinland-Pfalz wert ist, damit sehr eindrucksvoll beantwortet.

Ich bin sehr dankbar für das große Bündnis, den Konsens, den wir erreichen konnten, und vor allem für die Vielzahl der praktischen Erfolge.

Ich freue mich, dass unsere Konzepte und Projekte dazu beitragen, das Niveau der Pflege zu sichern, Teilhabe und Selbstbestimmung für die älteren Menschen zu ermöglichen, und sie uns allen eine Chance geben, Generationensolidarität auch in Zukunft zu leben.

In diesem Sinn bedanke ich mich auch sehr, sehr herzlich beim Parlament für seine Unterstützung.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Itzek:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar Mitglieder des Mandolinen-Clubs Mendig und Bürgermeister der Verbandsgemeinden Rhaunen und Herrstein. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Abg. Dr. Enders, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gerade die zweite Regierungserklärung zum Thema „Pflege“ gehört. Die erste wurde im Dezember 2002 abgegeben. Die Landesregierung dokumentiert damit meiner Meinung nach, dass bei diesem Thema ein Nachholbedarf besteht.

(Unruhe bei der SPD)

Auf Seite 8 der Broschüre des Ministeriums „Menschen pflegen“ heißt es: „Es besteht jedoch weiterer Handlungsbedarf, auch wenn in Rheinland-Pfalz neben einer flächendeckenden und bedarfsgerechten Grundversorgung mit ambulanten Hilfen heute ein ausreichendes

Angebot an stationärer Pflege bereitgestellt wird.“ Es ist in der Tat richtig, dass da Handlungsbedarf besteht; denn die eigentlichen Probleme liegen in der Zukunft. Deshalb begrüßt die CDU-Fraktion, dass die Landesregierung ihren Aufgaben in diesem Bereich nachkommt; denn die Folgen für die Gesundheitsversorgung sind aufgrund der Demografie in Rheinland-Pfalz besonders offensichtlich.

Ich darf in diesem Zusammenhang an unsere Initiative zum Thema „Demenz“ im Jahr 2000 erinnern. Das wurde damals zum Landtagsthema gemacht. Ich darf auch an einen damals abgelehnten Antrag der CDU-Fraktion zum Thema „Zukunft der Pflege“ und an zwei Große Anfragen zu den Themen „Personalsituation“ und „Ausbildung in der Altenpflege“ erinnern.

Wir haben vor einem Jahr eine Große Anfrage zum Thema „Folgen für die Gesundheitsversorgung aufgrund der demografischen Entwicklung“ gestellt. Da war das Thema „Pflege“ auch mit einbezogen. In der Antwort auf die Frage 2 heißt es – ich darf zitieren –: „Die Bereiche der Pflege, Rehabilitation und Prävention werden in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen und in Zukunft besser miteinander verzahnt werden müssen. Aufgrund der zu erwartenden Zunahme hochbetagter und multimorbider Menschen müssen Versorgungsstrukturen flexibel organisiert sein und nahtlos ineinander greifen. Dabei kommt ambulanten Angeboten eine wachsende Bedeutung zu.“

In der Tat werden in Rheinland-Pfalz 70 % aller Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt. Der Bedarf an professioneller Pflege wird zunehmen, und er wird Ergänzung brauchen mit weiteren Angeboten im Sinn dieses Hilfemixes, sei es ehrenamtlich oder durch Familienangehörige. Die Unterstützung des familiären und ehrenamtlichen Pflegepotenzials ist sehr wichtig.

Bereits jetzt ermöglicht die Pflegeversicherung die Wertschätzung des Beitrags pflegender Familienmitglieder; denn pflegende Angehörige sind eine wichtige Säule bei der Versorgung und Betreuung Pflegebedürftiger, und sie beweisen bei der Erbringung ihrer Aufgaben hohe Flexibilität und auch Belastbarkeit.

(Beifall der CDU)

All diejenigen, die das zu Hause erleben, können das sicherlich bestätigen.

Trotzdem muss man feststellen, dass viele irgendwann vor einer Zerreißprobe stehen und an die Grenzen ihrer Belastungsfähigkeit kommen.

Im Gesamtkontext Pflege sind drei Punkte von mir her auszustellen.

Das Erste ist die Qualität. Da sind wir uns einig. Diese Qualität darf nicht dem Zufall überlassen werden. Qualität ist aber auch – das sage ich als Arzt – optisch erkennbar. Wenn ich in ein Patienten- oder Pflegezimmer hineinkomme, sieht man oder riecht man auch unter Umständen, ob in diesem Fall gut oder nicht so gut gepflegt wird.

Das Problem für das Pflegepersonal ist aber, dass es ein hohes Maß an Arbeitsverdichtung hat und die Pflegedokumentation überbürokratisiert ist, um irgendwelchen Überprüfungen des MDK gewachsen zu sein. Da besteht großer Handlungsbedarf. Es ist dringend empfehlenswert, das Dokumentationsverhalten zu verbessern. Frau Dreyer, da stimme ich Ihnen zu. Wir müssen dazu kommen, dass bessere Systeme zur Anwendung kommen, die das ermöglichen.

Zusammenfassend kann man sagen, bei der Qualität und der Dokumentation müssen wir entbürokratisieren. Die Zeit, die die Mitarbeiter benötigen, um zu dokumentieren, fehlt bei der Versorgung der Menschen.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist die bedarfsgerechte Zahl der Pflegekräfte. Das ist sowohl für die zu Pflegenden als auch für die Pfleger selbst wichtig.

Da kann man feststellen, dass trotz des Arbeitsmarkts zwei Drittel aller Einrichtungen Probleme bei der Stellenbesetzung haben. Bei ambulanten Diensten sind es 74 %. Im stationären Altenpflegebereich sind es 70 %. Die größten Besetzungsprobleme gibt es offensichtlich bei Altenpflegerinnen und Altenpflegern.

Ambulant vor stationär funktioniert nur dann richtig, wenn dieses Besetzungsproblem behoben werden kann.

Woran liegt das? Was sind die Ursachen und Gründe dafür? Da kann man vier Punkte aufzählen, nämlich

- die gesellschaftliche Anerkennung ist zu gering,
- die Arbeitsbelastung ist zu hoch,
- die Bezahlung ist im Vergleich zu dem, was geleistet werden muss, nicht angemessen, und
- die Arbeit ist verdichtet.

Hinzu kommt, dass es neben mangelndem Nachwuchs in der Tat auch bei den Ausgebildeten – das ist ein großes Dilemma – eine geringe Verweildauer im Beruf gibt.

Deswegen müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Werbekampagnen allein helfen nicht. Neben einer verstärkten Förderung der Pflegeausbildung ist es unerlässlich – das ist eine politische Aufgabe –, die gesellschaftliche Anerkennung der Pflegenden zu erhöhen und damit auch den Personalmangel zu beseitigen. Imagekampagnen können nur ein Baustein sein.

Es ist insbesondere erforderlich, den Pflegeberuf substanzial attraktiv zu machen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dazu gehören auch – das funktioniert in Amerika gut – sichtbare Karrierechancen, akzeptable Arbeitszeiten, eine leistungsgerechte Bezahlung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ein letzter Punkt, der mir wichtig ist – Herr Rüdell wird später zu anderen Dingen noch etwas sagen –, ist das Thema „Demenz“. Sie haben sehr viel dazu gesagt. Es ist gut, dass sich bei dieser häufigsten und folgenreichsten psychiatrischen Erkrankung des alten Menschen in den letzten Jahren etwas getan hat. Es haben Aufklä-

rung und Informationen in allen Bereichen stattgefunden, wie zum Beispiel bei den Angehörigen, Therapeuten und Ärzten. Wir müssen sehen, dass sich in den nächsten 15 Jahren die Zahl von 900.000 auf fast 1,5 Millionen in Deutschland erhöhen wird. Das bringt Herausforderungen mit sich.

Auch wenn der Bund zuständig ist, ist es nötig – ich denke, die Länder können Druck machen –, dass wir bei der Pflegeversicherung wie schon vor Jahren gefordert dahin kommen, dass die Besonderheiten der Pflege und der Versorgung Demenzkranker Berücksichtigung finden. Das fehlt bisher und ist nicht gerecht.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Pflege eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht nur ein Arbeitsmarkt ist. Ich darf auf einen Bericht der Enquete-Kommission „Situation und Zukunft der Pflege“ in Nordrhein-Westfalen hinweisen. Dieser Bericht geht weit über diese Regierungserklärung hinaus. Ich empfehle Ihnen, diesen Bericht zu lesen. Ich denke, das letzte Wort zu diesem Thema ist noch nicht gesprochen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Itzek:

Vielen Dank.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dröscher.

Abg. Dröscher, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Zukunft ist eine Gesellschaft des langen Lebens. Das ist auch in Rheinland-Pfalz bereits Realität. Die niedrigen Geburtenraten, die anhalten, und die weiter steigende Lebenserwartung sind dafür die Ursachen. Dieser Wandel der Altersstruktur bei einem zahlenmäßigen Rückgang der Bevölkerung hat Folgen für alle Lebensbereiche, und zwar den Arbeitsmarkt, den Wohnungsmarkt und die Bildungs- und Sozialsysteme. Die erfolgreiche Gestaltung dieses Wandels wird immer mehr zum Maßstab einer solidarischen Gesellschaft.

Diese demografische Entwicklung ist aufgrund ihrer Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme allgemein auch mit Befürchtungen verbunden. Dabei werden die Chancen – Staatsministerin Frau Dreyer hat das bereits angedeutet – des Gewinns an Lebenszeit für die Gesellschaft und den Einzelnen sehr oft übersehen. Die Erfahrung und das Wissen der älteren Menschen sind unverzichtbar. Viele der Älteren sind bereit, ihre Kompetenzen einzubringen und an der Gestaltung der Gesellschaft, aber auch der Politik mitzuwirken.

Es ist eine gesellschaftliche Chance und Herausforderung. Für uns Sozialdemokraten und unsere Landes- und Kommunalpolitik in Rheinland-Pfalz ist das solidarische Zusammenleben der Generationen der Weg zur Bewältigung dieser Herausforderungen. Wir haben diesen Weg mit unserer Politik seit 1991 konsequent eingeschlagen.

Herr Dr. Enders, insofern sehe ich den Nachholbedarf nicht, wie Sie ihn sehen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich sehe die Regierungserklärung der Staatsministerin Malu Dreyer auch als eine Fortführung eines konsequenten Wegs als Kontinuität mit Perspektiven.

Meine Damen und Herren, mit der Übernahme der Regierungsverantwortung 1991 wurden in Rheinland-Pfalz auch die Leitstelle „Älter werden“ als fachlich kompetente Verbindungsstelle zwischen der Landesregierung und den Seniorenorganisationen im Land sowie der Landes-seniorenrat eingerichtet. Er koordiniert die Arbeit der wachsenden Anzahl von kommunalen Seniorenvertretungen. Die Landesberatungsstelle „Barrierefrei bauen und wohnen“ hat gerade ihr 10-jähriges Jubiläum gefeiert. Das Erfahrungswissen der älteren Generation tragen Initiativen wie das Bundesprojekt „Seniorentainerinnen und -trainer“, an dem wir beteiligt sind, weiter.

Warum sage ich das, wenn es um die Pflege geht? Mit zunehmendem Lebensalter leben wir in einem Spannungsfeld zwischen Selbstständigkeit und Hilfebedürftigkeit. Das, was wir vorher auch im Alter machen, ist dafür ganz wichtig. Etwa zwei Millionen Menschen in Deutschland sind pflegebedürftig und damit in ganz unterschiedlichem Umfang von der Unterstützung durch Familien, Freunde und gesellschaftlich organisierte Hilfen abhängig.

Mit der Einführung des Pflegeversicherungsgesetzes 1995 für den ambulanten und 1996 für den stationären Bereich begann eine neue Zeitrechnung in der Pflege. In diesen zehn Jahren wurde vieles erreicht, aber viele Erwartungen und Hoffnungen noch nicht eingelöst. Eine Reform – das hat auch mein Vorredner gesagt – des Pflegeversicherungsgesetzes steht an, und zwar insbesondere was den Pflegebegriff, die Frage der demenziell erkrankten Menschen, die Dynamisierung und auch die Finanzierung angeht. Wir Sozialdemokraten haben Vorstellungen, die heute nicht weiter ausgebreitet werden. Als Datenbasis kann uns heute das Pflegeversicherungsgesetz zu diesem Thema wertvolle Hinweise geben; denn die Bundesregierung ist alle drei Jahre verpflichtet, einen Bericht über die Entwicklung der Pflegeversicherung vorzulegen. Ich will aus diesem Sonderbericht „Lebenslagen der Pflegebedürftigen“ einige ganz wenige Fakten nennen.

Etwa 1,9 Millionen Leistungsbezieher, davon über 80 % Senioren über 60 Jahre und die Hochbetagten, erhalten etwa 52 % aller Leistungen. Zwei Drittel der Leistungsempfänger werden nach wie vor ambulant und etwa ein Drittel in Heimen versorgt. Das Verhältnis ändert sich allerdings mit steigendem Alter. Ältere Pflegebedürftige, die in Privathaushalten leben, sind auf Hilfeleistungen besonders angewiesen. Diese kommen im Allgemeinen aus dem sozialen Umfeld. Das funktioniert in vielen Fällen sehr gut. Bei etwa einem Fünftel der Älteren, nämlich die allein leben und niemand in der Nähe haben, wird der zusätzliche Einsatz professioneller Pflegekräfte ganz besonders wichtig, wenn auch nach wie vor zu bemerken ist, dass der engere Familienkreis mit etwa

drei Viertel der Hauptpflegepersonen die Hauptlast der regelmäßigen zu erbringenden Hilfeleistungen trägt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Hilfe- und Pflegebedarf bei Angehörigen bestimmt über einen langen Zeitraum das Leben der Pflegenden in den Familien. Im Durchschnitt muss – das ist mir auch nicht bekannt gewesen; ich habe das nachgelesen – etwa acht Jahre ab der ersten Hilfebedürftigkeit an gepflegt werden. Das ist mit erheblichen Belastungen der Pflegepersonen verbunden. Deshalb wird mittlerweile über das Thema „Gewalt in Pflegebeziehungen“ nachgedacht, und zwar insbesondere in Familien, die demenziell erkrankte Angehörige pflegen.

Ein weiterer Punkt, der ganz kurz angesprochen werden soll, ist, dass wir mittlerweile auch eine ganze Reihe von Migrantinnen und Migranten haben, nämlich etwa 600.000 in der Bundesrepublik, die 60 Jahre und älter sind. Auch hier müssen wir uns auf entsprechende Pflegesituationen einstellen.

Aus dieser Situation gibt es eine ganze Reihe von Folgerungen, die heute unbestritten ist, und zwar Handlungsansätze im Interesse der alten Menschen und Thesen – das fand ich ganz interessant –, die 1995 in einem Memorandum zur Altenhilfe sehr deutlich dargestellt wurden. Ich gebe den Text verkürzt wieder. Darin heißt es: „Das Altern in Deutschland wird bunt.“ – Damit ist die große Vielfalt der Lebenssituationen gemeint. Es heißt weiter: „Das Alter in der ergrauten Gesellschaft ist kein Sonderstatus mehr. Auch hohes Alter ist normal geworden, wird überwiegend autonom gestaltet und gelebt. Wir müssen uns auf eine nachberufliche Lebensphase einstellen, die zeitlich länger ist, als es unsere Jugend war.“

Zum Thema „Pflege“ heißt es, dass die Teilhabe und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben im Alter auch gestaltet und gesichert werden müssen und diese Selbstständigkeit der Lebensführung auch in Situationen wachsender Unterstützungsbedürftigkeit des Einzelnen durchgesetzt werden muss.

Selbstbestimmung trotz Pflege – das ist ein selbstverständliches Gestaltungsprinzip für die Fachleute. Diese Erkenntnisse und Leitlinien sind in den Anträgen, Gesetzentwürfen und Initiativen der SPD-Fraktion und der SPD-geführten Landesregierung der vergangenen Jahre als roter Faden zu finden.

Herr Dr. Enders, die SPD-Fraktion hat mit den anderen Fraktionen an den Diskussionen in diesem Plenarsaal zum Streitfall Pflege mitgewirkt. Wir haben dazu eine Broschüre, die ausliegt. Wir haben uns mit der leistungsfähigen und bedarfsgerechten pflegerischen Versorgung in Rheinland-Pfalz 2003 beschäftigt. Herr Dr. Enders hat an den Antrag zum Thema „Demenz“ erinnert. Wir haben einen gemeinsamen Antrag dazu vorgelegt. Dann gab es die Große Anfrage der SPD-Fraktion im Jahr 2003 zum Thema „Pflegende Angehörige“. Es gab 2004 eine Anfrage zum persönlichen Budget in der Pflege. Es gab 2005 vor allem auch eine enge Zusammenarbeit mit der Landesregierung beim Landesgesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur. Frau Staatsministerin Dreyer hat vor-

hin schon einige der wesentlichen Punkte genannt. Das war ein Einstieg in einen Bereich, der heute auch in der Regierungserklärung einen wesentlichen Teil einnahm. Ich komme nachher noch einmal zu der Frage des Ehrenamts zurück.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, pflegebedürftige alte Menschen und ihre Angehörigen finden in Rheinland-Pfalz eine differenzierte und gut ausgebaute pflegerische Angebotsstruktur. Mit der Qualitätsoffensive „Menschen pflegen“ hat Sozialministerin Malu Dreyer einen deutlichen Schwerpunkt gesetzt. Mehr Qualität in der Pflege, eine Bildungs- und Fachkräfteoffensive, bessere Hilfen für Menschen mit Demenzerkrankungen und mehr Mitgestaltung für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen sind Ziele, zu deren Verwirklichung sich in dieser Initiative, in diesem Bündnis viele Partner aus dem Gesundheits- und Sozialwesen des Landes zusammengefunden haben.

Schritte in die Praxis sind die Demenzkampagne, das Projekt „Schulung pflegender Angehöriger“, der Familienratgeber usw. Das alles kann man durchaus als eine stolze Bilanz bezeichnen. Das sind nachhaltige Investitionen in die Zukunftschance unserer Gesellschaft, einer Gesellschaft für alle Lebensalter, getragen auch von einer Kultur des bürgerlichen Engagements, für die wir in Rheinland-Pfalz schon gute Ansätze finden.

Ich möchte noch auf eines besonders hinweisen, das wir als Zukunftsmodell und auch gleichzeitig als ergiebige Ideensammlung für das, was jetzt an Perspektiven auch von Frau Staatsministerin Dreyer in der Regierungserklärung genannt ist, das Bürgergutachten „Miteinander der Generationen in einer alternden Gesellschaft“, beschreiben können. Es sind 162 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger stellvertretend für uns alle beteiligt gewesen und haben nach einer Bestandsaufnahme der Sorgen und Wünsche vielfältige Vorschläge und Empfehlungen für neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Solidarität der Generationen aufgeschrieben. Es werden modellhaft entwickelt – das findet sich auch in dem wieder, was die Landesregierung jetzt umsetzen will –: generationsübergreifende Wohnformen, familienunterstützende von Nachbarschaftshilfe und vom Ehrenamt getragene soziale Netze. Diese Botschaft finden wir auch in der Regierungserklärung.

Ich will noch auf zwei Kernbotschaften besonders eingehen. Wir werden uns einmal in Zukunft noch sehr stark auf die Stärkung der sozialen Netze einstellen werden, das, was mit Pflege-Mix bezeichnet ist, was auch Wohnen und Umfeld sehr stark angeht, was die Frage der demenziell Erkrankten, die von der Pflegeversicherung überwiegend nicht erfasst werden, angeht, was die Frage der illegalen Beschäftigung von zunächst Hauswirtschafts- aber dann doch als Pflegekräfte benutzten Menschen angeht. Das ist der eine Bereich.

Der zweite Bereich betrifft die Professionalisierung. Das wird zusammen gesehen werden müssen. Wir werden das nur schaffen – das hat Frau Staatsministerin Dreyer deutlich beschrieben –, wenn es uns gelingt, diesen Pflege-Mix zwischen denen herzustellen, die professionell pflegen, für die wir die Ausbildungsregelungen neu gemacht haben, für die wir dabei sind – dafür bin ich der

Landesregierung besonders dankbar –, die Entbürokratisierung, die Schaffung neuer Dokumentationsformen, die Zeit und Aufwand sparen, – – – Die Frage der Beschäftigung der illegalen Pflegekräfte habe ich schon angesprochen. Das Landesgesetz lässt den Einrichtungen, den ambulanten Diensten, erhebliche Spielräume bei der Gestaltung dieser Pflegestruktur.

Es gibt eine Reihe von Modellen, die als lokale Netzwerke angestoßen worden sind: im Bereich der Angehörigenschulung, die in den Bereich des integrierten Budgets gehen, die Assistenz von Pflege. – Die gemeinsame Ausbildung wurde beschrieben – eine ganz tolle Sache.

Abschließend möchte ich noch darauf eingehen, was in dieser Woche als sehr erfreulicher Ansatz herüberkam, nämlich die gemeinsame Erklärung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, des Ministeriums der Finanzen und des Ministeriums des Innern und für Sport zum Thema „Neue Wohnformen für das Alter“. Das ist eine zentrale Frage, die auch in der Regierungserklärung eine große Rolle gespielt hat. Das wird für die Zukunft ein Schlüssel für die Gestaltung der Lebenssituation älterer Menschen sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist in der Pflege auf einem guten Weg. Die Politik der Landesregierung zeigt auch in dieser Regierungserklärung Kontinuität und gleichzeitig innovative Entwicklungsperspektiven. Die SPD-Landtagsfraktion wird diesen Weg und diese Handlungskonzepte unterstützen und aktiv begleiten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Itzek:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Marz das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben Ihre Rede fast mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit begonnen, die Pflegeversicherungsgesetzgebung des Bundes zu verändern. Sie haben gesagt, die Landesregierung würde sich in diesem Punkt positionieren, und sie würde sich aktiv an der Gestaltung beteiligen. Sie haben aber mit keinem Wort gesagt, wie Sie das machen wollen, mit welchen Inhalten Sie das machen wollen.

(Rösch, SPD: Sie werden es uns jetzt sagen!)

In dieser Hinsicht geht es mir nicht nur um Finanzierungsfragen. Dazu komme ich nachher noch. Ich sage das deshalb am Anfang meiner Ausführungen, weil ich denke, dass es einen erheblichen Änderungsbedarf beim Umgang mit der Pflege und natürlich beim Umgang mit der Pflegeversicherung gibt.

Ich will Ihnen einmal etwas vorlesen. Es geht um Menschenwürde, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn man auf Hilfe und Pflege angewiesen ist, dann ist das nicht nur deshalb unangenehm, weil man gehandkapt in gewisser Weise ist, sondern es ist auch gerade deshalb unangenehm, weil die Würde in Gefahr ist. Das wissen wir alle. Es gibt bei der Berechnung, wie viel Zeit bei der Pflege zur Verfügung stehen darf, so genannte Zeitkorridore, nach denen die Pauschalen in der Pflegeversicherung berechnet werden. Ich lese Ihnen einmal vor, damit Sie verstehen, dass es hier auch um Menschenwürde geht. Die Zeiten, die für eine Ganzkörperwäsche zur Verfügung stehen, betragen 20 bis 25 Minuten, Teilwaschen, Hände und Gesicht, ein bis zwei Minuten, Duschen 15 bis 20 Minuten, Kämmen ein bis drei Minuten, Zubereitung mundgerechter Ernährung zwei Minuten, Hauptmahlzeit 15 bis 20 Minuten.

Ich könnte das auch um noch weit unangenehmere Beispiele ergänzen. Ich erspare Ihnen und mir das an dieser Stelle. In diesem Zusammenhang wird über Menschen gesprochen. Wenn ein Pflegedienst so vorgehen muss, es eilig haben muss, dann ist die Würde des zu pflegenden Menschen in Gefahr. Deshalb sage ich das am Anfang. Ich sage Ihnen: Wenn es eine Änderung in der bundesgesetzlichen Regelung gibt, dann muss es auch hierbei Änderungen geben. Deshalb erwarte ich von der Ministerin, wenn sie schon eine Regierungserklärung abgibt, dass sie solche Rahmenbedingungen mit abdeckt. Das haben Sie versäumt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und CDU –
Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

– Herr Mertes, schreien nutzt an dieser Stelle nichts. Dann unerhalten Sie sich mit ihm und anders mit mir.

(Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD –
Mertes, SPD: Dann werden die Lohnnebenkosten angeführt! Außerdem, das ist typisch Gutmenschart, die Sie anführen! Alle anderen, die wirtschaftlich damit umgehen müssen und die Beiträge einfordern, werden schlecht gemacht!)

– Herr Kollege Mertes, wenn Sie anfangen – – – Wenn jemand das Wort „Menschenwürde“ in diesem Zusammenhang in den Mund nimmt, und Sie brüllen so unqualifiziert dazwischen, dann disqualifiziert Sie das.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der CDU –
Mertes, SPD: Das geht nicht anders!
Sie haben das Mikrofon! –
Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

– Dass Sie mit diesem unqualifizierten und unwürdigen Dazwischengebrülle ausgerechnet die Zustimmung von Herrn Dr. Schmitz bekommen, wundert mich an dieser Stelle nicht.

(Beifall der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

– Herr Dr. Schmitz, Sie kommen gleich noch dran.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich fortfahren.

(Mertes, SPD: Wir sind diejenigen,
die die Menschenwürde verletzen! –
Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Herr Präsident, ich erwarte langsam, dass Sie das Recht auf freie Rede schützen. Der Kollege Dr. Schmitz hat von Gesülze gesprochen.

Vizepräsident Itzek:

Das überlassen Sie bitte dem Präsidenten, wann er einschreitet.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

– Herr Präsident, ich habe Sie nur darauf aufmerksam gemacht. Es geht schließlich von meiner Redezeit ab.

Vizepräsident Itzek:

Das steht aber nicht in der Geschäftsordnung.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Es steht auch nichts von Gesülze in der Geschäftsordnung.

(Rösch, SPD: Gesülze ist ein
sehr schönes Wort! –
Schweitzer, SPD: Man muss sich
doch nicht allen Mist hier antun!)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Regierungserklärung weist nicht nur diese eine Lücke auf, die sich auf eine ganz wichtige Rahmenbedingung bezieht, sondern sie ist durchzogen von Lücken. Ich finde das sehr schade und der Sache nicht angemessen.

Wenn Sie sich überlegen, dass wir aktuell, was den Pflegebereich und die Alterstruktur unserer Gesellschaft angeht, noch gar nicht an der Stelle sind, wo es wirklich schwierig wird, sondern sich ab 2008 die Altersstruktur so deutlich verändert, dass der Anteil der über 75-Jährigen sehr deutlich ansteigen wird, dann wissen wir, dass in drei bis vier Jahren das Problem erst richtig auf uns zukommt.

Dann muss man natürlich in aller Offenheit und sehr ehrlich in einer Bestandsaufnahme darüber sprechen, was zu tun ist. Das erwarte ich von einer Regierungserklärung.

Richtig ist nun an Ihren Ausführungen zum Beispiel – nicht, dass Sie mich falsch verstehen und meinen, ich würde Sie nur kritisieren; Sie werden jetzt immer wieder feststellen, dass ich sage: „Richtig ist“, ich sage aber auch: „Falsch ist“ –, dass die Pflegeversicherung bestenfalls eine Teilkaskoversicherung sein kann. Sie ist es und wird es auch bleiben. Richtig ist aber auch, dass die

Frage der Demenz nicht ausreichend oder überhaupt nicht berücksichtigt ist.

Frau Ministerin, Sie haben eingangs Ihrer Rede die Frage gestellt: Was ist uns die Pflege wert? – Sie haben gesagt, dass häufig vor allen Dingen monetäre Aspekte im Vordergrund stünden und Sie das zwar für wichtig halten, aber fragen: „Wie viele gesellschaftliche Anstrengungen ist uns die Pflege wert?“

Ich halte diese Frage für berechtigt. Wenn man sie allerdings in die Realität übersetzt, dann bedeutet das: Wer trägt die Lasten der Pflege, wenn sie nicht bezahlbar ist? Da müssen wir sagen, die Lasten der Pflege, wenn sie nicht bezahlbar ist, tragen pflegende Angehörige, pflegende Bekannte, die oft so gerühmten ehrenamtlich Pflegenden.

Der Herr Kollege Dröscher hat vorhin sehr eindringlich darauf hingewiesen. Sie tragen im Durchschnitt acht Jahre lang zum Teil sehr drastische Lasten.

Wenn wir die Herausforderung, die sich daraus und aus der demografischen Entwicklung ergibt, bewältigen wollen, dann bedeutet das, dass wir offen eingestehen müssen, dass es nur dann geht, wenn sich mehr Menschen an der Pflege und an der Betreuung von Pflegebedürftigen und Hilfsbedürftigen beteiligen.

Diese Menschen werden wir aber nur gewinnen, und zwar sowohl die Professionellen wie die Ehrenamtlichen, wenn wir die Wertschätzung für diesen Beruf und für dieses Engagement steigern. Wertschätzung steigern heißt aber nicht, in Sonntagsreden oder nicht nur in Sonntagsreden zu sagen: „Das ist wichtig, was ihr da tut.“ Das hilft diesen Menschen, die 24 Stunden rund um die Uhr damit beschäftigt sind, nicht nur ihre Angehörigen zu pflegen, sondern sie auch zu beaufsichtigen, damit sie nicht weglaufen oder andere dumme Dinge tun, reichlich wenig.

Wir müssen wissen, dass Wertschätzung auch die verbale Wertschätzung sein kann, aber sie natürlich auch materielle Wertschätzung sein muss. Wertschätzung bekommen wir nicht darüber hin, dass wir das, was in der Pflege und in der Betreuung getan wird, abwerten.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Herr Pörksen, Sie habe ich sowieso noch nie etwas dazu sagen hören. Von daher weiß ich nicht, was Sie tun. Ich weiß nur, dass Sie zu allem Zwischenrufe machen können.

(Pörksen, SPD: Sie stellen Behauptungen auf! Antworten Sie doch einmal!)

– Herr Pörksen, ich erkläre es Ihnen. Ich hätte es sowieso gesagt. Jetzt hören Sie zu.

Die Abwertung geschieht unter anderem dadurch, dass häufig in Diskussionen so getan wird, als würde Pflege und Betreuung jeder können, als müsste man dafür überhaupt kein Geld in die Hand nehmen, als sei es eine Tätigkeit minderen Werts.

Dadurch wertet man natürlich auch ab. Frau Ministerin, deshalb ist es sehr richtig – ich unterstütze das mit großem Nachdruck, was Sie zur Frage von illegaler Beschäftigung, von Lohndumping in diesem Zusammenhang gesagt haben –, das ist eine ganz wichtige Initiative in diesem Zusammenhang, die ich sehr nachdrücklich unterstütze, ebenso wie das von Ihnen angekündigte Angebot bezüglich bezahlbarer Assistenzkräfte. Auch dies ist eine richtige und wichtige Initiative in diesem Zusammenhang.

Ich halte es auch für richtig, dass die Pflegestruktur von unten nach oben weiter wachsen soll, unser Plan voll ins Ziel gerichtet. Ich glaube auch, dass die Regionalen Pflegekonferenzen ab dem 1. Januar 2006 eine entscheidende Rolle spielen müssen. Wir werden zu sehen haben, wie sich das entwickelt.

Frau Ministerin, ich finde auch richtig, dass Sie dem Thema „Demenz“ einen so breiten Raum eingeräumt haben, weil die Problematik, zumindest was die Gesetzgebung, was die versicherungsrechtliche Gesetzgebung angeht, noch nicht ausreichend erkannt ist.

In diesem Zusammenhang ist es auch richtig, dass das Heimgesetz verändert wird und Hürden abgebaut werden. Das ist alles richtig, allerdings natürlich nicht um den Preis einer Qualitätseinbuße.

Ich hätte mir beim Thema „Qualität“ von Ihnen ein paar offenere Worte gewünscht, Frau Ministerin. Ich hätte sie erwartet.

Wenn Sie sich den Bericht des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen über die Situation in Heimen anschauen, dann müssen Sie feststellen, dass noch allenthalben im Argen liegt, was die Zufriedenheit mit der Pflege angeht, was Defizite in der Pflege und in der Betreuung angeht, in diesem Land einiges im Argen liegt.

Wenn man schon eine Regierungserklärung abgibt, dann muss man natürlich auch das benennen. Das haben Sie leider versäumt.

Ein weiteres Versäumnis betrifft einen Bereich, den Sie überhaupt nicht erwähnt haben. Das ist die Pflege und Betreuung im Sterbeprozess. Bei der Hospizarbeit, bei der Palliativmedizin, haben wir eine ähnliche Entwicklung auf der betroffenen Seite wie bei der „normalen“ Betreuung und Pflege.

Die Betroffenen wollen in ihrem eigenen Umfeld bleiben, so nahe wie möglich an Bekannten, so nahe wie möglich an ihrem eigenen Heim, wenn sie sterben, bei der Pflege bis zum Tod, bei der Pflege bis zuletzt. Dann gehört das natürlich auch in eine Pflegediskussion hinein.

Es gehört auch deshalb hinein, weil auch bei der Hospizbewegung in Rheinland-Pfalz etwas gelungen ist, was wir uns für die übrige Pflegeproblematik so sehr wünschen, dass es nicht nur gelingt, Angehörige in die Pflege hineinzubringen, sondern auch sozial fernere Menschen ehrenamtlich in ein Engagement hineinzubringen.

Das ist im Bereich der Hospizbewegung gelungen. Aber das ist leider noch nicht im ausreichenden Maß gelungen, in dem Menschen Unterstützung bräuchten.

Das bedeutet, auch in diesem Bereich muss man natürlich auch etwas tun, und Sie müssten an dieser Stelle etwas dazu sagen, wenn Sie eine Regierungserklärung abgeben. Ich weiß nicht, warum Sie es nicht getan haben. Liegt es vielleicht daran, dass Ihr Koalitionspartner ständig sehr unschöne Sterbehilfedebatten lostritt, die sich nun gar nicht mit den Ansätzen der Hospizbewegung vertragen?

(Zurufe von der SPD)

– Das ist nur eine Frage. Vielleicht kommt Herr Dr. Schmitz, der nach mir sprechen wird, um eine Antwort nicht herum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regierungserklärung von Frau Dreyer war leider eine einseitige Regierungserklärung. Es war eine Leistungsschau der Landesregierung und des Sozialministeriums in Sachen Pflege. Dazu ist dieses Thema nicht geeignet. Frau Dreyer, das ist nicht nur für das Thema schade, sondern das ist auch eigentlich für Sie sehr schade; denn dass Sie gute Ansätze und eine Menge an Initiativen entwickelt haben, wird in diesem Haus und in der Öffentlichkeit niemand bestreiten. Dass Sie aber aufgrund dieses Engagements, nach diesem Engagement oder während dieses Engagements nicht das Selbstbewusstsein an den Tag legen, auch die Mängel offen zu benennen, kann ich nicht verstehen. Man muss auch an einer solchen Stelle sagen, wo es hakt oder wo es richtig weh tut. Das haben Sie versäumt.

Eine gute Analyse, eine gute Bilanz, eine gute Bestandsaufnahme ist Voraussetzung dafür, dass man große Aufgaben, wie Sie sie genannt haben, lösen kann. Sie haben versäumt, den Teil der Bestandsaufnahme hinzuzufügen, der Probleme benennt. Sie haben sie damit nicht seriös gemacht und damit weder sich selbst noch der Sache einen Gefallen getan.

(Glocke des Präsidenten)

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der CDU)

Vizepräsident Itzek:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Mertes das Wort.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Marz hat eine ganz subtile Art, politische Gemeinheiten ruhig auszusprechen, und erwartet dann, dass wir schweigend zustimmen und das hinnehmen.

Die Metzgers und die Scheels aus Ihrer Fraktion jagen uns jeden Tag dreimal wegen der Lohnnebenkosten rund um diesen Bau,

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber eben hat sich darüber die CDU
aufgeregt, Herr Mertes!)

und Sie reden in diffamierender Weise davon, wie der Medizinische Dienst seine Leistungen in Zeitabschnitten erbringen muss, ohne zu sagen, wie die Mehrkosten, die entstünden, wenn wir ein anderes System hätten, finanziert werden können. Die „Rosenbauers“ dieses Landtags klatschen infantil dazu. Sie sind doch diejenigen, die dauernd über Lohnnebenkosten reden. Wenn ein Thema kommt, bei dem sowohl Ihre als auch unsere Fraktion damals diese Versicherung geschaffen hat, klatschen Sie nur, weil Ihr Hass auf die SPD noch größer ist als Ihr Verstand, mit diesem GRÜNEN-Thema umzugehen. So ist das in dieser Fraktion.

(Beifall der SPD und der FDP –
Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Vielen Dank!)

Wer sagt, wir müssten in der Pflegeversicherung die Zeiteinheiten verändern, der muss zur gleichen Zeit sagen, welchen Beitrag er erhöhen will. Damit sage ich überhaupt nichts dagegen, dass man in dieser Frage viel sensibler sein muss und sein könnte. Aber ich verhehle im Gegensatz zu dem Kollegen Marz nicht die Frage, wie wir das finanzieren. Diese Art und Weise, uns dies sozusagen an die Backe zu kleben, wir seien diejenigen, die die Unmenschlichkeit in der Pflege als den Normalfall sähen und er sei genau das Gegenteil davon, akzeptieren wir in diesem Haus nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall der SPD und der FDP)

Herr Dr. Rosenbauer, Sie haben gleich die Gelegenheit, auch noch etwas dazu zu sagen. Sie werden einmal darauf antworten müssen, wer eigentlich auf diesen Gedanken mit der Pflegeversicherung gekommen ist und wer ihn politisch durchgesetzt hat. Mit dieser Art der Pflegeversicherung werden Sie dann wie verrückt Beifall spenden und so tun, als wären wir diejenigen, die nicht bereit sind, mit Sensibilität auf diese Leute zuzugehen.

Diese Art von Einstieg können Sie machen. Aber glauben Sie bloß nicht, sie würde unbeantwortet bleiben.

(Kuhn, FDP: Jawohl! –
Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Itzek:

Zu einer Erwiderung erteile ich Herrn Abgeordneten Marz das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Mertes, ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass ich noch

einmal die Gelegenheit habe, mich zu äußern. Ich werde mich allerdings weder mit Ihrer noch mit meiner Rhetorik beschäftigen, sondern zu dem etwas sagen, was Sie soeben losgelassen haben.

Herr Kollege Mertes, wenn jemand im Zusammenhang mit der Pflege über Menschenwürde spricht, und Sie fangen direkt an, auf dem Tisch zu tanzen, so schlägt das zuerst einmal auf Sie zurück.

(Dr. Rosenbauer, CDU: So ist es!)

Wenn Sie aufgrund dieses Herumbrüllens, das Sie soeben an den Tag gelegt haben, nicht mehr in der Lage sind zuzuhören, schlägt das auch auf Sie zurück.

Ich habe die Zeitkorridore genannt, aber ich habe nicht über die Größe dieser Zeitkorridore gesprochen. Ich habe gesagt, wenn die Pflege von Menschen so eingeteilt ist, dann ist mir unwohl, wenn ich an die Würde des Menschen denke. Das habe ich gesagt.

(Mertes, SPD: Wir haben schon gespürt, was Sie wollten!)

Dazu hätten Sie sich äußern können, aber Sie haben den Rest nicht mehr mitbekommen, weil Sie nur noch dazwischengebrüllt haben.

Wenn Sie es aber schon ansprechen, komme ich nun noch zur Finanzierung. Selbstverständlich brauchen wir auch in der Pflegeversicherung die Einführung einer Bürgerversicherung. Frau Ministerin Dreyer hat auch zu diesem Thema eine Lücke gelassen. An anderer Stelle hat sie gesagt – korrigieren Sie mich, wenn es nicht stimmt –, wir müssten darüber nachdenken, ob die private Versicherung zur Pflege und die gesetzliche Pflegeversicherung zusammengelegt werden. Das ist ein Schritt zur Bürgerversicherung. Sie wissen ganz genau, dass sowohl in der Pflege als auch in der Krankenversicherung ein Schritt zur Lösung der Finanzierungsprobleme darin besteht, eine Bürgerversicherung einzuführen und die Ungerechtigkeit zu beseitigen, dass sehr viele Menschen in unserem Land, die gut verdienen, sich nicht an der solidarischen Versicherung beteiligen.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Itzek:

Meine Damen und Herren, ich möchte noch Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen. Ich begrüße Mitglieder 40 unter 40 der SPD Ludwigshafen und Neumitglieder des SPD-Unterbezirks Ludwigshafen-Frankenthal. Herzlich willkommen in unserem Haus!

(Beifall im Hause)

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Schmitz das Wort.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zu meiner Rede komme, möchte ich zwei kurze Bemerkungen zu dem machen, was Herr Kollege Marz vorgetragen hat, sowie zu den Differenzen, die das hohe Haus bewegen.

Herr Marz, ich kann nicht umhin, vielleicht auch in Ihrer Diktion als Frage formuliert, so nach dem Motto: „Ist das nicht ein Schmierentheater?“, das, was Sie in Ihrer ironischen Süffisanz vorgetragen haben, zumindest in ihrer Wirkung als außergewöhnlich unehrlich zu bezeichnen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ich gehe nicht davon aus, dass Sie dies nicht intendiert haben.

Es gibt eine zweite Sache, die ich sehr unfein finde, Herr Kollege Marz. Ich empfinde es als sehr unfein, mit unqualifizierten Rundumschlägen zu versuchen, sich Ihrer eigenen Drucksituation zu entlasten, indem Sie – unabhängig, ob im Bereich der Hospiz oder im Bereich der Palliativmedizin – unqualifizierte und unvollständige Vorwürfe an eine andere Adresse richten, die man in der Kürze der Zeit nicht aufklären kann. Beschäftigen Sie sich doch vielleicht einmal mit den bioethischen Positionen unserer Partei! Beschäftigen Sie sich mit dem, was Staatsminister Mertin dazu ausgeführt hat!

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie haben doch die Möglichkeit, dazu
Stellung zu nehmen! Das ist doch
Teil der Debatte!)

– Frau Thomas, wir lassen das jetzt! Wir lassen das jetzt, es führt nicht weiter.

Dann werden wir in der Lage sein, auf solider Basis ehrlich und fair miteinander zu diskutieren.

Ich möchte noch einen inhaltlichen Punkt ansprechen. Herr Kollege Marz, das ist auch ein Teil dieser Halbwahrheiten, mit denen Sie zunehmend arbeiten. Es ist wirklich ärgerlich, deswegen sage ich es auch. Sie beschreiben den Bereich der Palliativmedizin an die Adresse von Staatsministerin Frau Dreyer als Defizit dieser Regierungserklärung. Entweder Sie wissen es nicht, oder Sie halten die Menschen für so dumm, dass die anderen es nicht wissen. Dies ist ein Bereich, der im Rahmen der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung gelöst wird.

Wenn Sie dazu Änderungsvorschläge haben, dann müssen Sie sich zu der Problematik der Finanzierungsschwierigkeiten im Grenzbereich zwischen Pflegeversicherung und Krankenversicherung äußern – das berühmte Stützstrumpfurteil –, aber nicht mit diesen banalen und pauschalen Vorwürfen operieren. Das ist nicht in Ordnung und passt auch nicht zu diesem Thema.

Ich komme nun zur Sache. Meine Damen und Herren, ich glaube, weit über Parteigrenzen und Religionen hinaus beschreibt der Umgang mit den Schwachen der Gesellschaft, welche moralisch-ethische Verfassung

eine Gesellschaft hat. Ich glaube, niemand stellt infrage, dass alte, hilfsbedürftige und pflegebedürftige Menschen zu den Schwächsten dieser Gesellschaft zählen. Sie gehören zu den Schwächsten, weil meistens überhaupt keine optimistische Perspektive geboten ist. Auch Kinder brauchen viel Zuwendung und Pflege, aber sie wachsen dann aus dem Größten heraus. Bei alten und pflegebedürftigen Menschen wird es meistens von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr schlimmer.

Dass wir diese Diskussion unter der Überschrift „Menschenwürde“ führen, begrüße ich ausdrücklich. Dass wir sie auch unter der Überschrift „Finanzierung“ führen, begrüße ich auch ausdrücklich. Wer das eine fordert, ohne das andere zu beantworten, macht sich in der Frage „Pflegeversicherung“ angreifbar und ist nicht glaubwürdig.

Ich bewerte die zweite Regierungserklärung seit 2002 zu diesem Thema anders als meine Vorredner und möchte da vielleicht unter Bezugnahme auf den Herrn Kollegen Marz noch etwas sagen, was die Emotionen wieder herunterzieht. Sie haben es in der Tat jetzt anders gemeint. Ich zitiere ironisch, aber nicht böswillig: „Es handelt sich um eine Leistungsschau der Landesregierung.“ Dem habe ich eigentlich wenig hinzuzufügen.

Wenn man sich daran erinnert, wie alles losging, dann wissen Sie, dass die Fragen, die uns jetzt bewegen, nämlich optimale Pflege und erträgliche Finanzierungsbedingungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon damals mit der Diskussion bestimmt haben.

Die FDP hat dieses epochale sozialpolitische Instrument unter der Bedingung mitgetragen, dass man Lohnnebenkosten deckelt. Das fällt nicht leicht, wenn man weiß, wie wichtig Altenpflege ist. Es ist aber unumgänglich, wenn man überlegt – darüber gibt es einen großen Konsens in allen Parteien über die meisten Köpfe hinweg –, wie verheerend sich zu hohe Lohnnebenkosten auswirken, was die Arbeitslosigkeit angeht.

Meine Damen und Herren, wir haben dieses Problem nicht lösen können. Es bleibt ein unauf lösbares Problem. Man kann nur in Detailschritten versuchen, stete Optimierung zu betreiben. Ich werde darauf eingehen und nicht ausweichen.

Wir haben noch andere Dinge, die von Anfang an installiert waren und Problem dieser Pflegeversicherung sind. Das ist die Teilkaskoausformung dieser Pflegeversicherung. Auch dafür gab es gute Gründe, ebenso wie es gute Gründe dafür gibt, zu bedauern, dass nicht alles im Rahmen der Pflegeversicherung abgedeckt werden kann.

Ich glaube, der Bereich, der im Rahmen einer inkompletten Pflegeversicherung von Anfang an nicht ausreichend gesehen wurde, ist der Bereich der Versorgung demen ter alter Mitbürgerinnen und Mitbürger. In diesem Bereich gibt es Nachholbedarf. Glücklicherweise besteht darüber Einigkeit.

Wir wissen aber, nach anfänglich technisch bedingten Überschüssen kommen wir jetzt Jahr für Jahr tiefer in die Bredouille, weil die Defizite inzwischen Richtung

1 Milliarde Euro pro Jahr gehen. Das hält die Pflegeversicherung nicht aus. Wir haben im Jahr 2007, spätestens aber 2008 die Reserven aufgebraucht. Diese tickende Zeitbombe gilt es zu lösen. Das heißt nicht, dass man diese Probleme nicht an der Seite der Menschen lösen möchte. Das ist die Kombination Unterdeckung, demografische Entwicklung und eine Kostendynamisierung, die bisher in den Pflegeversicherungsleistungen keine Berücksichtigung gefunden hat.

Das sind wichtige, aber bundespolitische Themen. Das eigentliche Thema der heutigen Diskussion ist ein anderes. Es ist die Umsetzung der Pflegeversicherung in Rheinland-Pfalz vor allem durch die Landesregierung, verantwortet von einer sozial-liberalen Koalition.

Ich greife jetzt ein wenig vor. Das, was die Landesregierung in diesem schwierigen Umfeld getan hat, um optimale Bedingungen in Rheinland-Pfalz zu schaffen, ist hervorragende gesetzgeberische und Verordnungsarbeit vom Vorgänger von Frau Dreyer und von Frau Dreyer gewesen. Ich glaube, in Zukunft wird man dieses Thema mit sehr großer Sensibilität und sehr großem Pragmatismus typisch rheinland-pfälzisch anfassen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben die Grobsteuerung der Instrumente in den 90er-Jahren und auch in den Jahren 2001 und 2002 erlebt. Zurzeit sind wir auf dem Weg der Feinjustierung und müssen in vielen Bereichen auch neue Ufer versuchen. Die Regierungserklärung hat ein großes Bukett an Pflegeversicherungsideen vorge tragen, die jetzt in Umsetzung sind. Ich möchte nicht alles wiederholen. Vor allem geht es um den Grundsatz ambulant vor stationär. Der erste Schwerpunkt dieser Erklärung war die Stärkung der häuslichen Pflege. Das möchte ich mit einem Ausrufezeichen versehen, weil die Abstimmung der Menschen zeigt, wo sie gern gepflegt werden möchten.

Wann immer es möglich ist, bleiben zu Pflegende im häuslichen Umfeld, obwohl die Regeln der Qualitätsüberprüfung und der Professionalisierung in diesem Bereich nicht annähernd so gegeben sind wie im stationären und professionell ambulanten Bereich. Von daher unterstütze ich das, also Schwerpunkt häusliche Pflege, Schwerpunkt ambulant vor stationär.

Zur Sicherstellung dieser wichtigen Aufgabe brauchen wir in Zukunft ein hohes Maß an individueller Vorsorge, auch an Eigenverantwortung der Betroffenen in jungen Jahren. Diese gehören mit hoher Wahrscheinlichkeit irgendwann zur Gruppe der zu Pflegenden. Die Hälfte der Bekannten von uns wird pflegerische Maßnahmen in Anspruch nehmen müssen. Es lohnt sich also, rechtzeitig darüber nachzudenken.

Ich nenne als Instrumente der Landesregierung das personenbezogene Budget in der Pflege, das integrierte Budget für pflegebedürftige Menschen mit Behinderung. Das sind hervorragende Instrumente, um individuelle Vorsorge in Eigenverantwortung zu ermöglichen, auch wenn man schon in Pflege ist.

Wenn sich soziale Strukturen ändern, brauchen wir auch weiterhin die Solidarität der Familien. Wir brauchen aber auch die Solidarität über die Familien hinaus. Wir brauchen Netzwerke. Wir brauchen ehrenamtliches Engagement. Ich unterstreiche mit Nachdruck, dass wir die Pflege nicht in den Griff bekommen können, wenn wir nicht in der Lage sein werden, leistungsfähige, junge Alte mit in die Pflegeverantwortung zu nehmen. Ich darf vielleicht einen einzigen kleinen zusätzlichen Gedanken mit einbringen, ohne Süffisanz, aber auch mit Fragezeichen.

Ich glaube, es lohnt das Nachdenken, sich zu überlegen, ob man Menschen über ein ganzes Leben hinweg nicht anders in tätige soziale Verantwortung als nur über Bundeswehr und Zivildienst bringen kann. Es ist ganz wichtig, dass man Hilfestellung für ehrenamtliche Tätigkeit gibt. Ich glaube aber, wir müssen auch Anreize für ehrenamtliche Tätigkeit in der Pflege in einem Alter setzen, in dem man es noch kann. Wie wir die Anreize setzen und wie auch das dann finanzierbar sein wird, ist eine Frage. Man sollte sich damit aber in allen Parteien beschäftigen. Ich glaube, wir werden daran nicht vorbeikommen. Wir brauchen gerade in der Pflege Generationen im Schulterschluss und nicht Generationen gegeneinander.

Ich unterstreiche und unterstütze die Dinge, die beschrieben wurden, also Pflegestrukturplanung, Pflegekonferenzen usw. Ich bin davon überzeugt, dass wir bei diesen Foren darauf achten, dass das auf Dauer keine Diskussionsforen, sondern auch Entscheidungsforen sind. Ich bin darüber hinaus davon überzeugt, dass wir es schaffen müssen, auch diese Instrumente, die jetzt beschrieben wurden, davor zu schützen, dass sie sich verkrusten und irgendwann eine Eigenständigkeit entwickeln, die für die Pflege gar nichts mehr oder nur wenig an Beitrag leisten. Wir müssen auch diese Instrumente auf Dauer überprüfen.

Wir müssen neue Wohnformen erproben und fördern. Wir müssen die Chancen sehen, die in diesen sozialen Dienstleistungsberufen liegen.

Bei aller Freude aber über 62.000 Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz im Bereich der Pflege muss man auch hier wieder, so schwer es mir fällt, über die Finanzierung dieser Plätze sprechen. Es gibt nicht den Königsweg aus der Massenarbeitslosigkeit, indem man alle Menschen über sozialversicherungsfinanzierte Systeme in Arbeit bringt. Das sind kommunizierende Röhren. Da sind dann die Lösung und das Problem oft gleichermaßen gegeben.

Meine Damen und Herren, ich bin von dem überzeugt, was zum Berufsbild gesagt wurde, also die finanzielle Attraktivität steigern, vor allem aber die Anerkennung dieser Berufe. Von daher stehe ich einer stärkeren Zusammenfassung mit anderen pflegerischen Tätigkeiten in der Berufsausbildung sehr aufgeschlossen gegenüber.

Das ist richtig. Das, was Sie zu Illegalen gesagt haben, ist richtig. Ich bin als Liberaler bereit, ein entschiedenes Vorgehen gegen die dahinter stehenden kriminellen Machenschaften zu verantworten. Ich bin allerdings

gegen ein Kriminalisieren der Opfer und habe Sie auch nicht so verstanden. Wir kommen aus dieser Problematik illegaler Pflege nur heraus, wenn wir die Rahmenbedingungen verbessern. Sie haben dazu Beiträge genannt.

Meine Damen und Herren, zum Ende meiner Ausführungen darf ich neben dem, was andere schon gesagt haben, eine weitere Idee mit einbringen, über die sich nachzudenken lohnt. Ich sehe das Problem der Entsolidarisierung. Ich sehe das Problem einer Versicherung, in die nicht mehr alle einzahlen. Wir müssen darüber nachdenken, ob nicht ein Systemwettbewerb der Pflegeversicherungen auf Dauer mehr bringt als ein Zusammenführen finanzieller Mittel in ein System, das nicht ganz einfach ist. Ich glaube, wenn man zumindest in gewissem Rahmen Unterschiede zulässt, Eigenanteile, Karenzzeiten, weil jedes Individuum, jede Familie eine andere finanzielle Grundausstattung hat, ohne die Solidarität in Gefahr zu bringen, dann würde auch da das Nachdenken lohnen.

In diesem Sinn sage ich zusammenfassend wirklich ein ehrliches großes Lob der Landesregierung für die Durchführung und Optimierung der Pflegeversicherung bisher. Lassen Sie uns gemeinsam nach Zukunftslösungen suchen.

Danke sehr.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Itzek:

Danke schön, Herr Kollege Dr. Schmitz. Die CDU-Fraktion hat noch acht Minuten Redezeit. Herr Abgeordneter Rüdgel hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. Rüdgel, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Regierungserklärung gegen Ende der Legislaturperiode regt selbstverständlich dazu an, ein Resümee zu ziehen. Was würde diesem Land fehlen, wenn diese Erklärung nicht gegeben worden wäre? Ich habe nicht viel Neues vernommen, keine eigenständige Handschrift rheinland-pfälzischer Pflegepolitik erkannt. Wir haben eine gute Problembeschreibung erhalten. Unter Politik verstehe ich aber das Aufzeigen von Lösungsansätzen.

(Beifall bei der CDU)

Hier wurde viel geredet, aber wenig gesagt. Frau Ministerin, ich will Ihnen die guten Absichten nicht absprechen. Sie haben sich hohe Ziele gesetzt und Erwartungen geweckt. Jeder, der jetzt mit dem großen Wurf gerechnet hat, sieht sich enttäuscht. Sollte man diese Regierungserklärung bewerten, angelehnt an ein Arbeitszeugnis, so würde dort sicherlich folgender Text zu finden sein: Sie machte sich mit großem Eifer an die ihr übertragenen Aufgaben. Sie war bemüht und zeigte Verständnis für ihre Arbeit.

Fakt ist, demografischer und sozialer Wandel fordert gerade in der Pflege seinen Tribut. Immer weniger Menschen müssen die Pflege von immer mehr Menschen sicherstellen. Es fehlt ausreichend Geld im System, um Pflege für die Menschen bezahlbar zu machen. Dieses Geld darf nicht durch die Zusammenlegung von privater und gesetzlicher Pflegeversicherung beschafft werden. Wir brauchen kapitalgedeckte Systeme und dürfen kein gesundes System durch ein krankes System ruinieren.

Dank der vielen verantwortungsbewussten Einrichtungsträger und vieler ihrer engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wir in Rheinland-Pfalz eine Pflegequalität von hoher Güte. Diese gute Pflege ist ihr Geld wert.

Aber immer mehr Menschen können und wollen diese Standards nicht mehr bezahlen. Wir müssen uns die Frage stellen, ob die von uns allen geforderten hohen und somit teuren Standards nicht die illegale Beschäftigung fördern. Heute pflegen in Deutschland, wenn man tatsächlich von pflegen sprechen kann, über 100.000 illegal Beschäftigte aus Osteuropa unsere Pflegebedürftigen in privaten Haushalten. Das geschieht preiswert, ohne Kontrolle durch die Heimaufsicht und ohne Aufsicht durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen.

Alle fordern die hohen Qualitätsstandards in der Pflege, aber immer mehr rufen sie nicht ab, weil für sie die professionelle Pflege unbezahlbar geworden ist. Hier müssen wir den Familien schlüssige Konzepte anbieten. Pflege muss im häuslichen wie im institutionellen Bereich unter menschenwürdigen Umständen erfolgen.

(Beifall bei der CDU)

Heute haben viele Pflegeheime und mobile Dienste mit einem Rückgang der Nachfrage zu kämpfen. Der wirtschaftliche Schaden für die professionellen Pflegedienste, die in unserem Land auf höchstem Niveau arbeiten, ist enorm. Vielen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Pflegekräften droht dadurch der Verlust des Arbeitsplatzes.

Frau Ministerin, die Anregung von Ihnen, im Gegenzug niederschwellige Leistungen zu angemessenen Preisen anzubieten, ist zwar gut gemeint, aber nicht realisierbar. Wenn wir dieser organisierten Schwarzarbeit nicht entschieden entgegengetreten, wird mittelfristig die flächendeckende pflegerische Grundversorgung in Gefahr sein.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Was nützt die schönste Einrichtung, die einfühlsamste Pflege, wenn sie niemand will, weil sie zu teuer ist?

Der Grundsatz „ambulant vor stationär“, den wir auch befürworten, wird die stationären Einrichtungen vor zusätzliche Probleme stellen. Der zukünftig dort lebende Personenkreis wird noch stärker durch Multimorbidität und umfassende Pflegebedürftigkeit gestellt sein.

Die regelmäßig geforderte Vernetzung von Aufgaben wird durch die aktuelle Pflegegesetzgebung, die eine strikte Trennung der Systeme vorsieht, enorm erschwert. Dieser aktuelle Problemdruck manifestiert sich unter

anderem zusätzlich in Konflikten um die Einstufungssystematik und die Einstufungspraxis.

Es wird für die Träger eine immer größere Herausforderung, dem Ruf nach besserer Überschaubarkeit des Wohnumfeldes, Integration in die Gemeinschaft, Wohnlichkeit und Sicherheit der Individualität gerecht zu werden. Wir brauchen dringend weniger Bürokratie in der Pflege. Der Mensch muss wieder im Mittelpunkt stehen und nicht die gut geführte Akte über ihn. Hier gibt es Ansätze, aber bisher war das noch nicht der große Wurf.

Wir brauchen Qualitätsmanagementsysteme, die auf Ergebnisqualität unter Einbezug des individuellen Pflegeprozesses und der Lebensqualität abzielen. Heute stehen leider immer noch die Akten füllenden Organisations- und Strukturelemente beim pflegerischen Handeln im Vordergrund.

Auch in Ihrer Regierungserklärung wurden uns weniger Ergebnisse präsentiert, sondern nur viele Problembeschreibungen. Unter diesen bekannten Rahmenbedingungen ist es schwer, jungen Menschen den Pflegeberuf als Arbeitsmarkt der Zukunft zu vermitteln. Verwaltungsdruck, ständig steigende formale Anforderungen, kurze Verweildauern des immer älteren und multimorbiden Kundenklientels bei stagnierender personeller Ausstattung führt zu psychischen und physischen Belastungen, der das Pflegepersonal oft nicht länger als fünf Jahre gewachsen ist.

Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die sozial engagierten und einfühlsamen Menschen den Mut gibt, ihre berufliche Zukunft in der Pflege zu sehen. Die Ausbildung der Pflegerinnen und Pfleger muss fachlich gut sein. Sie muss aber auch kommunikative Kompetenzen vermitteln. Das umfassende Aufgabenfeld verlangt mittlerweile nach einer generalistischen Ausbildung über alle Pflegeberufe, die aus einer gemeinsamen Grundausbildung bestehen kann und einer anschließenden Spezialisierung für den Alten-, Kranken- oder Kinderkrankenpflegebereich.

Lassen Sie mich abschließend einige Wort zu den viel zitierten innovativen Modellen sagen. Grundsätzlich halte ich viele dieser diskutierten Ideen für ein großes Ablenkungsmanöver und eine teure Spielwiese für Politik und Bauträger. Die Diskussion über alternative Wohnideen für Senioren kann interessant sein. Sie ist aber nicht zielorientiert für Lösungen der Sorgen und Nöte der Menschen in der Pflege.

Frau Ministerin, geben Sie dieses Geld besser für die Optimierung gewachsener Strukturen aus. Es gibt so viele Baustellen in den traditionellen Strukturen, die ihre ganze Aufmerksamkeit, Kraft und Zielstrebigkeit brauchen. Halten Sie sich bei all diesen teuren Experimenten zurück. Konzentrieren Sie sich auf die wichtigen Aufgaben, die wir für die Menschen in der Pflege lösen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Itzek:

Frau Staatsministerin Dreyer hat das Wort.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen! Sie verzeihen, dass ich, obwohl ich so lange geredet habe, doch noch einmal kurz das Wort ergreife. Aber ich möchte schon noch zwei oder drei Sachen zu den Äußerungen sagen, die hier getätigt worden sind.

Herr Abgeordneter Marz, mir fallen noch mindestens 20 Themen ein, die ich im Rahmen der Pflege wichtig finde, die ich aber nicht in der Regierungserklärung genannt habe, weil ich mich entschieden habe, Schwerpunkte zu setzen. Ich persönlich bin der Meinung, dass es wichtige Schwerpunkte waren und es nicht richtig gewesen wäre, alle Themen, die wir hier schon oft diskutiert haben, wieder aufzugreifen.

Ich komme zu einem zweiten Punkt. Ich habe eine sehr klare Meinung zur Pflegeversicherung und zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung. Sie ist und war noch nie ein Geheimnis. Gerade auf unserem großen Pflegekongress haben wir den kompletten Vormittag diesem Thema gewidmet und dazu klare Ausführungen gemacht. Ich habe nicht die Notwendigkeit gesehen, das heute in der Regierungserklärung wieder darzustellen. Ich sage Ihnen auch, warum. Die Partner in unserem Land haben inzwischen längst begriffen, welche Meinung ich habe und wofür ich mich einsetze. Darüber hinaus haben die Partner begriffen, dass wir in diesem Land sehr viel mehr tun können, als nur auf die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu starren.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Das wollte ich im Rahmen meiner Regierungserklärung deutlich machen. Wir brauchen natürlich eine solide Finanzierung. Wir brauchen die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung. Das steht völlig außer Frage. Ich glaube auch, das ist bei niemandem umstritten. Sogar im inhaltlichen Bereich haben wir viele übereinstimmende Meinungen zu diesem Thema. Natürlich gibt es Differenzen auch zu der Form oder dem Weg, wie die Finanzierung aussehen soll. Aber das ist für mich kein Grund, das in diesem Parlament nicht zu diskutieren. Ich bin genauso sicher, wenn wir irgendwann ein Gesetzgebungsverfahren haben, werden wir uns auch in der Koalition dazu zu verhalten wissen. Aber zurzeit ist klar, wie die Positionen sind.

Ein letztes Wort dazu: Ich persönlich habe sehr stark auch dafür gekämpft, mit den Partnern und Partnerinnen zusammen zu schauen, was wir jenseits der Pflegeversicherung tun können. Es ist unglaublich viel, was wir für die Pflege tun können, was wir angepackt haben, wo wir gemeinsam auf einer Ebene sind, wenn wir davon sprechen oder wenn ich davon gesprochen habe, dass es mir auf die gesellschaftliche Anstrengung in unserer Gesellschaft für die Pflege ankommt, dass es uns natürlich – das war Ziel dieser Regierungserklärung, das deutlich zu machen – auf die Familien, auf die Freiwilli-

gen, auf die Ehrenamtlichen in Zukunft ankommt. Die Landesregierung redet nicht nur schön über dieses Engagement, sondern wir haben uns in den letzten Jahren Instrumente einfallen lassen, um die Familien und Ehrenamtlichen tatsächlich zu unterstützen und sie wertzuschätzen. Das bedeutet einerseits, dass wir beispielsweise Schulungen für sie anbieten. Das bedeutet, dass wir Informationsmaterial für die Angehörigen ins Land geben, und es bedeutet, dass wir niedrigschwellige Angebote fördern, um gerade die Ehrenamtlichen und die Familien in diesem Bereich zu entlasten.

Vielleicht noch ein Blick auf das Landesgesetz: Das, was Sie in der Hospiz gelobt haben, war für uns Vorbild für die pflegerische Infrastruktur. Wir wollen genau dieses System, nämlich das Hauptamt zu fördern, damit Schulung und Unterstützung der Ehrenamtlichen möglich ist, auf die Pflege übertragen. Ich bin sicher, dass wir diesen Weg auch gemeinsam mit allen Partnern gehen werden.

Nun vielleicht noch zu Ihnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter Rüdell. Sie stellen viele Fragen. Die haben wir auch schon sehr oft im Parlament zu diesem Thema gehört, vor allem im Hinblick auf die illegale Beschäftigung. Aus meiner Sicht geben Sie keine Antworten, im Gegensatz zu meiner Regierungserklärung, wo Sie viele Antworten finden. Ich glaube, es ist einfach auch verfehlt zu glauben, dass man bei dem Thema „illegale Beschäftigung“ auf einen großen Wurf, eine Lösung schlechthin, setzen kann. Ich denke, wir müssen unterschiedliche Maßnahmen ergreifen, um mit diesem Thema zielgerichtet umgehen zu können und auch tatsächlich Erfolge zu erreichen. Ich habe mich bemüht, das aufzuzeigen. Ich glaube nicht, dass wir davon träumen sollten, dass es eine einzige Maßnahme geben könnte mit der die illegale Beschäftigung in der Pflege zu unterbinden wäre.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Itzek:

Zur Kurzintervention hat Herr Abgeordneter Dr. Rosenbauer das Wort.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, es wäre einfach einmal gut, wenn man wirklich genau hinhörte, was Redner der Opposition sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin nicht mehr gewillt hinzunehmen, dass Sie immer alles extra missverstehen. Das Gleiche gilt für Herrn Mertes.

Ich will Ihnen noch eines sagen. Sie haben gesagt, es gibt viele Antworten in Ihrer Regierungserklärung. Ich hätte Ihnen allemal wirklich die Empfehlung gegeben, die Debatte von 2002 nachzulesen. Dann können Sie Ihre Regierungserklärungen nebeneinander legen, die

Überschriften sind genau die gleichen. Wir haben heute das Gleiche gehört wie damals. Sie können auch Ihr eigenes Heft nehmen und können die Überschriften nebeneinander legen. Es ist immer dasselbe, was hier erzählt wird. Das ist schon sehr deutlich.

(Mertes, SPD: Sie haben es immer noch nicht gelernt! Müssen wir es noch einmal machen?)

– Herr Mertes, jetzt sind Sie einfach einmal still.

Wenn unter Punkt 2.1. „ambulant vor stationär“ festgestellt wird, muss ich darauf hinweisen, diese These ist 15 Jahre alt. Das ist überhaupt nichts Neues. So setzt sich eine Sprechblase an die andere in der Regierungserklärung.

(Beifall der CDU)

All das, was wirklich problematisch ist, haben Sie ausgelassen. Genau das haben der Kollege Reiner Marz und der Kollege Erwin Rüdell hier noch einmal gesagt. Es ist mehr als die Pflicht einer Opposition, auf diese Probleme hinzuweisen.

(Beifall bei der CDU –
Hartloff, SPD: Das hat die Ministerin in den letzten drei Minuten alles gesagt!)

– Ich weiß, dass von der linken Seite dann immer persönliche Verunglimpfungen kommen. Wir werden uns an dieser Sache nicht beteiligen. Herr Kollege Mertes hat eben das beste Beispiel gegeben.

(Pörksen, SPD: Ein bisschen vorsichtig, Herr Kollege!)

Ich will Ihnen das nur an einem Beispiel deutlich machen. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung auf Seite 23 Folgendes gesagt: Fazit, die Bilanz zeigt, dass wir es gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern geschafft haben. Die Fachkräftesituation ist qualitativ und in quantitativer Hinsicht nachhaltig zu sichern und zu verbessern gewesen. Das ist erreicht worden. – Ich will Ihnen einmal die Zahlen zur Pflege, die man heute im Statistischen Landesamt nachlesen kann, gern präsentieren.

(Ramsauer, SPD: Das können wir selbst lesen!)

Wir haben die Zahlen des Personals der Pflegedienste im ambulanten Bereich. Im Jahr 1999 waren das 7.928. Im Jahr 2001 waren es 7.920. Im Jahr 2003 waren es 7.883. Das ist ein deutlicher Rückgang bei gleichzeitigem Anstieg der zu Betreuenden von 17.578 auf 18.804.

Thema 2 – auch im Statistischen Landesamt nachzuschauen –, und zwar Entwicklung des Pflegepersonals in Krankenhäusern: Im Jahr 2002, in dem Sie mit Ihrer Aktion gestartet sind, die Sie heute gelobt und als Erfolg gepriesen haben, waren 15.376 Krankenschwestern in Krankenhäusern beschäftigt.

(Glocke des Präsidenten)

Im Jahr 2004 waren es 14.938. Aus Zeitgründen kann ich jetzt nicht mehr alle aufzählen. Gesamtbeschäftigung von 19.672 auf 18.558 zurückgegangen.

Vizepräsident Itzek:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Das zeigt die wahre Situation in Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Itzek:

Ich möchte noch etwas anmerken: Ich war hier großzügig, das war aber keine Kurzintervention, weil Sie nicht auf den letzten Beitrag der Ministerin eingegangen sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU,
und weitere Zurufe von der CDU)

– Ich sage das nur: Es war keine Kurzintervention.

(Dr. Weiland, CDU: Parteiische
Amtsführung!)

Meine Damen und Herren, damit wäre die Aussprache zur Regierungserklärung beendet.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Ich möchte eine
persönliche Erklärung abgeben! Das
steht mir als Abgeordnetem zu!)

– Lassen Sie mich erst einmal reden.

Zunächst einmal wäre damit die Aussprache zur Regierungserklärung beendet. Zur persönlichen Erklärung gibt es jetzt noch eine Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident, ich habe sehr wohl auf die Einlassungen der Frau Ministerin reagiert und habe zu dem Gesamtergebnis Stellung bezogen.

(Beifall der CDU)

Ich lasse mir auch nicht von einem Präsidenten sagen, was ich hier zu sagen habe.

Zweitens: Der Kollege Mertes hat eben eine Kurzintervention – – –

(Zurufe von der SPD)

– Kollege Mertes!

(Mertes, SPD: Hier!)

Herr Kollege Mertes hat eben in einer Kurzintervention auf den Kollegen Reiner Marz mich in mehreren Sätzen angegriffen und auf mich Bezug genommen, obwohl ich bis zu diesem Zeitpunkt hier überhaupt nicht geredet hatte. Dort sind Sie nicht eingeschritten. Das haben Sie zugelassen. Das verbitte ich mir.

Vielen Dank.

(Starker Beifall der CDU –
Dr. Weiland, CDU: Ungeheuerlich!)

Vizepräsident Itzek:

Herr Kollege Hartloff hat das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, werte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Zur Geschäftsordnung darf ich feststellen, die Kurzintervention von Herrn Dr. Rosenbauer erfolgte auf die kurze Wortmeldung der Ministerin, nicht auf die Wortmeldung von Herrn Marz. Das, was Sie eben als persönliche Erklärung abgegeben haben, war im Sinn der Geschäftsordnung auch keine persönliche Erklärung.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Dr. Rosenbauer, ich darf Sie bitten, einmal die Geschäftsordnung nachzulesen.

(Dr. Weiland, CDU: Das haben Sie
doch gar nicht festzustellen!)

Wir pflegen eine offene Debatte. Ich meine deshalb, wir vertiefen es auch nicht.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Itzek:

Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Wir können, wenn das Protokoll vorliegt, uns im Ältestenrat jederzeit einmal damit beschäftigen.

(Dr. Weiland, CDU: Stümper! Unglaublich!)

Herr Kollege Bischel, zu was melden Sie sich?

(Unruhe im Hause)

Abg. Bischel, CDU:

Herr Präsident, ich melde mich zur Geschäftsordnung und darf Sie herzlich bitten, den Herrn Kollegen Hartloff darüber aufzuklären, dass selbstverständlich ein angesprochener Parlamentarier, wenn er namentlich genannt und angegriffen wird, das Recht hat, eine persönliche Erklärung zu diesen Angriffen abzugeben. Bitte informieren Sie ihn über die Geschäftsordnung.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Itzek:

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir können uns jederzeit im Ältestenrat darüber unterhalten.

(Unruhe im Hause)

Es sollte ein bisschen Ruhe einkehren.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung der
Verfassung für Rheinland-Pfalz
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU,
FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/4490 –
Erste Beratung**

Die Fraktionen der SPD, CDU und FDP haben vereinbart, dass hierzu der Landtagspräsident spricht. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Wert darauf gelegt, dass sie ihre fünf Minuten Redezeit in Anspruch nehmen kann.

Herr Präsident, bitte.

Präsident Grimm:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin froh darüber, dass ich zu einem Thema sprechen kann, über das wir uns im Ergebnis einig sind; denn es handelt sich um einen gemeinsamen Gesetzentwurf aller Fraktionen. Ich will insbesondere für die interessierte Öffentlichkeit kurz darlegen, um was es geht.

Es geht darum, dass wir die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen wollen, dass auch nach der nächsten Landtagswahl am 26. März 2006 und folgenden Landtagswahlen die konstituierende Sitzung des Landtags, und damit nach einer guten rheinland-pfälzischen Tradition auch die Wahl des Ministerpräsidenten und die Bestätigung der Landesregierung, am 18. Mai bzw. zeitnah zum 18. Mai stattfinden kann.

Warum brauchen wir hierzu eine Änderung der Verfassung, fragen sich manche. Das hat mit der geltenden Fassung des Artikels 83 der Landesverfassung zu tun, in dem steht, dass der Landtag spätestens am 30. Tag nach der Landtagswahl zusammentreten muss. Das bedeutet für die nächste Wahl am 26. März 2006, dass spätestens am 25. April 2006 die konstituierende Sitzung des Landtags stattzufinden hätte.

Wie kam es zu dieser Regelung, die verhindert, dass wir an eine gewachsene Tradition anknüpfen können, die den 18. Mai als Fixpunkt für die konstituierende Sitzung sich hat entwickeln lassen? – Die aktuelle Regelung fußt auf einer Änderung der Landesverfassung im Jahr 2000, und diese ging zurück auf eine Empfehlung der Enquete-Kommission „Verfassungsreform“ im Jahr 1994.

Die Enquete-Kommission hat seinerzeit empfohlen, sich der Regelung anzuschließen, die für den Deutschen Bundestag gilt. Diese Regelung sieht die 30-Tage-Frist vor.

Aus den Materialien ergibt sich, dass die Enquete-Kommission davon ausgegangen ist, dass es sich trotz dieser 30-Tage-Frist ermöglichen lasse, an dem 18. Mai als Tag der konstituierenden Sitzung festzuhalten. Wir sehen aber, dass das für die nächste Wahl nicht gilt. Der Irrtum lag wohl darin, dass man geglaubt hat, dass die Landesregierung, die für die Festsetzung des Termins der Landtagswahl zuständig ist, die Wahl so platzieren könnte, dass es mit dem 18. Mai tatsächlich hinkommt.

Das ist nun offenkundig nicht der Fall und hat seine Gründe; denn die Landesregierung entscheidet in eigener Verfassungsverantwortung, aber doch unter politischen Rahmenbedingungen, die nicht ausschließlich von ihr selbst gesetzt werden.

(Ministerpräsident Beck: Beispielsweise
Fastnacht!)

– Beispielsweise Fastnacht, beispielsweise Osterferien, beispielsweise die Tatsache, dass auch in Baden-Württemberg und in Sachsen-Anhalt gewählt wird.

Für die Öffentlichkeit wäre es schon schwer vermittelbar, dass Rheinland-Pfalz sagen würde, wir wählen 14 Tage später. Ich lasse das Problem „Osterferien“ einmal beiseite.

Kurzum: Es ist die Notwendigkeit offenkundig, eine flexiblere Lösung zu finden. Dafür bietet sich eine Auflockerung der 30-Tage-Frist an. Der Gesetzentwurf sieht vor, auf 60 Tage zu gehen. Damit wären alle unsere Bedürfnisse, vor allen Dingen die Bedürfnisse einer potenziellen Landesregierung, die sich auch in Koalitionsverhandlungen finden und ausreichend Zeit haben muss, sichergestellt.

Ein Gesichtspunkt scheint mir noch besonders wichtig zu sein: Das ist der 18. Mai selbst. Welche Bedeutung kommt dem 18. Mai in unserem Land und in unserer politischen Tradition zu? – Ich glaube, er ist ein einmaliges Datum für unser rheinland-pfälzisches Gemeinwesen. Das belegt ein kleiner Rückblick in die Geschichte.

Am 18. Mai 1947 hat die Wahlbevölkerung in Rheinland-Pfalz mit Mehrheit die Landesverfassung verabschiedet, und sie hat an diesem Tag auch den ersten rheinland-pfälzischen Landtag gewählt. Am 18. Mai 1949 hat der rheinland-pfälzische Landtag seine Zustimmung zum Grundgesetz und damit zur Bildung der Bundesrepublik Deutschland gegeben, und am 18. Mai 1951 hat hier im Deutschhaus erstmals der Landtag Rheinland-Pfalz getagt.

Überdies hat der 18. Mai noch eine weiter zurückliegende politisch-historische Bedeutung; denn am 18. Mai 1848 konstituierte sich die Paulskirchenversammlung, die auch für die Region, die heute zu Rheinland-Pfalz gehört, eine außerordentliche Bedeutung hatte. Heinrich von Gagern, der erste Präsident, stammt

schließlich aus einer Region des heutigen Rheinland-Pfalz, nämlich aus der Nähe von Worms.

Man darf sogar vermuten, dass diejenigen, die dem 18. Mai in den 40er-Jahren diese politische Bedeutung gegeben haben, diesen Termin 18. Mai 1848 möglicherweise im Hinterkopf hatten.

Kurzum: Es ist ein Traditionstag, den es zu bewahren und im Bewusstsein der Bevölkerung zu vertiefen gilt. Deswegen glaube ich, dass über diese praktischen Erwägungen hinaus, die wir angestellt haben, es wünschenswert ist sicherzustellen, dass wir am 18. Mai auch für die folgenden Wahlen die Konstituierung des Landtags ermöglichen und damit eine Tradition fortsetzen oder begründen – je nachdem, wie man will –, die ihre eigene politische Bedeutung hat.

Ich bitte Sie also, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall der SPD, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Itzek:

Ich erteile Frau Abgeordneter Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Mancher mag es bemerkenswert finden, dass wir einen eigenen Redebeitrag haben. Aber ich finde, selbst wenn man mit einem gemeinsamen Gesetzesantrag und einem gemeinsamen Gesetzentwurf eine Verfassung ändert, es ist schon das Recht und meiner Meinung nach auch die Pflicht der Fraktionen, hierzu einige Erläuterungen zu machen.

Ich bin froh, dass ich das – – –

(Mertes, SPD: Warum haben Sie denn
so ein schlechtes Gewissen?)

– Ich habe überhaupt kein schlechtes Gewissen.

Ich bin ganz froh, dass ich jetzt nach dem Präsidenten noch einmal auf eines hinweisen kann. Auch er hat in seiner Begründung den Eindruck erweckt, es sei sozusagen ein Versehen gewesen, dass mit der letzten Verfassungsänderung, die im Jahr 2000 vom Parlament und aufgrund von Empfehlungen der Enquete-Kommission vorgenommen wurde, eine Frist von 30 Tagen beschlossen worden ist.

Meiner Meinung nach ist es wichtig zu sagen, dass dies im Jahr 2000 nach sehr gründlichen Überlegungen beschlossen worden ist. Auch die Enquete-Kommission hatte sich das damals im Jahr 1994 sehr wohl überlegt. Sie wissen, es verging ein langer Zeitraum, bis die Verfassungsänderung vom Parlament beschlossen werden konnte. Im ersten Anlauf hatte das nicht geklappt.

Wenn man sich die Unterlagen von damals betrachtet, kann man feststellen, dass sich die Enquete-Kommission diesen Schritt damals sehr wohl überlegt hatte. Zum einen, weil sie den vorherigen, sehr unsiche-

ren Zustand beseitigen wollte. Sie wissen, damals gab es die Regelung, dass zwischen der Wahl und der Konstituierung 17 Tage liegen sollten – also ein sehr viel kürzerer Zeitraum –, aber gleichzeitig war in der Verfassung die Möglichkeit vorgegeben, dass die neu gewählten Abgeordneten bis zu drei Monate neben dem noch existierenden Parlament im Amt sein konnten. So sah die Regelung in unserer Verfassung vor dem Jahr 2000 aus.

Die damalige Enquete-Kommission hat – sicherlich in Anlehnung an die Vorgänge im Bundestag – empfohlen: Wir wollen für die Legislaturperiode ein klares Ende setzen, und wir wollen uns bei der Frist an dem orientieren, was in manchen anderen Parlamenten gilt.

Es wurde damals auch erörtert, dass man nicht immer mit dem Konstituierungstermin auf dem 18. Mai landen könne, dass man aber bei entsprechenden Planungen und Vorbereitungen – dies gilt auch für die Festlegung des Wahltermins – mit der Frist von 30 Tagen meistens auf dem 18. Mai landen könne.

Es ist mir wichtig, dies heute in Erinnerung zu rufen, da sich damit damals in der Enquete-Kommission und auch im Parlament sehr intensiv auseinander gesetzt wurde.

Dass wir dennoch mit Ihnen gemeinsam die Verlängerung der Frist beschließen, hat zum einen etwas mit der Würdigung des Verfassungstags in Rheinland-Pfalz zu tun. Unsere Begründung fußt auf zwei weiteren Intentionen.

Das sind insbesondere die verstärkten Bemühungen, Wahltermine zu Landtagen zusammenzulegen. Um in diesen Bemühungen erfolgreich zu sein, ist meiner Meinung nach eine längere Frist erforderlich; denn wenn verschiedene Bundesländer versuchen, die Termine zusammenzulegen, ist es bei diversen Fristen schwierig, einen gemeinsam möglichen Termin zu finden.

Ein weiterer Grund ist die Tatsache – wir erleben das gerade in Berlin –, dass eine Regierungsbildung oder Koalitionsbildung komplizierter sein kann und mehr Zeit erfordert. Wir kommen dann natürlich in Schwierigkeiten, wenn sich der Landtag konstituiert, aber zum Beispiel noch keine Regierung gebildet werden kann. Auch in Rheinland-Pfalz könnte es komplizierter werden. Aus diesem Grund stehen wir hinter der Änderung der Verfassung.

Wir legen aber Wert darauf, dass wir in einem solchen Fall unsere Begründung selbst vortragen können.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Itzek:

Ich erteile Herrn Staatsminister Mertin das Wort.

Mertin, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich für die Landesregierung ausdrücklich die aus dem Parlament kommende Initiative zur Verlängerung dieser Frist begrüßen. Sie ermöglicht es – darauf hat Herr Präsident Grimm schon hingewiesen –, an der in unserem Land aus guten Gründen geltenden Tradition festzuhalten, wenn möglich am 18. Mai die Legislaturperiode zu beginnen. Allerdings wird unsere Landesverfassung auch nach dieser Änderung dies nicht in jedem Fall gewährleisten, weil unsere Landesverfassung zum Beispiel den Fall der Selbstauflösung vorsieht. In einem solchen Fall kommen wir unter Umständen aus dem Rhythmus heraus. Aber auch in diesem Fall könnte die neu gesetzte Frist helfen, durch eine geschickte Gestaltung von Wahlterminen wieder näher an den Termin 18. Mai zu rücken. Auch insoweit wäre dann eine Hilfe gegeben.

Ich betone, dass die Landesregierung diesen Termin selbstverständlich nach Sondierungen des Herrn Ministerpräsidenten auch mit den im Landtag vertretenen Parteien festgesetzt hat. Insoweit wurden alle Gesichtspunkte berücksichtigt und Einvernehmen erzielt.

Es erscheint mir wichtig, einen Punkt aus verfassungsrechtlicher Sicht zu erwähnen, weil unter Umständen problematisiert werden könnte, dass ein Parlament in einer laufenden Legislaturperiode gegebenenfalls seine eigene Amtszeit um 30 Tage verlängern könnte. Im vorliegenden Fall scheint mir das aber nach näherer Prüfung nicht stichhaltig zu sein.

Die bisher geltende Regelung hätte bei einer anderen Gestaltung des Wahltermins dazu führen können, dass die Legislaturperiode dieses Parlaments bis in den Juni hinein hätte gelten können. Wenn sie bis in den Juni hinein durch eine andere Festlegung des Wahltermins hinein hätte ausgedehnt werden können, scheint es möglich zu sein, durch die jetzt beschlossene Verlängerung einen Beginn der Legislaturperiode am 18. Mai zu erreichen, sodass man nicht von einer echten, sondern von einer unechten Verlängerung sprechen muss. Insofern besteht aus meiner Sicht kein verfassungsrechtliches Problem. Es bleibt daher bei meinen einführenden Bemerkungen, dass die Landesregierung diese Änderung begrüßt.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsident Itzek:

Ich schlage die Überweisung an den Rechtsausschuss vor. Werden dagegen Einwände erhoben? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Landesumweltinformationsgesetz (LUIG)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/4307 –
Zweite Beratung**

dazu:
**Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Umwelt und Forsten**
– Drucksache 14/4551 –

**Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 14/4566 –

Es wurde eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart.

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dr. Braun, das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 14. September 2005 ist der Gesetzentwurf an den Ausschuss für Umwelt und Forsten federführend und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Ausschuss für Umwelt und Forsten hat den Gesetzentwurf in seiner 38. Sitzung am 22. September 2005 beraten. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 41. Sitzung am 6. Oktober 2005 beraten.

Die Beschlussempfehlung lautet, den Gesetzentwurf anzunehmen. Ich füge noch hinzu, dass es um die Umsetzung eines EU-Gesetzes und insofern um den Vollzug einer Vorgabe der EU geht.

(Vereinzelt Beifall im Hause)

Vizepräsident Itzek:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Stretz das Wort.

Abg. Stretz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Ausschuss für Umwelt und Forsten ausführlich über den Gesetzentwurf gesprochen. Es bestand einhellige Auffassung, dass es richtig ist, dass das Land Rheinland-Pfalz in diesem Fall eine Umsetzung der EU-Richtlinie 1 zu 1 vornimmt. Es gab den einen oder anderen Einwand insbesondere aus dem Bereich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die eine noch stärkere Positionierung der Verbraucher in Bezug auf den Zugang zur Information haben wollten.

Ich stelle fest, dass die Umweltinformation auf zwei Säulen beruht, die wir im Gesetz verankern wollen, nämlich dem Zugangsanspruch und der aktiven Informationspflicht. Dem ist in ausreichender Weise Genüge getan. Deshalb werden wir dem Gesetzentwurf zustimmen und den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Itzek:

Ich erteile Herrn Kollegen Lammert das Wort.

Abg. Lammert, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf wurde bereits im Plenum und im Ausschuss für Umwelt und Forsten ausführlich erörtert. Das Gesetz führt sicherlich zu einer höheren Transparenz in Umweltfragen. Dies insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger. Das begrüßen wir natürlich ausdrücklich.

Auch wir begrüßen es, dass die Richtlinie lediglich 1 zu 1 umgesetzt wird. Wir wünschen uns, dass auch in der Zukunft EU-Richtlinien ausschließlich 1 zu 1 umgesetzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der relativ kurzfristig eingereicht wurde, darf ich nur so viel sagen, dass wir der Ansicht sind, dass im Gesetzentwurf bereits viele Punkte, die im Änderungsantrag aufgeführt sind, hinreichend geregelt sind und sichergestellt ist, dass informationspflichtige Stellen die gewünschten Informationen weitergeben. Sie wollen letztlich eine Kann-Regelung in eine Muss-Regelung umwandeln. Das ist der Hintergrund für diesen Änderungsantrag. Wir sehen in dieser Forderung nur einen zusätzlichen Bürokratismus. Deshalb werden wir diesen Änderungsantrag ablehnen. Die CDU-Fraktion wird aber dem Gesetzentwurf zustimmen.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Itzek:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hohn.

Abg. Hohn, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mich den Worten meiner beiden Vorredner anschließen. Unsere Fraktion begrüßt, dass die EU-Vorgabe 1 zu 1 umgesetzt wurde. Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen und den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls ablehnen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsident Itzek:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich den Worten meiner Vorredner nicht anschließen und muss deswegen noch einmal kurz begründen, warum wir die Änderungen eingebracht haben.

Es geht um eine Muss-Regelung, weil es bei Informationen, Herr Lammert, keinen Sinn macht, dass es eine Kann-Regelung gibt. Bei dem Informationsrecht handelt es sich um ein Recht, das man einfordern will und das dann umgesetzt wird.

Wenn man gegenüber einer Verwaltung eine Kann-Regelung für die Information auch bei der Weiterleitung hätte, hat man kein Recht, sondern eine Gnade. Unserer Auffassung nach ist die Information keine Gnade, sondern die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, die Informationen, die sie haben wollen und dürfen, auch zu erhalten.

Deswegen haben wir noch einmal festgehalten, dass die Weiterleitung sein muss. Sie hat auch in einer gewissen Frist zu erfolgen, weil bei Umweltinformationen ab und zu Verfristungen auch bei Einspruchsregelungen vorhanden sind. Deswegen brauchen wir eine Frist, in der die Verwaltung antwortet. Es hilft uns nicht, wenn diese vier Monate später antwortet, wenn alle anderen Einspruchsmöglichkeiten vorbei sind.

Dazu haben wir geschrieben – so ähnlich steht es im EU-Gesetz; deswegen ist es nicht unbedingt eine 1-zu-1-Umsetzung –, dass von vornherein Umweltinformationen mit zu bedenken, Gesetze zu planen und Planungen so durchzuführen sind, dass die Umweltinformationen weitergegeben werden können. Wir sind der Auffassung, dass sie elektronisch weitergegeben werden müssten, weil sie in den meisten Fällen elektronisch vorhanden sind.

Ich will ein kleines Beispiel nennen, in dem es um Umweltinformationen ging. Gestern fand in der Gemeinde Altrip die Vorstellung des Polder-Gutachtens für den dort geplanten Polder statt. Im Vorfeld gab es einen „wunderbaren“ Streit darum, ob diese Gutachten öffentlich sind oder nicht. Ursprünglich soll die Ministerin gesagt haben, diese seien nicht öffentlich und müssten in nicht öffentlicher Sitzung vorgestellt werden. Sie kann dies gleich noch einmal richtig stellen. Das hat der Bürgermeister gesagt.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion sagte inzwischen, der Bürgermeister wollte, dass die Gutachten in nicht öffentlicher Sitzung vorgestellt werden. Deshalb haben 80 Leute vor dem Rathaus gestanden und wurden nicht hineingelassen. Von daher ist es wichtig, dass wir bei Umweltinformationen, aber auch bei anderen Informationen ein klares Recht haben, es klare Regelungen gibt und die Informationen öffentlich sind, damit sich die Bürgerinnen und Bürger entsprechend informieren können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben noch den Satz dazugeschrieben, dass die Informationen kostengünstig weitergegeben werden

sollen; denn in dem erwähnten Fall mussten die Bürgerinnen und Bürger zuerst zur Struktur- und Genehmigungsdirektion gehen und dort mit Digitalkameras und Diktiergeräten versuchen, diese Informationen zu sichern und nach Hause zu transportieren. Das ist ein sehr umständlicher und kostenintensiver Weg. Deswegen sagen wir, dass es auch kostengünstige Möglichkeiten geben muss, wie diese Informationen zur Verfügung gestellt werden. Die Behörden sollen das von vornherein mit bedenken.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Itzek:

Das Wort hat Frau Umweltministerin Conrad.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist richtig, dass das Landesumweltinformationsgesetz ein Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen offenen Behördenkultur ist. Es stärkt durch den individuellen Zugang zu Umweltinformationen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und betont umgekehrt den Dienstleistungscharakter der Verwaltungen, weil sie eine Pflicht zur Information haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich für die breite Unterstützung durch das Parlament für dieses Gesetz. Nicht nur Herr Stretz, sondern auch andere haben betont, dass es sich um eine 1-zu-1-Umsetzung der Europäischen Umweltinformationsrichtlinie handelt.

Ich will gern auf den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingehen und dazu drei Bemerkungen machen.

1. Wenn wir den Antrag umsetzen würden, würde er an manchen Stellen eher zur Unklarheit als zur Klarheit beitragen. Insofern sollten wir ihn nicht umsetzen.

2. Er ginge über die 1-zu-1-Umsetzung hinaus.

3. Mit einem Punkt des Antrags würden wir die Behörden lahm legen. Ich will Ihnen das gern darstellen. Wenn Sie verlangen, dass alle Informationen, wie zum Beispiel Messdaten, die in Rheinland-Pfalz bei den Behörden millionenfach anfallen, nur auf den Verdacht hin bürgerfreundlich übersetzt werden, dass Bürgerinnen und Bürger, die keine Fachleute sind, vielleicht diese Informationen abfragen, ist das – auch im Hinblick auf das Verhältnismäßigkeitsprinzip – auch für die Behörden zu viel. Selbstverständlich werden die Daten, wenn eine Anfrage besteht, bürgerfreundlich aufbereitet und – falls notwendig – entsprechend interpretiert. Einem weitergehenden Wunsch können wir nicht entsprechen. Er würde nicht dem Informationsbedarf gerecht.

Ich möchte noch etwas zu Altrip sagen.

Herr Abgeordneter, Fakt ist das, was ich in der Presse erklärt habe. Die Struktur- und Genehmigungsdirektion hatte auch vor dem Hintergrund ihrer rechtlichen Bewertung gesagt, dass es überhaupt keinen Grund gibt, das Gutachten geheim zu halten. Wie ich gestern erfahren habe, hat sie Informationen mit Erläuterungen in der Geschäftsstelle angeboten. Die Bürgerinitiative hatte die Kopien dieses Gutachtens gehabt.

Als mich der Bürgermeister im Sommer angeschrieben hatte und eine Erörterung im Gemeinderat wollte, habe ich diesem Wunsch entsprochen und die Struktur- und Genehmigungsdirektion angewiesen, diese vor Ort durchzuführen. Im Übrigen habe ich meine Rechtsauffassung auf das Umweltinformationsrecht gestützt und mich damit über andere Rechtsauffassungen hinweggesetzt. Die Entscheidung, dies in einer nicht öffentlichen Sitzung zu tun, ist allein die Entscheidung des Bürgermeisters vor Ort. In meinem Schreiben steht davon nichts drin. Die Erörterung hätte durchaus auch in einer öffentlichen Sitzung stattfinden können. Dies können und werden wir darstellen und nachholen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch einen Ausblick in die Zukunft vornehmen. Wir wollen an den Orientierungshilfen für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten, um ihnen die Suche nach Umweltinformationen zu erleichtern. Die künftigen Anwender und Anwenderinnen werden vor Ort mit dem Ziel geschult, das Umweltinformationsrecht im Vollzug reibungslos umzusetzen.

Ich bin sicher, dass die Behörden im Vollzug Transparenz, Bürgerfreundlichkeit, aber auch den Respekt und die Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz gewährleisten, und zwar dort, wo es darum geht, zwischen Informationsanspruch und schützenswerten Daten abzuwägen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich für die Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Itzek:

Frau Ministerin, vielen Dank.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4566 –. Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 14/4307 – in zweiter Beratung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenstimmen? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Gegenstimmen? – Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD, der CDU und der FDP gegen die Stimmen des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des
Verwaltungshochschulgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/4454 –
Zweite Beratung**

**dazu:
Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Wissenschaft, Weiterbildung,
Forschung und Kultur
– Drucksache 14/4552 –**

Das Wort hat die Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Leppla.

Abg. Frau Leppla, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur hat den Gesetzentwurf der Landesregierung in seiner 32. Sitzung am 29. September 2005 beraten. Die Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes ist in der von der Landesregierung entworfenen Form notwendig, um eine wesentliche Grundlage für die Förderung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaft in Speyer auch für die Zukunft sicherzustellen.

Das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer ist Bestandteil der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz. Im Rahmen einer turnusmäßig stattfindenden Evaluation ihrer Forschungseinrichtungen hat der Senat der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz im Jahr 2002/2003 dem Bund und den Ländern empfohlen, eine zukünftige Förderung des Forschungsinstituts an die Umsetzung bestimmter Auflagen zu binden, die der Senat formuliert hat.

Der zuständige Ausschuss Forschungsförderung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung hat diesen Förderungsempfehlungen zugestimmt und eine Überprüfung der Umsetzung der entsprechenden Auflagen für das Jahr 2007 festgelegt. Die Auflagen sehen neben weiteren Punkten – vergleiche Seite 5 der Drucksache – vor allem die Weiterentwicklung des Forschungsinstituts zu einer rechtlich selbstständigen Einheit vor.

Um dies zu erfüllen, ist eine Gesetzesänderung notwendig, da das Institut bislang die Rechtsform einer nicht rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts hat. Diese Änderung ist in Artikel 1 Nr. 2 des vorliegenden Gesetzentwurfs geregelt. Das Forschungsinstitut ist danach künftig eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Dies stärkt die Freiheit der Forschung bzw. die Autono-

mie dieser Forschungseinrichtung, dient aber auch der Verwaltungsvereinfachung, insofern die Funktionen der Aufsichtsbehörde, in diesem Fall der Staatskanzlei, beschränkt werden.

Darüber hinaus wird eine Namensergänzung geregelt, die unterstreicht, dass das Forschungsinstitut das nationale Verwaltungsforschungsinstitut ist und deshalb in Zukunft Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung heißen wird.

(Jullien, CDU: Eine Aussprache!)

Der Gesetzentwurf enthält über diese Regelung hinaus in Nummer 2 eine weitere Neuregelung, die ebenfalls dem Grundgedanken der Forschungsfreiheit und Hochschulautonomie entspricht, nämlich ein eigenes Satzungsrecht.

Weiterhin regelt Nummer 3, dem gleichen Grundmotiv folgend, dass Berufungen an das Institut in Zukunft nicht mehr durch die Aufsichtsbehörde widersprochen werden kann, sondern sie dieser nunmehr anzuzeigen sind.

Schließlich ist in Nummer 1 des Gesetzentwurfs eine umfassende Zuständigkeit des Forschungsinstituts für Fragen im Zusammenhang mit der Erteilung von Lehraufträgen geregelt. Damit wird in erweiterter Form eine Anregung des Landesrechnungshofs aufgegriffen, der eine solche Zuständigkeit in Vergütungsfragen der Lehraufträge angeregt hatte.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir sind dafür! –
Jullien, CDU: Die Berichterstattung
könnte etwas kürzer ausfallen!)

Die nunmehr umfassende Zuständigkeit soll das Forschungsinstitut im Einvernehmen mit der Staatskanzlei und dem für das Finanz- sowie für das Hochschulrecht zuständige Ministerium ausüben.

Der Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur ist in seinen Beratungen zu dem Ergebnis gelangt, dass die vorgeschlagenen Änderungen des Verwaltungshochschulgesetzes nicht nur den äußeren Erfordernissen nachkommen, sondern hochschul- und forschungspolitisch sinnvoll sind. Das zukünftige Deutsche Forschungsinstitut für Verwaltung ist ein wichtiger Bestandteil der Hochschul- und Forschungslandschaft in Rheinland-Pfalz.

(Zuruf von der SPD: Sehr wahr!)

Der Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur empfiehlt dem Landtag die Annahme des von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurfs zur Änderung des Verwaltungshochschulgesetzes.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Itzek:

Vielen Dank für die sehr ausführliche Berichterstattung.

Der Ältestenrat hat beschlossen, diesen Punkt ohne Aussprache zu behandeln. Wir kommen deshalb zur unmittelbaren Abstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4454 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zu Schlussabstimmung. Wer dem Gesetz in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/4455 –
Zweite Beratung**

**dazu:
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
– Drucksache 14/4553 –**

Berichterstatteerin ist Frau Kollegin Meurer.

(Abg. Jullien, CDU: Wird verzichtet!)

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/4455 –, da der Ältestenrat die Behandlung ohne Aussprache vereinbart hat.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz über die Beteiligung des Regionalträgers an der Arbeitsgruppe Personalvertretung der Deutschen Rentenversicherung
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/4499 –
Erste Beratung**

Der Ältestenrat hat vereinbart, diesen Punkt ohne Aussprache an die Ausschüsse zu überweisen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung an den Sozialpolitischen Ausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen. – Gibt es Einwendungen? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz zur Änderung des Staatsvertrags über die Zugehörigkeit der Apotheker, vorgeprüften Apothekeranwärter und Kandidaten der Pharmazie des Landes Rheinland-Pfalz zur Bayerischen Apothekerversorgung
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/4508 –
Erste Beratung**

Der Ältestenrat hat vereinbart, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache an die Ausschüsse zu überweisen. Es wird vorgeschlagen, diesen Gesetzentwurf an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen. – Ich sehe keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz zur Änderung von Staatsverträgen über die Zugehörigkeit rheinland-pfälzischer Berufsgruppenmitglieder zur Bayerischen Ärzteversorgung
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/4509 –
Erste Beratung**

Auch in diesem Fall ist eine Überweisung an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss vereinbart. – Ich sehe keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz und dem Saarland zur Änderung des Staatsvertrags über die Zugehörigkeit der Tierärzte des Landes Rheinland-Pfalz und des Saarlandes zur Bayerischen Ärzteversorgung
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/4510 –
Erste Beratung**

Auch dieser Punkt soll ohne Aussprache an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen werden. Ich sehe keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz zur Änderung des Staatsvertrags über die Zugehörigkeit der Schornsteinfegergehilfen im Land Rheinland-Pfalz zu der Versorgungsanstalt der Kaminkehrergesellen
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/4511 –
Erste Beratung**

Auch in diesem Fall wird eine Überweisung ohne Aussprache an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss vorgeschlagen. Ich sehe keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/4513 –
Erste Beratung**

Auch dieser Punkt wird ohne Aussprache an den Rechtsausschuss überwiesen. Ich sehe keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

**Architektengesetz (ArchG)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/4531 –
Erste Beratung**

Die Fraktionen haben sich verständigt, diesen Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und an den Rechtsausschuss zu überweisen. – Ich sehe keine Einwände, dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich darf mich recht herzlich bei Ihnen bedanken und Sie für morgen zur 102. Plenarsitzung einladen.

Die Sitzung ist geschlossen.

E n d e d e r S i t z u n g : 18:39 Uhr.